

# Die Nord Stream Pipeline

*Politisches Instrument oder Interkonnektor?*

**Sven-Hendrik Gehnen**



Masteroppgave i Statsvitenskap

Institutt for Statsvitenskap

UNIVERSITETET I OSLO

Juli 2008



## Vorwort

Mit der Abgabe der Masterarbeit ist der Zeitpunkt gekommen, mich bei einigen Personen zu bedanken. An erster Stelle möchte ich hierbei Kåre Dahl Martinsen nennen. Herzlichen Dank für Deine Kritik und Deine inspirierende Art, von der ich in den letzten Monaten profitieren konnte. Des Weiteren möchte ich mich zusätzlich bei Ingerid Opdahl und Anna Therese Klingstedt bedanken. Eure fachliche Kompetenz, die Literaturempfehlungen und die Diskussionen waren mir eine sehr große Hilfe. Darüber hinaus gilt mein Dank dem gesamten Mitarbeiterstab des Norwegian Institute for Defence Studies für die freundliche Aufnahme und die angenehme Arbeitsatmosphäre. Abschließend möchte ich mich bei meinem Kommilitonen Fabien Miard bedanken, der mir anhand seiner kritischen Kommentare und unseren kontroversen Diskussionen dabei geholfen hat, die kritische Haltung gegenüber meiner Arbeit zu wahren.

Auf persönlicher Ebene möchte ich mich ganz besonders bei meinen Eltern bedanken. Ohne ihre Unterstützung wären die letzten zwei Jahre nicht möglich gewesen. Herzlichen Dank für alles, was Ihr mir ermöglicht habt! Des Weiteren möchte ich Birgit Deppe hervorheben, die mich ebenfalls enorm unterstützt hat. Ohne ihre Unterstützung hätte ich vielleicht weniger eisern durchgehalten. Herzlichen Dank! Abschließend bedanke ich mich bei allen anderen Freunden und Bekannten, meinem Bruder, Anne und Jörg, Jürgen, Berti, Holgi, etc., die mich allesamt immer auf ihre eigene Weise begleitet und unterstützt haben. Herzlichen Dank auch an Euch!

Oslo, im Juli 2008



## Inhaltsverzeichnis

### Vorwort

<b>1.</b>	<b>Einleitung</b>	<b>9</b>
<b>1.1</b>	<b>Struktur der Arbeit</b>	<b>14</b>
<b>1.2</b>	<b>Theoretischer Hintergrund</b>	<b>16</b>
<b>1.2.1</b>	<b>(Neo-)Realismus</b>	<b>16</b>
<b>1.2.2</b>	<b>Institutionalismus</b>	<b>19</b>
<b>1.2.3</b>	<b>Neofunktionalismus</b>	<b>22</b>
<b>1.2.4</b>	<b>Konstruktivismus</b>	<b>23</b>
<b>1.3</b>	<b>Methodisches Vorgehen</b>	<b>27</b>
<b>1.4</b>	<b>Quellenauswahl</b>	<b>29</b>
<b>2.</b>	<b>Politische Implikationen der Nord Stream Pipeline</b>	<b>31</b>
<b>2.1</b>	<b>Konsequenzen für Deutschland</b>	<b>32</b>
<b>2.2</b>	<b>Konsequenzen für Osteuropa</b>	<b>33</b>
<b>2.3</b>	<b>Konsequenzen für den europäischen Integrationsprozess</b>	<b>35</b>
<b>3.</b>	<b>Russische und deutsche Interessen – die (Hinter-)Gründe des Baus der Nord Stream Pipeline</b>	<b>39</b>
<b>3.1</b>	<b>Russland – Europas Energieversorger mit globalen Ambitionen</b>	<b>39</b>
<b>3.1.1</b>	<b>Politische und wirtschaftliche Entwicklungen seit dem Ende des Kalten Krieges</b>	<b>40</b>
<b>3.1.2</b>	<b>Energie als politischer und wirtschaftlicher Herzschrittmacher</b>	<b>43</b>
<b>3.1.3</b>	<b>Russlands globale Ambitionen</b>	<b>45</b>
<b>3.2</b>	<b>Deutschland – Nationale Interessen contra Europäischer Integration</b>	<b>50</b>
<b>3.2.1</b>	<b>Gerhard Schröder als politischer Wegbereiter</b>	<b>50</b>
<b>3.2.2</b>	<b>Die Nord Stream Pipeline im Fokus der deutschen Wirtschaft</b>	<b>53</b>
<b>3.2.3</b>	<b>Politische Interessen und Konfliktpotential</b>	<b>56</b>
<b>4.</b>	<b>(Energie-)Politische Strategien in Osteuropa</b>	<b>58</b>

<b>4.1</b>	<b>Regionalmacht Polen</b>	<b>59</b>
<b>4.1.1</b>	<b>Polnische Energiepolitik</b>	<b>60</b>
<b>4.1.2</b>	<b>Energie-NATO: eine polnische Initiative zur Sicherung der nationalen Energieversorgung</b>	<b>63</b>
<b>4.2</b>	<b>Die Ukraine – Pufferstaat zwischen EU und Russland</b>	<b>64</b>
<b>4.2.1</b>	<b>Transitstaat Ukraine</b>	<b>65</b>
<b>4.2.2</b>	<b>Aufbruch nach Westen?</b>	<b>66</b>
<b>5.</b>	<b>Die Rolle der Europäische Union – Schwächen und Chancen</b>	<b>72</b>
<b>5.1</b>	<b>Russland und die EU als „strategische Partner“?</b>	<b>74</b>
<b>5.1.1</b>	<b>Gemeinsamkeiten</b>	<b>74</b>
<b>5.1.2</b>	<b>Irritationen, Missverständnisse und Konfliktpotential</b>	<b>75</b>
<b>5.2</b>	<b>Der Energiesektor als politischer Störfaktor des Integrationsprozesses</b>	<b>78</b>
<b>5.2.1</b>	<b>Externe Energieabhängigkeit von Russland</b>	<b>79</b>
<b>5.2.2</b>	<b>Fehlende energiepolitische Kohärenz</b>	<b>80</b>
<b>5.2.3</b>	<b>Fehlende Implementierung der EU-Richtlinien</b>	<b>81</b>
<b>5.2.4</b>	<b>Die deutsche Ratspräsidentschaft 2007</b>	<b>83</b>
<b>6.</b>	<b>Fazit</b>	<b>86</b>
<b>6.1</b>	<b>Theoretische Bilanz</b>	<b>86</b>
<b>6.2</b>	<b>Ausblick</b>	<b>91</b>
	<b>Quellenverzeichnis</b>	<b>I-XIV</b>

## **Abkürzungen**

BGR	=	Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe
BTD	=	Bundestagsdrucksache
CDU	=	Christlich Demokratische Union
CSU	=	Christlich-Soziale Union
ECT	=	Energy Charter Treaty
EGKS	=	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
ENP	=	Europäische Nachbarschaftspolitik
ESVP	=	Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik
EU	=	Europäische Union
GASP	=	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
GUS	=	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
KSZE	=	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
LNG	=	Liquified Natural Gas
MAP	=	Membership Action Plan
NATO	=	North Atlantic Treaty Organization
PKA	=	Partnerschafts- und Kooperationsabkommen
SPD	=	Sozialdemokratische Partei Deutschlands

## **Schaubilder**

Schaubild 1: Die geplante Route der Nord Stream Pipeline	<b>12</b>
--	-----------

## **Tabellen**

Tabelle 1: Russlands Exporthandel mit der EU-27	<b>41</b>
Tabelle 2: Erdgasimporte 2007: Deutschland, Polen, EU-23 (ohne Estland, Dänemark, Malta und Zypern)	<b>79</b>
Tabelle 3: Länder mit den weltweit größten Erdgasvorräten 2004	<b>80</b>

**Anzahl der Wörter: 26.735**





## 1. Einleitung

Im Verlauf der letzten Jahre haben Energiefragen zunehmend an Bedeutung gewonnen und sind auf der Prioritätenliste vieler Politiker weit oben angesiedelt. Insbesondere rohstoffarme Länder sehen sich angesichts einer drohenden globalen Energieknappheit gezwungen, ihre energiepolitischen Strategien den sich ändernden Umständen anzupassen. Zwei wichtige Stichworte in diesem Zusammenhang sind zum einen die Aufrechterhaltung der nationalen Energieversorgung und zum anderen eine garantierte nationale Energiesicherheit für die Zukunft. Problematisch wird es in diesem Zusammenhang vor allem, wenn man bedenkt, dass die größten Energiereserven überwiegend in den Territorialbereich politisch instabiler oder unberechenbarer Länder fallen, z.B. Iran, Irak oder Russland. Dennoch sind viele rohstoffarme Länder, die sich in einer geostrategisch benachteiligten Situation befinden, auf die Energieimporte aus diesen Staaten angewiesen.

Eines dieser rohstoffarmen Länder ist Deutschland. Die vorliegende Arbeit befasst sich mit der deutschen Energiepolitik, die sich stark auf Russland fixiert. Hauptaugenmerk gilt den politischen Spannungen innerhalb (Ost-)Europas und der Europäischen Union (EU), die das Resultat der deutsch-russischen Energiebeziehungen sind. Folgende Eckpfeiler spielen bei dieser Analyse eine wichtige Rolle: Russland als Europas wichtigster Energielieferant, Deutschland als Hauptabnehmer russischer Energielieferungen und zugleich eines der Zentralorgane des europäischen Integrationsprozesses, die osteuropäischen Staaten (Polen, Ukraine), die noch stärker als Deutschland auf die Energielieferungen aus Russland angewiesen sind und abschließend die EU, die aus verschiedenen Gründen, welche im Laufe der Arbeit vorgestellt werden, ein großes Interesse an engen außen- und energiepolitischen Beziehungen zu Russland hat.

Die jüngste Vergangenheit hat offenbart, dass rohstoffarme Länder gegenüber rohstoffreichen Ländern oftmals benachteiligt sind. Vor allem wirtschaftlich schwächere Länder, die gleichzeitig zum direkten Machtbereich eines rohstoffreichen Landes gehören und auf diese Weise politisch unter Druck gesetzt werden können, sehen sich mit einigen Problemen konfrontiert. Ein Beispiel hierfür ist der Energiekonflikt zwischen Russland und der Ukraine zu Beginn des Jahres 2006. Hintergrund dieses bilateralen Disputes war eine Auseinandersetzung über eine Angleichung der Preise und Tarife zwischen Russland und der Ukraine. Zu Streitigkeiten kam es, weil die Ukraine einerseits weiterhin auf den

Vorzugspreis für Erdgas, der noch an vergangene Sowjetzeiten gekoppelt ist, bestand und andererseits als Transitland für russisches Erdgas höhere Transitgebühren einforderte. Russland hingegen argumentierte, dass diese Forderungen aufgrund des von der EU eingeräumten Marktstatus für die Ukraine nicht angemessen seien. Dieser Disput war keine Neuheit und im Grunde nur die Fortsetzung einer Kette von Disputen zwischen Russland und der Ukraine über Preise, Tarife und Infrastruktur. Neben den wirtschaftlichen Aspekten, spielen in den Energiebeziehungen zwischen Russland und der Ukraine ebenso politische Aspekte eine Rolle, die im Rahmen dieser Arbeit erläutert werden. Der russische Lieferstopp von Erdgas in die Ukraine diente allerdings als Alarmsignal für die EU und ihre Mitglieder, weil durch diesen Lieferstopp durch das Transitland Ukraine nicht nur sie selbst, sondern ebenso Länder wie Deutschland betroffen waren (Westphal 2006: 45).

Angesichts dieses Gasdisputes sind die Begriffe Energieversorgung und Energiesicherheit besonders in rohstoffarmen Ländern wie Deutschland nicht nur in den politischen, sondern auch den öffentlichen Fokus gerutscht. Viele scheinbar neue Fragen tauchten auf, wie Deutschland zukünftig seine Energieversorgung sicherstellen will, falls Russland wieder die Erdgasversorgung durch die Transitstaaten Ukraine, Weißrussland oder Polen kappen sollte. Neben dem Transport von Erdgas über Land besteht noch die Option, Erdgas über den Seeweg zugänglich zu machen. Für den Transport über den Seeweg bestehen zwei Möglichkeiten: Entweder werden Unterwasserpipelines (Offshore-Pipelines) verlegt, oder Erdgas wird bei sehr tiefen Temperaturen zu „liquid natural gas“ (LNG) verflüssigt, in Spezialschiffen transportiert und dann wieder gasifiziert. Jedoch sind bei Transportentfernungen für Erdgas über See von bis zu 2000 km Offshore-Pipelines günstiger. Erst ab dieser Entfernung rentiert sich, wegen der hohen Fixkosten der erforderlichen Anlagen, die Umwandlung in Flüssiggas und dessen Transport (Götz 2004a: 8).

Sowohl Deutschland als auch Russland verfügen bislang nicht über einen LNG-Terminal. Aufgrund dessen ist Deutschland bei seinen Erdgasimporten aus Russland auf die Nutzung von Erdgaspipelines angewiesen. Am 07. September 2005, kurz vor der Bundestagswahl in Deutschland, unterzeichneten die deutschen Energiekonzerne BASF (Wintershall AG) und E.ON, die jeweils mit 24,5 Prozent beteiligt sind, und der russische Energiekonzern Gazprom, der stark vom Kreml protegiert wird und zu 51 Prozent an diesem Projekt beteiligt ist, unter den Augen des damaligen Bundeskanzlers Schröder und des ehemaligen russischen

Präsidenten Putin die Verträge über den Bau der Nord Stream Pipeline. Dieses deutsch-russische Projekt umfasst ein geschätztes Kostenvolumen von 18 bis 30 Milliarden US-Dollar. Aufkommen für diese Summe werden aller Voraussicht nach die deutschen Erdgasverbraucher (Walker 2007: 3). Bereits im Dezember 2005 ist mit dem Bau begonnen worden. Die Pipeline verläuft von der russischen Hafenstadt Wyborg durch die Ostsee bis zur nordostdeutschen Hafenstadt Greifswald. Ursprünglich war geplant, dass die Nord Stream Pipeline im Jahre 2010 in Betrieb geht, zunächst mit einem Leitungsstrang und einer Transportkapazität von rund 27,5 Mrd. Kubikmeter/Jahr. Ein zweiter Leitungsstrang ist vorgesehen. Damit ist eine Gesamttransportkapazität von 55 Mrd. Kubikmeter/Jahr möglich. Ungefähr die Hälfte der jährlichen Gasmenge dürfte in Deutschland verbraucht werden (Bimboes 2006: 7).

Im Jahr 2007 importierte Deutschland 34 Mrd. Kubikmeter russisches Erdgas (BGR 2008). Bei einer potentiellen Gesamttransportkapazität der Nord Stream Pipeline von 55 Mrd. Kubikmeter/Jahr würde es Gazprom keine großen Probleme bereiten, Deutschland ohne Inanspruchnahme anderer Pipelines mit Erdgas zu versorgen, sofern die Nachfrage nicht sprunghaft ansteigt. Damit hat Deutschland sich mit dem Bau der Nord Stream Pipeline einen exklusiven Zugang zu den russischen Erdgasvorkommen verschafft. Im Gegensatz zu anderen westeuropäischen Industrieländern, z.B. Frankreich oder Großbritannien, besitzt es kein eigenes Öl- oder Gasunternehmen mit signifikanter Förderung oder Zugang zu Förderkapazitäten im Ausland. Die Sicherung nationalen Zugangs zu den Ressourcen von Öl und Gas kann somit nicht über ein eigenes Unternehmen erfolgen (Harks und Pointvogl 2007: 3). Unter Berücksichtigung dieser Tatsachen kann der Bau der Nord Stream Pipeline und die enge Kooperation mit Gazprom aus deutscher Sicht als ein positiver Schritt in Richtung Energieversorgung und Energiesicherheit gesehen werden.

Einhergehend mit dieser bilateralen deutsch-russischen Energiepolitik scheint sich für die bisherigen Transitstaaten Polen, Ukraine und Weißrussland, sowie für die Staaten des Baltikums Estland, Lettland und Litauen, die teilweise zu 100 Prozent von russischem Erdgas abhängig sind (Baran 2007: 132), ein großes Dilemma abzuzeichnen. Der Bau der Nord Stream Pipeline wird es Russland möglich machen, die wohlhabenden westeuropäischen Staaten über das neue Transitland Deutschland ungehindert mit Erdgas versorgen zu können, während gleichzeitig die Gaslieferungen durch die Transitstaaten gestoppt werden könnten. Auf diese Weise würde aus dem politischen Instrument Energie

sogar eine politische Waffe. Russland könnte dann den osteuropäischen Staaten westliche Erdgaspreise aufkrotroyieren, die diese Länder aufgrund ihres geringeren Wohlstandes nur schwer bezahlen können. In einigen der osteuropäischen Länder ist der Vertrag über den Bau der Nord Stream Pipeline bisweilen als neuer „Hitler-Stalin-Pakt“ oder „Molotow-Ribbentrop-Pakt“ betitelt worden (Kloth 2006), in Anlehnung an die unsägliche Abmachung zwischen Hitler und Stalin vom 24. August 1939 über die Aufteilung Osteuropas zwischen den beiden Diktatoren.



Schaubild 1: Die geplante Route der Nord Stream Pipeline; Quelle: Nord Stream

Zusätzliche Brisanz erhält dieses deutsch-russische Projekt durch die internationalen Verflechtungen, die besonders in den letzten Jahren mit der EU-Osterweiterung nochmals gewachsen sind. Staaten wie Polen, Estland, Lettland und Litauen, die bis zum Fall der Sowjetunion 1991 dem unmittelbaren Machtzirkel Russlands angehörten, sind seit 2004 Mitglieder der EU. Damit sind sie in der Lage, durch ihr Vetorecht auf europäischer Ebene ein enormes Maß an Einfluss auf diverse Entscheidungen zu nehmen. Aus diesen aufgeführten Dilemmata zieht die vorliegende Arbeit ihre Fragestellung:

*Welche außen- und energiepolitischen Konsequenzen entstehen Deutschland durch seine bilaterale Energiepolitik mit Russland, insbesondere durch den geplanten Bau der Nord Stream Pipeline? Wie wirkt sich die deutsch-russische Energiepolitik auf den europäischen Integrationsprozess aus, in dem der Energiesektor bislang nicht institutionalisiert wurde?*

Um dieser Fragestellung nachzugehen, spielen verschiedene Faktoren eine Rolle. Einer davon ist die Diskussion der Form der Partnerschaft zwischen Deutschland und Russland bzw. der EU und Russland, welche unter Berücksichtigung der Beschaffenheit des Erdgasmarktes durchaus berechtigt ist. Gas ist im Gegensatz zu Öl ein leitungsgebundener Energieträger und daher wird bei Explorations- und Produktionsprojekten oftmals ein Planungshorizont von mehr als 20 Jahren abgesteckt. Hintergrund dabei ist, dass der Produzent zunächst in die Exploration und Produktion investieren muss und benötigt dafür eine Erwartungs- und Abnehmersicherheit, um die geleisteten Investitionen abdecken zu können. Gaskontrakte umfassen aufgrund dessen einen Zeitraum von 20-25 Jahren. Dies ermöglicht es einerseits dem Produzenten, notwendige Investitionsvolumina abschätzen und rechtzeitig neue Projekte angehen zu können. Gleichzeitig gewinnt der Konsument Erwartungssicherheit über die gelieferte Menge und seine langfristige Versorgungssituation. Daher weisen Gasmärkte einen stark bilateralen Charakter auf (Goldthau und Geden 2007: 61).

Mit Blick auf die bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und Russland sprechen Politiker beider Länder oftmals von einer „strategischen Partnerschaft“. Auch aus Brüssel hört man oft den Wunsch nach einer Intensivierung der Partnerschaft mit Moskau und der Etablierung einer strategischen Partnerschaft. Aus politikwissenschaftlichem Blickwinkel ist den strategischen Partnerschaften zwischen Russland und Europa mit Zweifeln zu begegnen. Diese Zweifel werden im Verlauf der Arbeit herausgearbeitet. Um jedoch zunächst eine klare Definierung von internationalen Partnerschaften *per se* zu geben, werden hier in Anlehnung an Lang drei Varianten zwischenstaatlicher Beziehungen unterschieden:

1. Im Fall der „indifferenten Nachbarschaft“ orientieren sich die betreffenden Länder vorwiegend an anderen Partnern. Ihre politischen Kontakte sind von Desinteresse oder sogar Misstrauen geprägt. Ungeachtet dessen gibt es allein schon aufgrund der

geographischen Nähe eine ausgedehnte wirtschaftliche Kooperation sowie gesellschaftliche Kontakte.

2. Eine „Interessenallianz“, auch als „pragmatische Kooperation“ oder „Partnerschaft ohne Attribute“ gekennzeichnet, stellt eine Zweckgemeinschaft dar, innerhalb derer wenige, aber wichtige Vorhaben durchgeführt werden.
3. Die „strategische Partnerschaft“ hat langfristigen Charakter und umfasst eine gemeinsame Agenda wichtiger Projekte, ebenso wie bei der „Interessenallianz“. Zusätzlich kommt aber eine „kritische Masse“ an Gemeinsamkeiten hinzu, vornehmlich die Unterstellung von „gemeinsamen Werten“. Die Beziehungen heben sich durch die ausgeprägte Institutionalisierung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kontakte von der pragmatischen Kooperation ab (Lang 2004: 7).

Im weiteren Verlauf der Arbeit stehen die zweite und die dritte Variante, die „Interessenallianz“ und die „strategische Partnerschaft“, im Vordergrund. In offiziellen Dokumenten oder bei öffentlichen Auftritten von Politikern fällt sehr schnell der Begriff der strategischen Partnerschaft. Eine Vielzahl von Gründen kann für den inflationären Gebrauch dieser Bezeichnung verantwortlich sein, z.B. das gezielte öffentliche Bekenntnis zu einer Partnerschaft wider besseren Wissens oder die damit verbundene Absicht, auf lange Sicht eine wirkliche strategische Partnerschaft zu etablieren. Für die vorliegende Arbeit ist die Differenzierung zwischen Interessenallianz und strategischer Partnerschaft nicht nur aus empirischer Sicht von Bedeutung, sondern ebenso aus theoretischem Blickwinkel. Auf diese theoretischen Besonderheiten geht Abschnitt 1.2 ein.

### **1.1 Struktur der Arbeit**

Mit Blick auf die Gesamtstruktur der Arbeit werden im weiteren Verlauf der Einleitung die theoretischen Ansätze und das methodische Vorgehen vorgestellt. Die theoretischen Ansätze dienen der Erklärung der verschiedenen Entscheidungen und den daraus resultierenden Konsequenzen, während die methodischen Hintergründe dazu beitragen, das Forschungsfeld abzustechen. Im anschließenden zweiten Kapitel werden die politischen Implikationen des geplanten Baus der Nord Stream Pipeline vorgestellt. An dieser Stelle wird vorwiegend empirisch auf die Konsequenzen der bilateralen deutsch-russischen Energiepolitik für Deutschland, die osteuropäischen Staaten und den europäischen Integrationsprozess eingegangen. Ziel des zweiten Kapitels ist es, die Konsequenzen

möglichst klar und eindeutig darzustellen, um sie anschließend in den nachfolgenden Kapiteln theoretisch wie empirisch zu erläutern.

Die Reihenfolge der nachstehenden Kapitel folgt einem „bottom-up“-Ansatz. Darunter versteht die vorliegende Arbeit ein Analyseschema, welches mit der Untersuchung nationalstaatlicher Strategien einsetzt. Danach wendet es sich den Reaktionen und Denkweisen auf internationale Ebene zu, die von den nationalen Vorgehensweisen hervorgerufen werden. Abschließend untersucht dieses Analyseschema die Spannungen auf der supranationalen Ebene, die aus den Strategien auf nationaler und internationaler Ebene resultieren und die sich auf die supranationale Ebene projizieren.

Somit wird zunächst die jeweilige Situation in Russland und Deutschland beleuchtet. Diese zwei Staaten sind die Auslöser für die aus der Nord Stream Pipeline resultierenden Spannungen. Der erste Teil des dritten Kapitels befasst sich überwiegend mit dem Energieversorger Russland. Diese Hintergrundinformationen sind unerlässlich, um die russische Strategie hinsichtlich Energiepolitik gegenüber Deutschland und den übrigen (ost-)europäischen Staaten erklären zu können. Im zweiten Teil des dritten Kapitels konzentriert sich die Arbeit auf die Interessen und Ziele Deutschlands. Hierbei geht es um die Ermittlung der Gründe, die Deutschland dazu bewegt haben, trotz der absehbaren Konsequenzen, den Bau der Nord Stream Pipeline durch die beteiligten Konzerne ratifizieren zu lassen.

Im vierten Kapitel wird die Brücke von der nationalen Ebene (Russland, Deutschland) zur internationalen Ebene geschlagen. Vordergründig geht es in diesem Kapitel um die Reaktionen und die (energie-)politischen Ziele der „übergangenen“ Staaten. Zunächst werden (energie-)politische Strategien (z.B. aus Polen) geschildert. Jedoch sorgt die EU-Mitgliedschaft dieser Staaten für einen Ebenenwechsel. Hier trifft Deutschland als Energiepartner Russlands auf die eigenen europäischen Nachbarn, die teilweise, ebenso wie Deutschland, Mitglieder der EU sind und die ihre nationalen Interessen und Ziele, mitunter sogar ihre nationale Sicherheit, durch die deutsch-russische Energiepolitik gefährdet sehen. Daran anschließend gilt es im fünften Kapitel, die politischen Beziehungen zwischen Russland und der EU zu beleuchten. Primär geht es darum, die politische Sensibilität des Energiesektors innerhalb der EU zu unterstreichen und die prinzipielle Form der Partnerschaft zwischen Brüssel und Moskau zu untersuchen.

## 1.2 Theoretischer Hintergrund

Um diesen vielschichtigen Prozess rund um die deutsch-russische Energiepolitik, den Bau der Nord Stream Pipeline und die daraus resultierenden Konsequenzen in einen theoretischen Rahmen zu bringen, wird sich die vorliegende Arbeit vier verschiedener theoretischer Ansätze bedienen, die in den folgenden Abschnitten vorgestellt werden.

### 1.2.1 (Neo-)Realismus

Der Realismus ist einer der klassischen politikwissenschaftlichen Theorieansätze. Seine Etablierung begann nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges durch das Werk „Politics Among Nations“ (1948) von Hans J. Morgenthau. Der Titel „Politics Among Nations“ impliziert bereits, dass die Vertreter des Realismus davon ausgehen, dass der Nationalstaat das wichtigste Element des internationalen Systems ist.

Bevor sich dieser Teil der Arbeit den wesentlichen Prinzipien des Realismus nähert, werden zunächst die anthropologischen Grundannahmen des Realismus skizziert. Laut Niebuhr ist der Mensch nicht nur vernunftbegabt, sondern auch triebgesteuert, wobei im hier interessierenden Zusammenhang insbesondere der Selbsterhaltungstrieb, der Fortpflanzungstrieb und der Machttrieb gemeint sind (Niebuhr 1960). Aus dieser Analogie entfaltet sich die politische Theorie des Realismus, indem das menschliche Verhalten auf das Verhalten der Nationalstaaten übertragen wird. Das internationale Staatensystem, in dem die Staaten die höchste Instanz sind, unterliegt der Anarchie. Es gibt kein übergeordnetes internationales Gewaltmonopol. Aus der Anarchie resultiert die Konfliktrichtigkeit des internationalen Systems. Wie die Menschen streben auch die Staaten nach Sicherheit. Sie wird ihnen verliehen durch Macht über andere Staaten. Zum Zwecke der Machtentfaltung, so die Überzeugung des klassischen Realismus, bedarf es der Rüstung, die gegenüber den Machtgelüsten anderer Staaten abschreckend wirken soll, da der einzelne Staat immer in einem latent oder offen feindlichen Umfeld operiert. Macht ist auch im internationalen System ein relatives Gut. Sie definiert sich im Verhältnis zur Macht anderer Staaten. Der Machtzuwachs des einen Staates geht einher mit dem entsprechenden Machtverlust anderer. Aus diesem Nullsummen-Denken resultiert die Vorstellung vom Billardball-Modell (Menzel 2001: 78-79). Zusätzlich zu dieser Vorstellung des klassischen Realismus sind noch drei weitere wichtige Stichpunkte zu nennen: Statism, Survival, Self-help.



„Statism“ ist der Kern des Realismus. Damit verbinden sich zwei Behauptungen. Erstens, der Staat ist der überragende Akteur auf internationaler Ebene. Alle anderen Akteure sind von geringerer Bedeutung. Zweitens, staatliche Souveränität kennzeichnet die Existenz einer unabhängigen politischen Gemeinschaft, hierzu gehört ebenso die juristische Autorität über das eigene Territorium. „Survival“ ist das oberste Ziel jedes Nationalstaates, dem sämtliche andere Ziele und Interessen untergeordnet sind. „Self-help“ schließt sich an das Ziel des Überlebens an, da kein Staat einem anderen Staat oder Institution vertrauen kann, um das eigene Überleben zu sichern. Der klassische Realismus geht davon aus, dass die Struktur des internationalen Systems keine Freundschaft oder Vertrauen zulässt (Dunne und Schmidt 2005: 176).

Während der ersten Nachkriegsjahrzehnte, bis in die 1970er Jahre, galt der klassische Realismus als nahezu unantastbar. Es hatte sich ein System der friedlichen Koexistenz herausgebildet, mit den Supermächten Sowjetunion und USA als den führenden Akteuren. Dieses System der friedlichen Koexistenz, auch als *balance-of-power* bezeichnet, gründete sich vornehmlich auf beiderseitiger, atomarer Aufrüstung, so wie es der klassische Realismus prognostiziert hatte. Zu Beginn der 1970er Jahre setzten erste Veränderungen auf internationaler Ebene ein, das Ende des Bretton-Woods-Systems, die sich abzeichnende amerikanische Niederlage im Vietnamkrieg und die erste Ölkrise. Diese Entwicklungen waren Ausdruck für den Niedergang der amerikanischen Hegemonie. Gleichzeitig waren sie Belege dafür, dass die Ökonomie gegenüber dem Militär nicht länger als zweitrangig betrachtet werden konnte, wie es der klassische Realismus noch unterstellte (Menzel 2001: 145). Für die vorliegende Arbeit spielt dieser Umstand eine große Rolle, da der Energiesektor als Teil der Ökonomie Hauptgegenstand der Analyse ist.

Resultierend aus den oben geschilderten Umbrüchen auf der internationalen Ebene begründete sich zum Ende der 1970er und zu Beginn der 1980er Jahre der Neorealismus. Er begann damit, die große Bedeutung des Militärs bzw. der nationalen Aufrüstung mit wirtschaftlichen Fragen zu verbinden, um auf das Gewicht der Ökonomie hinzuweisen. Zu den wichtigsten Vertretern des Neorealismus zählt Kenneth Waltz, der 1979 mit „*Theory of International Politics*“ das Standardwerk des Neorealismus vorlegte. Insgesamt ist der Neorealismus relativ facettenreich, was sich in seinen verschiedenen Ausprägungen (z.B. Struktureller Realismus, Ökonomischer Realismus) niederschlägt. Dahinter stecken die bereits angeführten Veränderungen auf internationaler Ebene, die von Politikwissen-

schaftlern (z.B. Mearsheimer) auf verschiedene Art und Weise interpretiert wurden. Die vorliegende Arbeit wird jedoch keine Diskussion über die heterogenen Auslegungen des Neorealismus anstoßen, sondern sich auf die wesentlichen Änderungen bzw. Weiterentwicklungen hinsichtlich des klassischen Realismus beschränken.

Als ein wesentlicher Unterschied zum klassischen Realismus lehnt der Neorealismus die Erklärung der internationalen Beziehungen aufgrund von anthropologischen Annahmen ab:

While human nature no doubt plays a role in bringing about war, it cannot by itself explain both war and peace, except by the simple statement that man's nature is such that sometimes he fights and sometimes he does not (Waltz 1959: 29).

Infolge der Ablehnung der anthropologischen Annahmen lautet, gemäß Schörnig, die zentrale Fragestellung des Neorealismus, ob, und wenn ja, warum, Staaten trotz unterschiedlich verfasster politischer Systeme oder differierender Ideologien in ihrem Außenverhalten zu ähnlichem Verhalten tendieren und besonders mächtige Staaten deshalb immer damit rechnen müssen, in ihrer Vormachtstellung herausgefordert zu werden (2003: 63).

Die Ignorierung von „low politics“ (sozialer und ökonomischer Fragen) bringt den klassischen Realismus auch im Falle der vorliegenden Arbeit in Erklärungsnot. Gemäß der Fragestellung spielt der Energiesektor, welcher zweifellos Teil des Wirtschaftssektors ist, eine zentrale Rolle bei der Entwicklung außen- und sicherheitspolitischer Strategien auf nationalstaatlicher Ebene. Daraus lässt sich ein Widerspruch in der realistischen Argumentation erkennen, da Energiepolitik als Teil des Wirtschaftssektors aus realistischer Sichtweise außer Acht gelassen werden kann. Dies können sich jedoch vor allem die rohstoffarmen Nationalstaaten, wie z.B. Deutschland und andere EU-Staaten, nicht leisten, weil sonst ihre Energieabhängigkeit unkontrolliert zunehmen würde. Als Folge einer solchen Entwicklung ist von einer wachsenden Anfälligkeit gegenüber anderen (insbesondere rohstoffreichen) Staaten auszugehen, die den Verlust der eigenen Stärke auf der internationaler Ebene bedeuten würde. Aufgrund dieser Umstände sehen Nationalstaaten sich gezwungen, den Energiesektor und die Energiepolitik in den Bereich der „high politics“ aufzunehmen.

„High politics“ finden auf internationaler Ebene statt, die von Anarchie geprägt ist. Diese internationale Ebene besteht für Neorealisten aus zwei Elementen: den Akteuren bzw. Einheiten des Systems („units“) – das sind die Staaten – und der separaten Struktur des Systems („structure“). Die Struktur des internationalen Systems ist ein wesentlicher Einflussfaktor auf das jeweilige Verhalten der einzelnen Staaten. Des Weiteren ist auch der Neorealismus, in Anlehnung an den klassischen Realismus, davon überzeugt, dass Survival ein zentrales Bedürfnis der Staaten ist. Jedoch verfolgen sie die Verwirklichung ihrer Ziele auf rationale Weise, d.h. sie orientieren sich in ihren Entscheidungen an dem Kriterium der Zweck-Mittel-Rationalität (Lamy 2005: 210). An dieser Stelle ist ein weiterer wichtiger Unterschied zwischen klassischem Realismus und Neorealismus festzustellen, der bereits oben angedeutet wurde. Der klassische Realismus geht im Gegensatz zum Neorealismus davon aus, dass Staaten nicht rational, sondern egoistisch und triebgesteuert handeln. Eine weitere wichtige Leitlinie, die der Neorealismus einführt und anhand dessen Staaten voneinander zu unterscheiden sind, ist die jeweilige Fülle der Machtmittel („capabilities“), über die sie verfügen. Damit wird unterstellt, dass sich die Macht eines Staates nicht allein durch die Anzahl seiner Soldaten und Waffensysteme produziert. Somit können ökonomische und soziale Faktoren, nach Ansicht des Neorealismus, die Macht eines Staates zu einem gewissen Grad anheben (Schörning 2003: 65-66).

Dementsprechend spielen transnationale Konzerne, wie z.B. die Bauherren der Nord Stream Pipeline Gazprom, E.ON und BASF, eine große Rolle bei der Ermittlung der deutschen und russischen Machtfülle. Insbesondere Gazprom ist ein sehr interessantes Beispiel, da dieser Konzern scheinbar vom Kreml geleitet wird und daher als politisches Instrument anzusehen ist. Im Verlauf der Arbeit wird darauf näher eingegangen. Darüber hinaus ermöglicht die Einbeziehung der wirtschaftlichen Sphäre in den Neorealismus den Übergang zum nächsten vorzustellenden theoretischen Ansatz, dem Institutionalismus. Transnationale Konzerne können oftmals nur dann transnational operieren, sofern es zu einer Kooperation zwischen den Staaten kommt, in denen diese Konzerne operieren. Der klassische Realismus lehnt die Vorstellung einer Kooperation ab, jedoch ist beim Neorealismus durch die Hervorhebung der Ökonomie eine gewisse Nähe zum Institutionalismus zu erkennen.

### **1.2.2 Institutionalismus**

Nach Baylis operiert der Institutionalismus „largely within the Realist framework, but argues that international institutions are much more important in helping to achieve

cooperation and stability than “structural Realists” realize“ (2005: 308). Das bedeutet, dass Institutionalisten der Überzeugung sind, dass Kooperation zwischen verschiedenen Nationalstaaten prinzipiell denkbar ist, jedoch muss sie realistisch fundiert sein. Eine realistische Begründung für kooperatives Verhalten ist der Eigennutz, den die Kooperationspartner aus diesem Verhalten ziehen können. Eine internationale Kooperation auf dem Energiesektor kann daher nur dann erfolgreich verlaufen, wenn durch sie nicht nur das Dilemma der nationalen Energiesicherheit überwunden werden kann, sondern gleichzeitig finanzielle Ressourcen für andere Bereiche frei werden und anderweitig verwendet werden können, die auf diesem Weg den jeweiligen Wohlstand der Partner mehren. Sobald solche Kooperationen bzw. Institutionen erst einmal erfolgreich etabliert sind, entwickeln sie eine Eigendynamik und können somit normative Wirkung entfalten (Menzel 2001: 22). Die Grundidee dabei ist, dass diese Institutionen, die oftmals als internationale Organisationen auftreten, den Staaten die Möglichkeit zur ständigen Kommunikation miteinander eröffnen. Dadurch soll wechselseitiges Vertrauen gefördert, bestehendes Misstrauen abgebaut und etwaigen Missverständnissen vorgebeugt werden (Müller 2002: 87).

Aspinwall und Schneider argumentieren, dass der Institutionalismus

assumes that actors behave in a strategic manner, adapting their strategies and beliefs to the assumed actions of other players. States desiring gains from cooperation, therefore, create and maintain institutions to lower transaction costs associated with inter-state activity, such as incomplete contracting, imperfect information, and the inability to monitor and enforce agreements (2000: 11).

Egeberg geht sogar noch einen Schritt weiter. Neben den praktischen Vorteilen wie der allgemeinen Kostenminimierung, tendieren Institutionen wie die EU dazu „to impose particular world views, ways of thinking, expectations and allegiances on their members, [...]“ (Egeberg 2006: 24). Damit unterziehen sich die Mitgliedsstaaten einer internationalen Institution mit Beginn ihrer Mitgliedschaft einem potentiellen Paradigmenwechsel, eventuell sogar einem Identitätswechsel. Weitere Ausführungen dazu liefert der Konstruktivismus, der in Abschnitt 1.2.4 vorgestellt wird.

Anhand dieser Definitionen nähert sich die vorliegende Arbeit einem weiteren Schwerpunkt, dem europäischen Integrationsprozess. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs haben Politiker aus verschiedenen europäischen Nationalstaaten erkannt, dass

eine Wiederholung eines solchen Konflikts auf europäischem Boden durch die Gründung einer Institution mit großer Wahrscheinlichkeit zukünftig zu verhindern sei. Aus dieser Vision, die 1951 zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS oder auch Montanunion) in Paris führte, ist zu Beginn des Jahres 1992 durch die Ratifizierung des Vertrages über die Europäische Union in Maastricht die EU entstanden. Die EU ist eine Verhandlungsplattform und bietet ihren Mitgliedern die Gelegenheit, Probleme in nahezu allen Politikbereichen (Außenpolitik, Handels- und Wirtschaftspolitik, Technologie, Landwirtschaft, Justiz, etc.) gemeinsam im europäischen Rahmen zu lösen. In Anlehnung an die Fragestellung dieser Arbeit wäre es somit denkbar, dass die aus der bilateralen deutsch-russischen Energiepolitik resultierenden Konsequenzen auf EU-Ebene diskutiert und auf diesem Weg etwaige Differenzen ausgeräumt werden. Zu unterstreichen hierbei ist die bestehende, nicht verpflichtende, Möglichkeit für die EU-Mitglieder, bestimmte Sachverhalte auf EU-Ebene zu verhandeln. Die EU und ihr Integrationsprozess basiert nur auf multilateralen Verträgen und nicht, wie im Falle der Nationalstaaten, auf einer Verfassung. Damit bleiben die Staaten ein „elementary part of the system, with much scope for affecting decisions and regulating their own affairs“ (Christiansen 2005: 595).

Internationale Institutionen begründen sich, mit Blick auf die oben genannten Definitionen und Schilderungen, aufgrund einer Vielzahl von Gemeinsamkeiten. Dies geht einher mit den bereits vorgestellten unterschiedlichen Formen zwischenstaatlicher Partnerschaften, vor allem der „Interessenallianz“ und der „strategischen Partnerschaft“. Im Falle der EU besteht auf nahezu allen Gebiet des politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens ein hoher Grad an Homogenität, was zu der Annahme führt, dass zwischen den EU-Mitgliedsstaaten „strategische Partnerschaften“ existieren. Viele Bereiche sind im Zuge des europäischen Integrationsprozesses institutionalisiert worden. Dies ist zu einem gewissen Ausmaß den sogenannten Spillover-Effekten zu verdanken, die nachstehend durch den neofunktionalistischen Theorieansatz erläutert werden. Mit Blick auf die Fragestellung dieser Arbeit ist allerdings zu hinterfragen, wie weit sich die deutsch-russische Energiepolitik auf den europäischen Integrationsprozess and damit auch auf die Partnerschaften zwischen den EU-Staaten und zwischen Russland, der EU und ihren Mitgliedern auswirkt.

### 1.2.3 Neofunktionalismus

Begründer der neofunktionalistischen Theorie internationaler Integration ist Ernst B. Haas. Inspiriert wurde er dabei bereits in den 1950er Jahren von der wachsenden Zusammenarbeit zwischen den westeuropäischen Staaten. Er ist davon überzeugt, dass Integration davon abhängt, wie stark politische Eliten verschiedener Länder gewillt sind, internationale Kooperation zu intensivieren. Aufgrund dieser exponierten Stellung der politischen Eliten im Rahmen des europäischen Integrationsprozesses spricht man auch von einer „elitist theory“ (Strøby-Jensen 2007: 87).

Integration ist laut Haas ein Prozess, wo „political actors are persuaded to shift their loyalties [...] toward a new center whose institutions possess or demand jurisdiction over the preexisting national states“ (1958: 16). Dieser funktionale Integrationsprozess ist abhängig von „Spillover-Effekten“, bei denen die zunehmende internationale politische Kooperation auf einem bestimmten Gebiet ebenso die Zusammenarbeit auf anderen Gebieten anwachsen lässt (Jackson und Sørensen 2003:113). Gemäß Andreatta entsteht aufgrund der Institutionalisierung und Kooperation in einem bestimmten Bereich des politischen oder wirtschaftlichen Lebens sogar ein gewisser Druck auf benachbarte Bereiche, die dann ebenfalls Teil der Integration werden und somit nicht mehr ausschließlich auf nationaler Ebene kontrolliert werden können (2005: 22).

Des Weiteren betont der Neofunktionalismus die große Rolle von nicht-staatlichen Akteuren bei regionalen Integrationsprozessen. Diese nicht-staatlichen Akteure geben das Tempo und die Bedingungen der weiteren Integration vor. Die jeweiligen Mitgliedsstaaten einer solchen regionalen Institution gehören weiterhin zu den wichtigsten Elementen des Integrationsprozesses, da sie für die ursprüngliche Form der internationalen Kooperation zuständig sind. Jedoch bestimmen sie nicht exklusiv den weiteren Verlauf des Integrationsprozesses. Vielmehr fällt diese Entwicklung in den Aufgabenbereich supranationaler Bürokraten, die zusammen mit verschiedenen Interessenverbänden (politischen Eliten) aus den Mitgliedsstaaten die (unvermeidbaren) Spillover-Effekte und andere ursprünglich nicht geplante Konsequenzen regionaler Kooperation herbeiführen, welche entstehen, sobald eine Gruppe von Nationalstaaten sich zu einer supranationalen Institution zusammenschließt (Schmitter 2002). Auf diese Weise enden die Nationalstaaten im Laufe des Integrationsprozesses als „Befehlsempfänger“ der von ihnen ins Leben gerufenen Institution. Formale Kontrollmechanismen, die vorher unter staatlicher Aufsicht

waren, werden auf die supranationale Ebene transferiert, genauso wie die politische Loyalität (Andreatta 2005: 23).

Insbesondere seit Beginn der 1990er Jahre, als der europäische Integrationsprozess wieder Fahrt aufnahm, erlebt dieser Ansatz ein Comeback innerhalb der Lehre der Internationalen Beziehungen. Wegbereiter für dieses Comeback war die Einführung der Einheitlichen Europäischen Akte im Jahr 1987, die für das gesamte Territorium der EU-Mitgliedsstaaten den freien Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital gewährleistet. Zuvor wurde der Neofunktionalismus ab Mitte der 1960er Jahre, als Frankreich damit begonnen hatte, die europäischen Institutionen zu boykottieren, bis Mitte der 1980er Jahre heftig kritisiert, da der vermeintliche europäische Integrationsprozess nur sehr langsam und schleichend vorankam. Die Phase wird aufgrund dessen auch „Eurosclerose“ genannt. Sogar Haas, distanzierte sich von seiner Theorie und hielt es für möglich, dass nach den integrativen Spillover-Effekten gegenteilig funktionierende Spillback-Effekte den Integrationsprozess zum Erliegen bringen könnten (Strøby-Jensen 2007: 93-96). Die Einführung der Einheitlichen Europäischen Akte war nach langer Zeit ein großer Schritt in Richtung politischer Integration in Europa, die Haas bereits 1958 vorhergesagt hatte.

Für die vorliegende Arbeit ist der Neofunktionalismus von Bedeutung, weil der Energiesektor zwar bislang den Spillover-Effekten widerstehen konnte, ihnen jedoch in Zukunft nachgeben könnte, sofern dieser theoretische Ansatz sich empirisch durchzusetzen vermag. Folgendes politisches Szenario könnte zur Institutionalisierung des Energiesektors führen: sobald ein EU-Mitgliedsstaat zukünftig ernsthafte Verhandlungen über die Institutionalisierung des Energiesektors führen will, weil er ansonsten Probleme hinsichtlich der nationalen Energieversorgung sieht, kann es sein, dass andere Mitgliedsstaaten in die Verhandlungen einwilligen, jedoch mit dem Ziel, einen anderen Sektor zu institutionalisieren. Beide Staaten würden sich einvernehmlich darauf einigen, die potentielle Institutionalisierung dieser zwei Sektoren auf EU-Ebene zu unterstützen. Damit würden im Laufe der Verhandlungen beide Sektoren Gegenstand der Diskussionen, womit die Chance auf eine Institutionalisierung steigt.

#### **1.2.4 Konstruktivismus**

Als vierter (und „neuester“) theoretischer Ansatz bedient sich die vorliegende Arbeit des Konstruktivismus. Erst gegen Ende der 1980er und zu Beginn der 1990er Jahre begann der

Konstruktivismus damit, sich als ernst zu nehmende Alternative gegenüber den großen Theorien der vorangegangenen Jahrzehnte zu positionieren. Der Kalte Krieg war vorüber. Das bedeutete einen neuen intellektuellen Spielraum für Politikwissenschaftler, die etablierten politischen Theorien, insbesondere den (Neo-)Realismus zu hinterfragen und mit neuen Ansätzen zu konfrontieren. Konstruktivisten

drew from established sociological theory to demonstrate how social science could help international relations scholars understand the importance of identity and norms in world politics. They demonstrated how attention to norms and states identities could help uncover important issues neglected by neo-realism (...) (Barnett 2005: 258).

Der Konstruktivismus offeriert eine völlig andere Herangehensweise zur Analyse des internationalen Systems bzw. der internationalen Politik, anhand dessen die Versäumnisse z.B. der Neorealisten aufgedeckt werden. Hintergrund dabei ist, dass der Konstruktivismus, im Gegensatz zum positivistischen (Neo-)Realismus, Institutionalismus oder Neofunktionalismus, eine post-positivistische Denkweise zu Grunde legt. Für Vertreter positivistischer Theorieansätze zählen nur beobachtbare, greifbare Argumente und Faktoren. Z.B. lässt sich nach positivistischer Überzeugung die Macht eines Staates recht gut durch Bezifferung der militärischen und wirtschaftlichen Stärke beschreiben. Konstruktivisten verneinen dieses nicht, gehen jedoch über diese greifbare Dimension hinaus. „Unlike positivism and materialism, which take the world as it is, constructivism sees the world as a project under construction, as becoming rather than being“ (Adler 2002: 95). Neben den greifbaren Faktoren zählen ebenso nicht zu beobachtende Elemente wie gemeinsame Auffassungen, Interessen und Ideen, Normen, bestimmte Wertvorstellungen, Freundschaften, Feindschaften, etc. (Jackson und Sørensen 2003: 254-255). Diese nicht zu beobachtenden Faktoren haben auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens eine große Bedeutung für die Individuen. Gemeinsame Auffassungen, Ideen und Interessen entscheiden oftmals darüber, ob sich Freundschaften oder andere Beziehungen entwickeln können.

So kann man mittels konstruktivistischer Herangehensweise versuchen, die Ratifizierung der Verträge über die Nord Stream Pipeline und die daraus resultierenden Implikationen zu ergründen. Während es zwischen den Staaten Deutschland und Russland zwar gewisse Differenzen hinsichtlich der Verwirklichung und Einhaltung von Demokratie, freien Wahlen, Pressefreiheit, etc. gibt, herrscht zwischen den Personen, die diesen Deal



angeschoben haben, eine innige Freundschaft: Schröder und Putin. Auf der anderen Seite sind Staaten wie Polen, die immensen Protest gegen die Nord Stream Pipeline eingelegt haben, zumindest gegenüber Russland weniger freundschaftlich eingestellt. Eine detaillierte Analyse erfolgt in den nachstehenden Kapiteln.

Weitere nicht beobachtbare Faktoren, die auf die Ergebnisse einer politikwissenschaftlichen Analyse erheblichen Einfluss nehmen können, sind die Identität einer Nation bzw. eines Staates und die dazugehörige Kultur. Die Identität einer Nation begründet sich größtenteils in kollektiven Erinnerungen und historischen Ereignissen. Laut Cruz kann die (zu erwartende) Handlungsweise eines Staates nur verstanden werden, wenn man sich seiner historischen Entwicklung bewusst ist. „We are as we are because the world has made us this way; and because we are who we are, we can change our world only so much without changing ourselves“ (Cruz 2000: 276). Tief verankert in der kollektiven Identität eines jeden Nationalstaates ist, laut Risse, die nationale Souveränität (Risse 2005: 303). Somit ist nationale Souveränität als ein soziales, nicht greifbares Konstrukt zu betrachten. Mit Blick auf die Beantwortung der Fragestellung ist diese Feststellung durchaus relevant, da eine Lösung dieser Verankerung und eine Übertragung der nationalstaatlicher Souveränität (in diesem Fall) an die supranationale EU-Ebene dafür sorgen könnten, dass der Energiesektor in naher Zukunft institutionalisiert wird. Dieser Ansatz Risses wird vor allem im Fazit wieder aufgegriffen.

Anknüpfend an die Bedeutung von Identitäten hat zusätzlich die Kultur eines Landes enormen Einfluss auf die Strategien und Entscheidungen der politischen Elite. Gemäß Chabal und Daloz ist Kultur „best understood as an environment, a constantly evolving setting, within which human behaviour follows a number of particular courses“ (2006: 21). Individuen orientieren sich demnach innerhalb eines Entscheidungsprozesses explizit an einem kulturellen Muster, das historisch gewachsen ist und damit Gültigkeit besitzt. Anhand der Definitionen bzgl. Identität und Kultur lässt sich eine Verbindung zu Egebergs Überzeugung aus Abschnitt 1.2.2 herstellen, die davon ausgeht, dass Institutionen wie die EU ihre Mitglieder „von oben herab“ beeinflussen. Die Institution EU ist gleichzeitig ein soziales Konstrukt. Um Mitglied dieser Institution zu werden, müssen potentielle neue Mitgliedsstaaten einen ganzen Katalog von bestimmten Wertvorstellungen erfüllen, z.B. die Achtung der Menschenrechte, freie, gleiche und geheime Wahlen, Pressefreiheit, etc.. Im Zuge der EU-Osterweiterung haben diese Werte eine große Rolle gespielt, da diese Staaten

aufgrund ihrer früheren Zugehörigkeit zum Sowjetimperium diese elementaren Werte einer westlich orientierten Demokratie erst etablieren mussten. Aktuell besteht die EU aus 27 verschiedenen Mitgliedern. Dadurch kommt es in Brüssel, trotz einer allgemein hohen Homogenität, zu einem Aufeinandertreffen von 27 verschiedenen Identitäten und Kulturen, welches zur Entwicklung einer europäischen Identität („Ich bin Europäer“) und Kultur führen und auf diese Weise in vielerlei Hinsicht den Integrationsprozess beeinflussen kann.

Ein Teil des Integrationsprozesses ist die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU. In Anlehnung daran ist abschließend das Konzept der „Security Community“ einzuführen. Adler und Barnett definieren eine Security Community als „transnational regions comprised of sovereign states whose people maintain dependable expectations of peaceful change“ (Adler und Barnett 1998: 30). Als Begründer dieses Konzepts gilt jedoch Karl Deutsch. Er unterscheidet zwischen zwei Formen von Security Community. Erstens, die Vereinigung von Staaten zu einem großen Staat („amalgamated“) oder, zweitens, die pluralistische Form, wo eine Reihe von Nationalstaaten, die eine allgemein hohe Homogenität (z.B. gleiche Wertevorstellungen) aufweisen, sich zu einer internationalen Gemeinschaft zusammenschließen. Dabei geht es um die Entwicklung eines Wir-Gefühls innerhalb dieser Gemeinschaft (Deutsch et al. 1957: 5-6). Diese gemeinsamen Werte und die Entwicklung des Wir-Gefühls sind die Quelle für eine enge Sicherheitskooperation. Gleichzeitig zeichnet sich diese enge Sicherheitskooperation verantwortlich für die weitere Vertiefung der gemeinsamen Wertvorstellungen und der internationalen Verknüpfungen. Sicherheit wird somit zur Bedingung und zur Güteklasse einer solchen Gemeinschaft. Die Mitgliedschaft ist besonders wichtig. „Who is inside, and who is outside, matters most“ (Adler und Barnett 1998: 4). Für die vorliegende Arbeit ist das Konzept der Security Community von Relevanz, da internationale Institutionen, wie z.B. die EU, dank ihrer Vielfalt an Kommunikations- und Verhandlungsmöglichkeiten als Security Community bezeichnet werden. Des Weiteren bilden die EU-Staaten eine Security Community, da sie eine Vielzahl gemeinsamer Werte teilen.

All diese nicht zu beobachtenden Elemente sind für die vorliegende Arbeit von Bedeutung, um beispielsweise den politischen Führungsstil des ehemaligen russischen Präsidenten Putin zu analysieren, die Reaktionen der osteuropäischen Staaten auf den geplanten Bau der Nord Stream Pipeline zu erklären oder die Form der Partnerschaft (Interessenallianz oder strategische Partnerschaft) zwischen der EU und Russland (neu) zu definieren.

### 1.3 Methodisches Vorgehen

Vieles von dem, was in den Aufgabenbereich eines Politikwissenschaftlers fällt, konzentriert sich auf die Beschreibung und Untersuchung politischer (einschneidender) Ereignisse. Um das Ziel einer klaren Analyse eines solchen Ereignisses erreichen zu können, bietet es sich an, eine Fallstudie durchzuführen. „One of the often overlooked advantages of the in-depth case-study method is that the development of good causal hypotheses is complementary to good description rather than competitive with it“ (King et al. 1994: 45). Daraus lässt sich schließen, dass zu Beginn eines Analysevorgangs eine Fallstudie zwecks detaillierter Datenerhebung und Erkenntnisgewinnung sehr vielversprechend ist, um im Anschluss daran Kausalhypothesen aufstellen zu können. Die Aufstellung von Kausalhypothesen ist ohnehin aufgrund der Heterogenität des internationalen Staatensystems und der unterschiedlichen Einflussgröße nationaler und nicht-staatlicher Akteure oftmals recht problematisch, so dass eine systematisch angelegte Fallstudie nahezu unumgänglich ist.

Methodisch folgt die vorliegende Arbeit den Mechanismen einer solchen Fallstudie. Definiert wird eine Fallstudie am präzisesten als „an intensive study of a single unit for the purpose of understanding a larger class of (similar) units“ (Gerring 2004: 342). Darüber hinaus unterscheidet Gerring zwischen drei verschiedenen Formen von Fallstudien:

- 1) einer „within-unit“-Fallstudie, bei der eine einzelne Untersuchungseinheit (z.B. der Bau einer Pipeline) über einen bestimmten, vorher festgelegten Zeitraum beobachtet und analysiert wird;
- 2) einer „across-unit“-Fallstudie, die sich ebenfalls mit einer einzelnen Untersuchungseinheit zu einem bestimmten Zeitpunkt beschäftigt, jedoch diese Einheit in verschiedene Abschnitte oder Rubriken unterteilt und die Ergebnisse miteinander vergleicht. Wenn man beispielsweise eine „across-unit“-Fallstudie in Bezug auf die unterschiedliche Energieimportabhängigkeit innerhalb der EU von Russland an einem bestimmten Zeitpunkt (z.B. für das Jahr 2007) durchführen wollte, dann würde jeder EU-Staat einzeln untersucht, die entsprechenden Werte der Abhängigkeit von Russland erhoben, im Anschluss daran die Ergebnisse zusammengetragen, um abschließend sagen zu können, welcher Staat die geringste bzw. die höchste Energieimportabhängigkeit von Russland besitzt;
- 3) einer „across- and within-unit“-Fallstudie, wo mindestens zwei Untersuchungseinheiten getrennt voneinander beobachtet und analysiert werden. Im

Zuge dieser Analysen wird jede Untersuchungseinheit zusätzlich, wie bei der „across-unit“-Fallstudie, in mehrere Teile zerlegt, um dann nach Beendigung des Analysezeitraums die Ergebnisse miteinander zu vergleichen. Ein Beispiel wäre die vergleichende Untersuchung der Energieimportabhängigkeit Europas von Russland mit der Energieimportabhängigkeit Asiens von Russland. Beide Kontinente würden beispielsweise nach Nationalstaaten aufgeteilt, die jeweiligen Werte bzgl. ihrer Abhängigkeit von russischen Energielieferungen erhoben, um sie abschließend auf kontinentaler Ebene zu vergleichen (2004: 343).

Aufgrund des begrenzten Zeitraums und aus Platzgründen verkörpert die vorliegende Arbeit eine „within-unit“-Fallstudie, die gemäß Lijphart den Richtlinien einer „theoretical interpretative case study“ unterliegt. Oberstes Ziel einer „theoretical interpretative case study“ ist im Wesentlichen die detaillierte Beleuchtung der jeweiligen Untersuchungseinheit. Generalisierungen mit Blick auf ähnliche Untersuchungseinheiten spielen eine untergeordnete Rolle, aufgrund dessen eine „theoretical interpretative case study“ keinen nennenswerten Beitrag zu einer potentiellen Theoriebildung leistet. Vielmehr nutzt diese Form der Fallstudie bestehende Theoriestränge, um die empirischen Ergebnisse aus teilweise verschiedenen Blickwinkeln zu erklären (Lijphart 1971: 692).

Neben den beschriebenen Stärken einer Fallstudie, hat dieses methodische Vorgehen auch Schwächen. Ziel von Politikwissenschaft ist immer, allgemein geltende Ergebnisse (Validität) und daraus ableitbare Generalisierungen (Reliabilität) zu erhalten (King et al. 1994: 7-10). Mit einer Fallstudie ist dies aufgrund der Vielzahl an Variablen nur schwer möglich. „A single case study is still a single-shot“ (Gerring 2004: 350). So wäre es z.B. wenig sinnvoll, den geplanten Bau der Nord Stream Pipeline mit dem geplanten Bau der Erdgaspipeline von Iran über Pakistan nach Indien zu vergleichen, um abschließend eine generelle Aussage über Pipelinediplomatie treffen zu können. Generalisierungen sind nur dann zweckmäßig, sobald ein hoher Grad an Homogenität existiert. Statt also Pipelineprogramme aus Asien und Europa zu vergleichen, sollte die Nord Stream Pipeline eher einem Vergleich zu den Entwicklungen rund um andere europäische Pipelineprojekte unterliegen. Beispiele sind der geplante Bau der Nabucco-Pipeline, die von der Türkei über den Balkan bis nach Österreich führen soll, oder die Planungen zur South Stream Pipeline, die von Russland durch das Schwarze Meer nach Bulgarien verlegt werden soll. Allerdings ließen sich aus den Resultaten einer Fallstudie über europäische Pipelineprojekte und

Pipelinediplomatie ebenfalls keine generalisierenden Schlüsse für die globale Ebene ziehen, da ganz einfach zu große Unterschiede zu den anderen Regionen der Welt bestehen.

Hinsichtlich der vorliegenden Fallstudie wird am Ende der Arbeit nur eine fallinterne Validität erzielt werden, die darüber hinaus auch nur für die Gegenwart gültig ist. Eventuelle Strategieänderungen auf dem Energiesektor (z.B. eine Institutionalisierung des Energiesektors auf EU-Ebene) könnten die gegenwärtige Situation in mehrere verschiedene Richtungen beeinflussen, so dass die Ergebnisse der vorliegenden Arbeit an Validität verlieren würden. Ebenso kritisch ist die Reliabilität der Ergebnisse zu betrachten. Das Augenmerk dieser Arbeit gilt außen- und energiepolitischen Strategien in Mittel- und Osteuropa. Aufgrund der Fokussierung auf die explizit in dieser Region vorhandenen Gegebenheiten (z.B. die historisch gewachsenen Beziehungen zwischen den einzelnen Staaten, deren unterschiedlicher Grad an Energieimportabhängigkeit, etc.) ist eine Wiederholbarkeit exakt derselben Fallstudie in einer anderen Region, die zur Steigerung der Reliabilität beitragen würde, sehr unwahrscheinlich.

Im weiteren Verlauf der Arbeit wird die Arbeitsweise der „theoretical interpretative case study“ angewandt, um die einzelnen Energiestrategien (Deutschland, Russland, Polen, Ukraine, EU), die sich oftmals auf Augenhöhe mit außenpolitischen Strategien bewegen, anhand der im vorherigen Abschnitt vorgestellten Theorien in Korrelation zu setzen. Die abhängige (zu erklärende) Variable sind dabei die politischen Reaktionen und Konsequenzen, die der geplante Bau der Nord Stream Pipeline hervorgerufen hat. Als unabhängige (erklärende) Variablen fungieren die jeweiligen energie- und außenpolitischen Strategien. Zentrales Objekt ist der geplante Bau der Nord Stream Pipeline bzw. die dadurch hervorgerufenen politischen Reaktionen und Konsequenzen. So lässt sich abschließend postulieren, dass das methodische Ziel dieser Arbeit das Erstellen einer Fallstudie über „Pipelinediplomatie“ ist.

#### **1.4 Quellenauswahl**

Um die Fragestellung von einem möglichst neutralen Standpunkt bearbeiten zu können, wird auf einen Mix aus Primär- und Sekundärquellen zurückgegriffen. Bei den Primärquellen handelt es sich beispielsweise um öffentliche Reden von führenden Politikern aus den verschiedenen Staaten (Putin, Steinmeier), Biographien (Schröder), offizielle Dokumente wie z.B. die Energiegrünbücher der EU, das letzte Weißbuch des deutschen

Bundesverteidigungsministeriums aus dem Jahr 2006, Bundestagsanfragen und –antworten zum Thema Nord Stream Pipeline oder ein Ausschnitt aus dem Energy Charter Treaty und Statistiken, z.B. der Statistical Energy Review 2008 herausgegeben von BP.

Diese Primärquellen dienen überwiegend zur Betonung offizieller politischer Richtlinien oder zur Untermauerung von Argumenten. Eine Reihe von Sekundärquellen (hauptsächlich Bücher und Artikel zum Thema), die in der Regel in Reaktion auf die oben genannten Primärquellen verfasst wurden, werden verwendet, um die einzelnen Sachverhalte zu erläutern und auf diese Weise die Objektivität der Arbeit zu gewährleisten.

## **2. Politische Implikationen der Nord Stream Pipeline**

Im besonderen Fokus dieser Arbeit liegen die politischen Implikationen resultierend aus der bilateralen deutsch-russischen Energiepolitik für Deutschland und den europäischen Integrationsprozess. Der Bau der Nord Stream Pipeline ermöglicht es Deutschland und Russland, ihre ohnehin schon enge Zusammenarbeit auf wirtschaftlicher und politischer Ebene weiter zu vertiefen. Laut Altbundeskanzler Schröder sollte es das Ziel Deutschlands sein, aus dieser „strategischen Partnerschaft“ eine „privilegierte Partnerschaft“ zu entwickeln (2007: 460). Als EU-Mitglied ist Deutschland jedoch ebenso angehalten, neben der Pflege von Partnerschaften außerhalb der EU, den europäischen Integrationsprozess voranzutreiben, der gleichsam auf engen, multilateralen Partnerschaften beruht.

Für Deutschland, so lautet eins der Hauptargumente, besteht die Gefahr, dass es durch den Ausbau der strategischen (Energie-)Partnerschaft mit Russland Teile seiner strategischen Partnerschaften innerhalb der EU gefährdet. Anhand der Nord Stream Pipeline hat sich Deutschland einen exklusiven Zugang zu den russischen Gasvorkommen gesichert. Damit hat Deutschland gleichzeitig einen großen Schritt in Richtung der nationalen Ziele, der Aufrechterhaltung der Energieversorgung und Garantie der Energiesicherheit, getan. Dieser wirtschaftliche Deal zwischen den deutschen Firmen E.ON und BASF und dem russischen Energiekonzern Gazprom hat von vielen Seiten verschiedene Reaktionen und Kommentare hervorgerufen. Der bereits angeführte Vergleich zum „Molotow-Ribbentrop Pakt“ verdeutlicht die wachsende Besorgnis in den östlichen EU-Mitgliedsstaaten. Dort hat man vielerorts damit begonnen, Deutschland gegenüber sehr kritisch eingestellt zu sein. Aufgrund dessen scheint es durchaus möglich, dass die bilaterale deutsch-russische Energiepolitik nicht nur Deutschlands Ansehen in Osteuropa beschädigt, sondern darüber hinaus ebenso einen Keil in den europäischen Integrationsprozess treibt. Bisherige strategische Partnerschaften Deutschlands mit den osteuropäischen Verbündeten könnten dank der engen Energiebeziehungen zu Russland abkühlen und nur noch als Interessenallianzen oder indifferente Nachbarschaften fortbestehen. Damit würde Deutschland den europäischen Integrationsprozess potentiell zum Erlahmen bringen.

Im Folgenden werden die einzelnen Konsequenzen des vereinbarten Baus der Nord Stream Pipeline detailliert benannt. Da die Nord Stream Pipeline eine Kette verschiedener, aufeinander folgender Implikationen ausgelöst hat, sind mehrere Ebenen notwendig, um die

Auswirkungen der deutsch-russischen Energiepolitik und des geplanten Baus der Nord Stream Pipeline für Deutschland und den europäischen Integrationsprozess einordnen zu können. Auf diese Weise kommt der in der Einleitung definierte „bottom-up“-Ansatz zur Geltung. In der vorliegenden Arbeit wird unterschieden zwischen Konsequenzen und Reaktionen auf nationaler, internationaler und supranationaler Ebene. Zu dieser Konstellation kommt es deshalb, weil Deutschland als EU-Mitglied und einer der Initiatoren der Nord Stream Pipeline Reaktionen auf all diesen Ebenen hervorruft. Auf nationaler Ebene sind vor allem die Konsequenzen und Reaktionen in Deutschland und den „übergangenen“ Staaten in Osteuropa zu untersuchen. Daraus resultieren Bewegungen auf internationaler Ebene, die sich in Gesprächen und Verhandlungen zwischen Deutschland und den „übergangenen“ Staaten ausdrücken. Schlussendlich sind Deutschland und die Mehrheit der „übergangenen“ Staaten, wie z.B. Polen und die Baltischen Staaten, Mitglieder der EU. Auf diese Weise überträgt sich das internationale Konfliktpotential auf die supranationale EU-Ebene.

## **2.1 Konsequenzen für Deutschland**

Für Deutschland scheinen sich, zumindest in naher Zukunft, folgende nationale Konsequenzen zu ergeben:

- *Abdeckung des Energiebedarfs:* Deutschland, das über 80 Prozent seines verbrauchten Erdgases importieren muss, hat in Russland einen verlässlichen Großlieferanten gefunden. Aus Russland kamen 2007 rund 42,5 Prozent der Erdgasimporte (BP 2008: 30). Die Tendenz ist steigend. Bis 2025 werden allein die deutschen Erdgasimporte, die bis dahin zu einem großen Teil durch die Nord Stream Pipeline fließen werden, um rund 25 Prozent auf dann 105 Mrd. Kubikmeter ansteigen. Kritische Stimmen behaupten, dass Deutschland sich damit gegenüber Russland in starke Abhängigkeit begibt. Jedoch darf dabei nicht übersehen werden, dass die Gasexporte nach Deutschland gegenwärtig ein Viertel der russischen Erdgasimporte nach Europa ausmachen. Des Weiteren profitiert Russland von anderweitigen deutschen Investitionen und deutschem Know-how. Aus diesen Gründen besteht laut Götz zwischen diesen beiden Staaten, sofern man überhaupt davon reden kann, bestenfalls eine gegenseitige Abhängigkeit (Götz 2006c: 16-17).
- *Energiesicherheit:* Dank der Verlegung der Nord Stream Pipeline auf dem Grund der Ostsee, wird es dem Energielieferanten Gazprom zukünftig möglich sein,



potentiell unsichere Transitländer wie Polen, die Ukraine und Weißrussland zu umgehen und somit Deutschland ohne Unterbrechung mit Erdgas zu versorgen (ebd.: 19). Auf diese Weise verliert z.B. die Ukraine zunehmend ihr Drohpotential gegenüber Russland, wenn es darum geht, die Erdgaspreise auszuhandeln. Eine mögliche Blockade russischer Erdgastransporte durch ukrainisches Territorium wäre dann wenig effektiv.

- *Energiedrehscheibe*: 1988 wurde in der Barentssee das Erdgasfeld Schtokman entdeckt. Ursprünglich war geplant, von dort aus in erster Linie LNG in die USA zu transportieren. Jedoch behielt man sich den Bau einer Landpipeline in Richtung Ostsee vor. Darüber hinaus hat der ehemalige russische Präsident Putin angekündigt, dass Großteile aus diesem Erdgasfeld durch die Nord Stream Pipeline nach Deutschland fließen sollen, was Deutschland mehr denn je zu einer Energiedrehscheibe machen wird (Götz 2006d: 1-4).

## 2.2 Konsequenzen für Osteuropa

Aufgrund Deutschlands zentraler Position in Europa und innerhalb des europäischen Integrationsprozesses wird schnell deutlich, dass diese bilaterale Energiepolitik weitere, weitaus vielschichtigere Auswirkungen birgt. Folgende nationale Konsequenzen, die auf internationaler Ebene durch wachsendes Misstrauen gegenüber den Initiatoren der Nord Stream Pipeline letztendlich auch Deutschland betreffen, scheinen sich für die osteuropäischen Staaten wie die baltischen Staaten, Weißrussland, Polen und die Ukraine zu ergeben:

- *Potentieller Verlust der Transiteinnahmen*: Für die osteuropäischen Staaten wäre dies ein herber finanzieller Verlust. Bisher bezahlte Gazprom allein an die Ukraine für den Gastransit eine Gebühr von 1,09 US-Dollar pro 1000 Kubikmeter und 100 km, sowie einen Verrechnungspreis von 50 US-Dollar pro 1000 Kubikmeter (Götz 2006e: 18). Seit dem Gasstreit zu Beginn des Jahres 2006 bezahlt Gazprom, statt vorher vier Mrd., nur noch rund zwei Mrd. US-Dollar Transitgebühren an die Ukraine. Zusätzlich entfallen sämtliche Subventionen Gazproms, wodurch die ukrainische Gasrechnung von 1,2 Mrd. US-Dollar im Jahr 2005 auf fast fünf Mrd. US-Dollar angestiegen ist (Götz 2006a: 2). Insbesondere Gazprom und der Kreml sind daran interessiert, mittels der Nord Stream Pipeline die herkömmlichen Transitstaaten Weißrussland, Polen und die Ukraine zu umgehen. Dies würde die

russische Verhandlungsposition gegenüber diesen Staaten bei der Aushandlung der Gastransitgebühren und des Gaspreises für den jeweiligen Inlandsverbrauch enorm stärken. Moskau scheint durchaus bereit zu sein, russische Konzerne als politisches Instrument einzusetzen, um nicht nur seine wirtschaftlichen, sondern auch seine politischen Ziele zu erreichen (Wiśniewska 2007: 39).

- *„Konsumenten 2. Klasse“*: Russland möchte sein Erdgas bevorzugt in Westeuropa verkaufen, da diese Staaten wesentlich höhere Preise bezahlen, als die osteuropäischen Staaten. Jedoch ist man in Osteuropa, speziell in der Industrie und im Haushalts- und kommunalen Bereich, weitaus stärker auf russisches Erdgas angewiesen, als im restlichen Europa (Kramer 2008: 116). Falls sich Russland eine Möglichkeit bieten sollte, anhand der Nord Stream Pipeline oder LNG Westeuropa mit Erdgas zu versorgen, ohne dabei Rücksicht auf Osteuropa nehmen zu müssen, so würden die baltischen Staaten, Weißrussland, Polen und die Ukraine potentiell zu Konsumenten 2. Klasse degradiert.
- *Wachsendes Misstrauen*: Aufgrund dieser Entwicklungen wird das politische Misstrauen in den osteuropäischen Staaten, nicht nur gegenüber Russland, sondern in beträchtlichem Ausmaß auch gegenüber Deutschland wachsen. In Bezug auf Deutschland lässt sich feststellen, dass der geplante Bau der Nord Stream Pipeline vor allem in Polen als ein zusätzlich belastendes Element für die deutsch-polnischen Beziehungen angesehen wird (Rupnik und Bazin 2006: 47). Die deutsche Osteuropapolitik wird zu Beginn des vierten Kapitels noch mal aufgegriffen. Gegenüber Russland besteht allein schon aus historischen Gründen eine große Skepsis. So wird Russland in den baltischen Staaten weiterhin als Sicherheitsbedrohung angesehen. Polen verfolgt insbesondere seit dem EU-Beitritt das politische Ziel, eine Führungsposition in dieser Subregion einzunehmen, um auf diese Weise den russischen Einfluss zurückzudrängen (Fischer 2006: 8).
- *Probleme für die Umwelt*: Ein weiterer bedeutender Punkt, der jedoch aufgrund mangelnder Beachtung in Deutschland, Russland und der EU im weiteren Verlauf der Arbeit keine tragende Rolle spielt, ist die Besorgnis der Ostseeanrainerstaaten (Estland, Finnland, Lettland, Litauen, Polen, Schweden) hinsichtlich potentieller Umweltprobleme durch den Bau der Nord Stream Pipeline. Besonders Litauen hat darauf aufmerksam gemacht, dass kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges mehrere 10.000 Tonnen an chemischer Kampfstoffmunition in der Ostsee versenkt worden sind (Lamp 2008: 385). Die Pipelinetrasse durchquert Teile der

Versenkungsgebiete. Daher ist es durchaus möglich, dass beim Bau der Pipeline Munition beschädigt und Kampfstoffe freigesetzt werden könnten. Um dies zu vermeiden, muss der gesamte Untergrund des geplanten Pipelineverlaufs gründlich untersucht werden. Dazu ist es notwendig, dass alle Beteiligten sich am Dialog über dieses Problem beteiligen und gemeinsam ein Programm zum Schutz der Umwelt verabschieden (Bimboes 2006: 16).

### **2.3 Konsequenzen für den europäischen Integrationsprozess**

Die EU-Mitgliedschaft der baltischen Staaten sowie Polen sorgt dafür, dass diese internationalen Spannungen sich ebenso auf die supranationale EU-Ebene übertragen. Die EU wird auf diese Weise mehr und mehr zu einer Arena, wo ihre Mitgliedsstaaten unter legislativer und teilweise exekutiver Federführung der EU-Kommission und des Rates versuchen, die Fragen bzgl. ihrer nationalen Energieversorgung und Energiesicherheit zu klären. Als Konsequenz sieht sich die EU oftmals durch Initiativen ihrer Mitgliedsstaaten zum Handeln gezwungen. Folgende Punkte beinhalten Initiativen der EU auf dem Energiesektor hinsichtlich einer engeren Zusammenarbeit der EU-Mitgliedsstaaten auf diesem Gebiet:

- *Energy Charter Treaty (ECT)*: Im Zusammenhang mit der Einrichtung des Europäischen Binnenmarktes zu Beginn der 1990er Jahre, machte der damalige niederländische Premierminister Lubbers während der Tagung des Europäischen Rates erstmals den Vorschlag, eine European Energy Charter zu initiieren. Nach einer Verhandlungsdauer von drei Jahren entstand schließlich der Energy Charter Treaty, der 1998 in Kraft trat. Es ist das erste ökonomische Abkommen und zugleich internationales Regime, das versucht, die Republiken der ehemaligen Sowjetunion, die EU-Mitgliedsstaaten, Japan, Australien, Norwegen, Türkei und die Schweiz zu vereinen. Hauptziel des ECT ist es, multilaterale Kooperationen und einen offenen, diversifizierten internationalen Markt auf dem Energiesektor zu schaffen (Westphal 2006: 53). Darüber hinaus legt der ECT Regeln für Investitionen im Energiesektor fest und definiert Prinzipien für den diskriminierungsfreien Handel und Transport. Gleichzeitig enthält er einen Mechanismus zur Streitbeilegung in Konfliktfällen, sowohl zwischen Staaten als auch zwischen privaten Vertragspartnern und den beteiligten staatlichen Akteuren. Des Weiteren enthält ein angefügtes Transitprotokoll Bestimmungen zum diskriminierungsfreien Transit von Öl und Erdgas (Goldthau und Geden 2007: 66). Allerdings hat Russland den ECT bislang

nicht ratifiziert. Daher ist er trotz Inkrafttretens relativ ineffektiv. Für die vorliegende Arbeit ist der ECT dennoch von Bedeutung, da die ablehnende Haltung Moskaus gegenüber diesem multilateralen Vertragswerk Einblicke auf die russische Energiepolitik gewährt. Diese ist Gegenstand im nachfolgenden dritten Kapitel.

- *Das Grünbuch der EU-Kommission für „Eine europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige and sichere Energie“:* Ein weiterer von der EU-Kommission angedachter Schritt in Richtung einer gemeinsamen EU-Energiepolitik ist das Grünbuch der Kommission vom 08.03.2006. Dieses Grünbuch entstand zum einen unter dem Einfluss des stetig an Bedeutung gewinnenden Klimaschutzes und zum anderen als eine Reaktion auf den Gasstreit zwischen Russland und der Ukraine im Januar 2006. In diesem Grünbuch identifiziert die EU fünf vorrangige Bereiche, die im Rahmen der vorliegenden Arbeit von Bedeutung sind:
  1. den Aufbau eines europäischen Pipelinenetzes, damit sich ein reeller europäischer Gasmarkt entwickeln kann,
  2. private und öffentliche Investitionen in die Infrastruktur müssen gefördert werden,
  3. die Schaffung gleicher Wettbewerbsbedingungen durch Entflechtung der nationalen Märkte,
  4. die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie und,
  5. die Förderung der Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten (EU-Kommission 2006a: 6-8).

Auf diese Weise sollen die Ängste in den östlichen EU-Staaten bzgl. ihrer nationalen Energieversorgung und Energiesicherheit gemindert werden, die u.a. durch den Beschluss über den Bau der Nord Stream Pipeline angestiegen sind.

- *Ansätze einer gemeinsamen EU-Energiepolitik:* Die ersten Ansätze gehen bis in die 1950er Jahre zurück. Energie ist seit Beginn des europäischen Integrationsprozesses ein wichtiger Faktor. Bereits der erste Vorläufer der heutigen EU, die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS), begründete sich teilweise auf Energierohstoff Kohle (EU-Kommission 2007: 3). Um die Schritte in Richtung einer potentiellen gemeinsamen EU-Energiepolitik analysieren zu können, darf hierbei die politische Organisation, die der EU zugrunde liegt, nicht vergessen werden. Besondere Erwähnung an dieser Stelle verdient der Europäische Rat, wo sich die Staats- und Regierungschefs der einzelnen Mitgliedsstaaten treffen, um insbesondere Angelegenheiten zu besprechen, die normalerweise überwiegend auf nationaler

Ebene behandelt werden, z.B. Energiepolitik. Der Vorsitz des Europäischen Rats wechselt jeweils nach sechs Monaten infolge eines Rotationsprinzips, so dass alle EU-Mitglieder gleichermaßen Verantwortung für die Vertiefung der Integration tragen. Am 1. Januar 2007 fiel die Rolle der EU-Ratspräsidentschaft Deutschland zu, das diese Führungsrolle innerhalb des Europäischen Rates hätte nutzen können, um eigene nationale Interessen in den Vordergrund zu stellen und durchzusetzen. Um diesen Anschein von vornherein zu vermeiden, hatte Deutschland für die Zeit der eigenen Präsidentschaft das Motto „Europa gelingt gemeinsam“ gewählt. Ein wesentlicher Schwerpunkt der deutschen Präsidentschaft galt der europäischen Energieversorgung und Energiesicherheit, wobei hier das Zusammenspiel mit Russland besondere Beachtung fand. Wichtige Punkte waren beispielsweise die Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Strategie gegenüber Russland und die Diskussion der weiteren Diversifikation europäischer Energieimporte, um die Energieabhängigkeit von Russland zu mindern (Binzel et al. 2006: 729-733).

- *Initiativen der Mitgliedsstaaten:* Eine Vielzahl der Debatten auf EU-Ebene und der Initiativen der EU-Kommission gehen auf Denkanstöße seitens der Mitgliedsstaaten zurück. Ein gutes Beispiel dafür, welches gleichzeitig bedeutsam für diese Arbeit ist, ist die Debatte über die Gründung einer Energie-NATO, die durch einen Beitrag Polens entfacht wurde. Die polnische Führung, die durch den Bau der Nord Stream Pipeline negative Auswirkungen auf die eigene Energieversorgung und Energiesicherheit befürchtet, hat in diesem Zusammenhang wiederholt die Gründung einer Energie-NATO ins Spiel gebracht. Diese Idee zielt auf einen Zusammenschluss der NATO bzw. EU-Verbündeten samt eines gegenseitigen Beistandspakts zur Sicherung der Energieversorgung. Anhand dessen sollen die Prinzipien kollektiver Verteidigung in Fragen der Energiesicherheit angewandt werden. Weitere Grundelemente der Energie-NATO beinhalten den Aufbau und die Koordination europäischer Versorgungs- und Bevorratungsinfrastrukturen, den Bau neuer Pipelines oder die Erweiterung bestehender Stränge und abschließend die Verpflichtung, zukünftige Pipelineprojekte nicht mehr, wie im Falle der Nord Stream Pipeline, bilateral auszuhandeln. Des Weiteren wäre die Aufnahme in eine Energie-NATO ausschließlich NATO- und EU-Mitgliedern vorbehalten (Geden et al. 2007: 4). Im Zusammenhang mit den politischen Reaktionen aus Osteuropa auf den geplanten Bau der Nord Stream Pipeline geht das vierte Kapitel eingehender auf den polnischen

Vorschlag hinsichtlich des Konzepts einer Energie-NATO bzw. gegenteiliger Entwürfe ein.

### **3. Russische und deutsche Interessen – die (Hinter-)Gründe des Baus der Nord Stream Pipeline**

Im Vordergrund des dritten Kapitels steht die Beleuchtung der nationalen Interessen in den beiden Staaten, die als Anfangs- und Endpunkt der Nord Stream Pipeline fungieren, Deutschland und Russland. Oberste Priorität hat hierbei aufgrund der Fragestellung der vorliegenden Arbeit die Analyse der deutschen Interessen. Zu Beginn dieses dritten Kapitels steht jedoch der Energieversorger Russland im Vordergrund. Russland ist durch die engen, bilateralen Energiebeziehungen zu Deutschland untrennbar mit den Konsequenzen für Deutschland und den europäischen Integrationsprozess infolge des geplanten Baus der Nord Stream Pipeline verbunden.

Um die russischen Interessen, die mit dem Bau der Nord Stream Pipeline verbunden sind, herausfiltern zu können, wird die politische sowie wirtschaftliche Gesamtsituation in Russland analysiert. Dazu gehören beispielsweise die politische Machtübernahme Wladimir Putins am 31.12.1999 und sein Führungsstil, die enorme Bedeutung der Energiepolitik im Gesamtbild russischer Außen- und Innenpolitik und die wirtschaftliche und politische Rolle Gazproms bei der Umsetzung dieser Politik. Im Anschluss daran wendet sich der Fokus dem Energieimporteur Deutschland zu. Auch da erfolgt eine Analyse der politischen Entwicklungen der letzten Jahre. Wichtig hierbei ist die Importabhängigkeit Deutschlands auf dem Energiesektor, die Rolle des Altbundeskanzlers Gerhard Schröder bei der Einfädelung und Umsetzung des Baus der Pipeline und das Konfliktpotential, das Deutschland als EU-Mitglied durch die Nord Stream Pipeline auf sich zieht. Neben der empirischen Diskussion deutscher und russischer Interessen, setzt in diesem Kapitel ebenso die theoretische Diskussion ein, die der Erklärung der Interessen und Hintergründe dient. Dies ist wichtig, da die vorliegende Fallstudie der Arbeitsweise einer „theoretical interpretative case study“ folgt, in der verschiedene Theoriestränge angewendet werden, um die empirischen Erkenntnisse zu analysieren.

#### **3.1 Russland – Europas Energieversorger mit globalen Ambitionen**

Aus russischer Sicht ist der Bau der Nord Stream Pipeline einerseits ein wichtiger Schritt, um russisches Erdgas an den diversen Transitstaaten vorbei auf den europäischen Markt zu bringen. Andererseits stecken jedoch weitaus größere Dimensionen dahinter, so dass die Nord Stream Pipeline aus russischer Sicht ebenso nur als eine einfache Erweiterung des

russischen Pipelinenetzes angesehen werden kann. Diese Dimensionen spielen eine große Rolle in Bezug auf die vorliegende Arbeit, da sie zukünftig Auswirkungen auf Deutschland und den europäischen Integrationsprozess haben können.

### **3.1.1 Politische und wirtschaftliche Entwicklungen seit dem Ende des Kalten Krieges**

Durch den Zusammenbruch und Zerfall der Sowjetunion zu Beginn der 1990er Jahre, hatte sich das bipolare Machtsystem des Kalten Krieges auf internationaler Ebene aufgelöst. Russland, der legitime politische Nachfolger des Sowjetimperiums, sah sich mit schweren innenpolitischen Problemen konfrontiert. Die Herausforderung der Umstellung von Planwirtschaft auf Marktwirtschaft war weitaus schwieriger zu bewältigen als zuerst angenommen. In Russland war man nach sieben Jahrzehnten kommunistischer Herrschaft daran gewöhnt, dass der Staat in vollem Umfang für das Wohl der Bürger sorgt. Jedoch war der Staat finanziell bankrott. Während die meisten Industriezweige aufgrund Missmanagement und mangelnder Konkurrenzfähigkeit zu Grunde gingen, konnte Gazprom als eines der wenigen Unternehmen seine starke Position beibehalten. Dadurch kam der Erdgas- sowie der Erdölindustrie eine zentrale Rolle hinsichtlich der wirtschaftlichen Genesung Russlands zu. Sie sponserten den langsamen wirtschaftlichen Wiederaufbau allein durch ihre Exportgeschäfte (Panjuschkin und Sygar 2008: 30-36).

Anhand der nachstehenden Tabelle lässt sich leicht die Bedeutung des Energiesektors für den russischen Exporthandel mit der EU-27 erkennen. Betrachtet man nur die Zahlen, so hat sich allein im Zeitraum von 2000 bis 2006 der gesamte Exporthandel mit der EU mehr als verdoppelt. Im Energiebereich hat er sich fast verdreifacht. Die anderen Sektoren folgen mit beträchtlichem Abstand. Mit Blick auf die prozentualen Werte ist ersichtlich, dass Russland ohne seine Energieexporte auf lange Sicht wirtschaftlich kollabieren würde, da zwar die Zahlen gestiegen sind, die prozentualen Anteile am Gesamtexport jedoch zurückgegangen sind.



Tabelle 1: **Russlands Exporthandel mit der EU-27 (in Mio. Euro und %)**

Jahr	2000	2006
Insgesamt	63.777 (100%)	141.034 (100%)
Rohstoffe	3.652 (6%)	4.900 (3,5%)
Energie	35.793 (56%)	94.335 (67%)
Industrieerzeugnisse	13.487 (21%)	20.184 (14%)
Sonstige	10.118 (16%)	20.814 (15%)

Quelle: Eurostat (2007). Der Nahrungsmittelexport ist in dieser Tabelle aufgrund seines zu geringen Anteils am Gesamtexport ausgelassen worden.

Dank dieser exponierten Stellung wurde der Energiesektor im Laufe der Zeit durch die russische Regierung instrumentalisiert. Nachdem die Erdgas- und Erdölressourcen enorm hilfreich waren, um die chaotischen Übergangsjahre zu überstehen, dienen sie gegenwärtig dazu, Russland als „global player“ mit Einfluss über die nächsten Nachbarn neu aufzustellen (Helm 2007: 17). Zentrale Figur dieser Entwicklung ist Wladimir Putin, der im Mai 2008 nach achtjähriger Amtszeit als russischer Staatspräsident aus dem Amt ausgeschieden ist. Als Putin das Amt des Präsidenten von seinem Vorgänger Boris Jelzin übernahm, befand Russland sich in einem Zustand des Chaos. Jelzin stand unter dem starken Einfluss einiger weniger Oligarchen (z.B. Roman Abramowitsch, Michail Chodorkowski) und deren Familien, die auf diese Weise großen Einfluss auf das politische Geschehen in Russland nehmen konnten. Damit der russische Staat überhaupt wieder Herr der Lage werden konnte, war es Putins erstes Ziel, die Oligarchen zu entmachten. Dies gelang ihm, obwohl zunächst langsam und vorsichtig, durch eine Kombination aus Steuergesetzen, Lizenzvergaben und der Machtfülle Gazproms (ebd.: 19). Als Resultat dieser energiepolitischen Strategie Putins verkörpert Gazprom mittlerweile ein wichtiges politisches Instrument des Kremls.

Um Putins politische Linie und seine Amtshandlungen verstehen zu können, ist es hilfreich, von ihm veröffentlichte Artikel zu studieren. Dort beschreibt er seine politische Überzeugung und Strategie, die er seitdem verfolgt, mit bemerkenswerter Klarheit. Oberste Priorität dieser Strategie ist es, die russische Wirtschaft und das russische Militär zu restaurieren und damit verbunden das russische Prestige generell wiederherzustellen (Putin 1999). Für Putin war der Untergang der Sowjetunion das größte Desaster der jüngeren Geschichte (Putin 2005). Ihm war ebenso bewusst, dass es keine einfache Aufgabe sein würde, die russische Wirtschaft, die Mitte der 1990er Jahre nicht viel leistungsfähiger als die

mexikanische Wirtschaft war, wieder anzukurbeln. Sein wichtigstes Instrument, um seine Ziele zu erreichen, ist der Energiesektor. Die Einnahmen aus diesem Sektor sollen das Fundament bilden, das zur Neuentfaltung der russischen Industrie und des russischen Militärs notwendig ist (Helm 2007: 21). Unter Berücksichtigung der Werte aus Tabelle 1 blieben Putin auch keine nennenswerten Alternativen.

Von einem theoretischen Standpunkt aus lassen sich bereits an dieser Stelle neorealistische Konturen an der russischen Politik ablesen, die jedoch im Einklang mit den politischen Veränderungen variieren. Die Macht der Sowjetunion begründete sich, neben dem ideologischen Kontrast zu den USA, insbesondere in der atomaren Aufrüstung und dem damit initiierten Rüstungswettlauf mit den USA. Wirtschaftliche Aspekte spielten in der sowjetischen Machtentfaltungsstrategie nur eine untergeordnete Rolle. Nachdem Russland durch den Zerfall der Sowjetunion seinen Status als Supermacht verloren hatte und ökonomisch am Boden lag, blieben dem Land einzig die Energieressourcen, um die Macht des Staates erhalten und somit sein Überleben sichern zu können. Auf diese Weise leistet dieser Abschnitt russischer Geschichte einen starken Beweis für die Interdependenz zwischen Politik und Wirtschaft. Russland folgt dem neorealistischen Grundsatz, dass Staaten, die innerhalb der Anarchie des internationalen Systems überleben wollen, alle Kräfte mobilisieren müssen, um ihre eigene Sicherheit zu maximieren (Schörnig 2003: 68).

Militärische Stärke allein ist für einen Staat nicht ausreichend, um die eigene Position behaupten zu können. Dies ist ein entscheidender Unterschied zwischen dem klassischen Realismus und der neorealistischen Herangehensweise. Demnach sehen Staaten sich angehalten, möglichst viel Macht und Stärke in jeglicher Beziehung zu entfalten, weil die Anarchie des internationalen Systems sie dazu zwingt. Auf diese Weise kommt es zum „balancing“ zwischen den Staaten, das laut Neorealismus bestenfalls in ein bipolares Kräftegleichgewicht mündet (Cox 2005: 136). Putin hat erkannt, dass militärische Stärke allein nicht ausreichend ist, um auf globaler Ebene Einfluss nehmen zu können. Er nutzte die russischen Energieressourcen zunächst dazu, Russlands Macht nach dem Zerfall der Sowjetunion neu zu begründen und sie mittels bilateraler Energiebeziehungen zumindest auf europäischem Boden neu entfalten zu lassen. Den nächsten Schritt, die Machtdemonstration, scheint Russland anhand einer imperial anmutenden Energiepolitik gegenüber den direkten Nachbarstaaten wie der Ukraine vollziehen zu wollen. Macht ist der Schlüssel politischen Handels. In Anlehnung an diese Maxime lassen sich Teile von Putins politischem

Führungsstil erklären. Er ist davon überzeugt, dass Russland seine Machtstellung auf internationaler Ebene, neben internationalen Partnerschaften und militärischer Stärke, überwiegend anhand der Energieressourcen erhalten kann (Balzer 2005: 217). Somit setzte Putin den unter Jelzin eingeschlagenen Kurs fort, jedoch nach seinem Willen und seinen eigenen Spielregeln. Er führte innenpolitische Umstrukturierungen durch, die Gazproms Monopolstellung festigten und ihn selbst teilweise als autarken Staatspräsidenten wirken ließen. Diese Monopolstellung ermöglicht es Russland zunehmend Einfluss auf das internationale politische Geschehen zu nehmen.

Neben dem neorealistischen Theoriestrang, der eine plausible Analyse der russischen Politik ermöglicht, bietet der Konstruktivismus Erklärungsansätze, die nicht zu missachten sind. Viele der aktuellen russischen Politiker, darunter auch Putin, haben zu Sowjetzeiten ihre Ausbildung absolviert. In Anlehnung an die in Kapitel 1.2.4 vorgestellte Bedeutung von Identität und Kultur lässt sich argumentieren, dass eine solche Form der Ausbildung, die einer Indoktrinierung gleichkommt, starken Einfluss auf die Entwicklung eines Menschen hat. Die politische Identität und Kultur der gegenwärtigen politischen Führung in Moskau ist zu Zeiten des Kalten Krieges geformt worden. Daher ist im Kreml die Idee bzw. das Konzept der russischen oder sowjetischen Großmachtstellung weiterhin Teil des politischen Stils. Eine Beleuchtung dieser Hintergrundinformationen mittels des Konstruktivismus liefert in diesem Fall sogar zusätzliche Belege für die oben geschilderte, neorealistisch geprägte Politik Russlands. Dieser „Blick hinter die Kulissen“ wird im weiteren Verlauf dieses Kapitels fortgesetzt, um die russische Energiepolitik möglichst gut zu veranschaulichen.

### **3.1.2 Energie als politischer und wirtschaftlicher Herzschrittmacher**

Um den Energiesektor zur Erreichung seiner Ziele möglichst effektiv nutzen zu können, sah sich Wladimir Putin zu Beginn seiner ersten Amtszeit dazu gezwungen, eine staatliche Monopolstellung auf diesem Sektor zu schaffen. Dies gelang ihm dadurch, indem er damit begann, die politische Kontrolle über Gazprom auszubauen, um durch eine Gesetzesänderung dem Unternehmen zu einer legalen Monopolstellung zu verhelfen (Helm 2007: 22). Darüber hinaus entließ er den damaligen Vorstandsvorsitzenden des Konzerns, Rem Wjachirew, Ende Mai 2001 und ersetzte ihn durch einen seiner persönlichen Vertrauten, Alexej Miller, den er noch aus seiner Zeit aus St. Petersburg kennt (Panjuschkin und Sygar 2008: 131-135).

Staatliche Kontrolle ist ein prägender Faktor der russischen Energiepolitik, insbesondere die staatliche Kontrolle über die nationalen Energiepotentiale und Energieunternehmen. Dies ist insofern nachvollziehbar, wenn man daran denkt, dass der Energiesektor 40 Prozent der staatlichen Steuereinnahmen, 55 Prozent der Exportgewinne und 20 Prozent der russischen Gesamtwirtschaft ausmacht. Die Energiewirtschaft ist aufgrund dessen der wichtigste Bestandteil nationaler staatlicher Interessen (Minkovska 2007: 6-7). Dank der hohen Gewinne aus den Erdöl- und Erdgasexporten verzeichnet die russische Wirtschaft in den letzten Jahren einen enormen Aufschwung (Götz 2006b: 1).

Zurückzuführen ist dieses Wachstum, neben der allgemein steigenden Energienachfrage, auf die staatliche Steuerung des Energiesektors. Im Jahr 2003 verabschiedete die russische Regierung das Regierungspapier „Energiestrategie Russlands bis 2020“. Es betont, dass die russischen Energieressourcen die Grundlage des wirtschaftlichen Fortschritts des Landes seien und als ein Instrument erfolgreicher Innen- und Außenpolitik eingesetzt werden sollten, wodurch sich die Position Russlands auf dem Energiemarkt und die geopolitische Rolle des Staates insgesamt verstärken (Minkovska 2007: 9).

Anhand dieser Energiestrategie will Russland seine Monopolstellung als Energiemacht in Europa festigen. Darüber hinaus scheint man in Moskau der Überzeugung zu sein, dass Russland gegenüber den europäischen Energiekonsumenten ohnehin am längeren Hebel sitzt, aufgrund dessen die Führungsrolle in den russisch-europäischen Energiebeziehungen spielt und somit die energiepolitischen Bedingungen festlegen darf (ebd.: 42).

Mit Blick auf die politischen und wirtschaftlichen Veränderungen, die Putin herbeigeführt hat, und der enormen Bedeutung des Energiesektors werden die Variationen der neorealistischen Ausprägung russischer Politik deutlich. Während Jelzin Energie als „letztes Tafelsilber“ der ehemaligen sowjetischen Großmachtstellung einsetzen musste, um das elementare Überleben Russlands zu ermöglichen, denkt Putin anscheinend schon ein paar Schritte weiter. Er setzt auf den Energiesektor, damit Russland sich auf internationaler Ebene wieder als Großmacht präsentieren kann. Diese Politik geht einher mit der neorealistischen Überzeugung, dass

[E]conomic factors, (...), are important (...) to the extent that they reflect or affect national power over capabilities. Industrial countries that effectively combine technology with capital, skilled labor, and raw materials not only enjoy a higher

standard of living but also tend to have more leverage in their relations with other states (Viotti und Kauppi 1993: 56).

Vor allem der letzte Teil dieser Äußerung ist für die Untersuchung von Putins Energiepolitik von Bedeutung, da die russischen Energiere Ressourcen als Machtmittel bzw. Einflussfaktor dienen sollen, um zumindest auf dem Territorialbereich der ehemaligen Sowjetunion den Einfluss des Kremls zu sichern. Gute Beispiele dafür sind der Gasstreit zwischen Russland und der Ukraine zu Beginn des Jahres 2006 oder der geplante Bau der Nord Stream Pipeline.

Anhand dieser neorealistischen Analyse scheinen die strategischen Hintergründe der russischen Energiepolitik sich ausschließlich der politischen Maxime „Russia first“ unterzuordnen. Diese Maxime kann jedoch gleichzeitig als ein Konzept oder eine Auffassung interpretiert werden, wodurch der Konstruktivismus wieder ins Spiel kommt. Im vorherigen Abschnitt ist bereits herausgearbeitet worden, dass die Idee der russischen Großmachtstellung weiterhin Bestandteil von Putins Politikstil ist. Diese Idee, bzw. die Überzeugung, dass Russland der Status einer internationalen Großmacht traditionell zusteht, ist an dem oben erwähnten Regierungspapier von 2003 gut abzulesen. Mit Bezug auf diese Umstände ist zu erkennen, dass die außen- und energiepolitische Strategie zwar neorealistischer Prägung sind, jedoch sind es zu einem großen Teil nicht zu beobachtende Faktoren wie das historische Selbstverständnis und die Identität der politischen Elite Russlands, die als treibende Kräfte hinter dieser Außen- und Energiepolitik stehen.

### **3.1.3 Russlands globale Ambitionen**

Durch den Zerfall der Sowjetunion und die schwierige Übergangszeit der 1990er Jahre hat sich Russland im Vergleich zum Kalten Krieg auf internationaler Ebene stark zurückgehalten. Einige Wissenschaftler neigten sogar dazu, Russland von der Liste der internationalen Großmächte zu streichen. Jedoch sollte dieser Status einer Großmacht Russland weiterhin zugebilligt werden, da es weiterhin einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat hat, über ein enormes nukleares Waffenarsenal verfügt, geostrategisch zwischen Europa und Asien sehr günstig gelegen ist und die weltweit größten Erdgasreserven, und zusätzlich beträchtliche Erdöl- und Uranvorkommen, besitzt.

Um die eigenen globalen Ambitionen zu untermauern, treibt Russland einerseits gezielt den Aufbau, oftmals bilateraler, strategischer Partnerschaften voran. Andererseits ist es darauf bedacht, sich selbst nicht zu stark gegenüber anderen Staaten zu öffnen, um die dadurch

potentiell entstehenden Nachteile zu vermeiden. Dadurch entsteht ein Widerspruch, der in Zukunft negative Implikationen für Russland haben könnte. Falls die sogenannten Partnerstaaten Russlands als Antwort auf die energiepolitische Abschottungsstrategie des Kremls entsprechende Gegenmaßnahmen einleiten (z.B. eine Erhöhung der Diversifikation der Energieimporte), die sich auch auf andere Sektoren ausdehnen könnten, dann wäre Russland wenigstens zu einer Reaktion darauf in irgendeiner Form gezwungen. Insbesondere ein Umdenken der Haupthandelspartner würde den wirtschaftlichen Aufschwung Russlands empfindlich treffen.

Gegenwärtig ist Deutschland der Haupthandelspartner Russlands. Während Deutschland vor allem Erdöl und Erdgas aus Russland importiert, ist Deutschland im Gegenzug Hauptlieferant von Investitionsgütern für den russischen Markt (Götz 2006c: 14). Durch den bevorstehenden Bau der Nord Stream Pipeline werden sich vor allem die Energiebeziehungen zwischen den beiden Ländern weiter vertiefen. Des Weiteren spricht Putin schon seit Beginn seiner ersten Amtszeit als russischer Staatspräsident vom Wunsch nach „echter Partnerschaft“, sogar von einem Aufgehen Russlands in einem „Großeuropa“ und der Vereinigung der Potentiale Deutschlands mit denen Russlands (Putin 2001). Dies verdeutlicht erneut, dass Russland seine Energieressourcen und die daraus resultierende politische Nähe zu Deutschland als Sprungbrett nutzen will, um selbst auf internationaler Ebene als Großmacht wieder wahrgenommen zu werden. Jedoch ist es an dieser Stelle mehrfach zu Missverständnissen gekommen, da es in Deutschland und Europa im Gegensatz zu Russland verschiedene Auffassungen von einer „strategischen Partnerschaft“ gibt. Nach russischer Vorstellung wird eine „strategische Partnerschaft“ mit einer „Interessenallianz“ gleichgesetzt (Götz 2006c: 22). Daher ist die Liste der strategischen Partner Russlands lang und fast jedes Land der Erde könnte darauf erscheinen. Die russische Gleichsetzung von „Interessenallianz“ und „strategischer Partnerschaft“ übergeht einen gravierenden Unterschied zwischen diesen Formen staatlicher Zusammenarbeit. Eine Interessenallianz zwischen zwei Staaten stellt nur eine pragmatische Kooperation, eine Zweckgemeinschaft, dar. Im Gegensatz dazu verfolgt die strategische Partnerschaft eine Zusammenarbeit auf einem höheren Level, da sie von langfristiger Natur ist und eine ausgeprägte Institutionalisierung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Beziehungen beinhaltet. In Deutschland und innerhalb der EU verbindet man darüber hinaus mit „strategischer Partnerschaft“ sowohl eine Interessenallianz wie auch eine Partnerschaft auf

der Grundlage gemeinsamer Werte. Somit herrschen in Europa hinsichtlich staatlicher Zusammenarbeit und deren Benennung strengere Kriterien vor als in Russland.

Aus diesem Grund erscheint es fragwürdig, ob die Partnerschaft zwischen Deutschland und Russland tatsächlich als eine strategische Partnerschaft bezeichnet werden kann, da man in Moskau wenig empfänglich ist für die Integration des westlichen Wertesystems in die russische Gesellschaft. Dieser Kritikpunkt bzgl. der Charakterisierung der Form der Partnerschaft zwischen Deutschland (Europa) und Russland wird im fünften Kapitel vertieft. Neben dem Ausbau vor allem bilateraler (Energie-)Partnerschaften ist Russland nur wenig bereit, multilaterale Vertragswerke wie den ECT zu ratifizieren oder ausländische Investoren ins Land zu lassen. Letzteres lässt sich gut am Beispiel des Shtokman-Gasfelds erläutern.

Um bei der Ausbeutung des Gasfeldes vom technologischen Vorsprung westlicher Unternehmen zu profitieren, hatte Gazprom im September 2005 verschiedene ausländische Firmen, u.a. Chevron, Norsk Hydro und Statoil, als mögliche Konsortialpartner benannt, die jedoch im Oktober 2006 allesamt wieder ausgeteilt wurden. Hauptgrund für die Ausbootung war aller Wahrscheinlichkeit nach die Größe des Erdgasfeldes von über vier Millionen Kubikmetern, die Gazprom nicht aus der Hand geben wollte (Götz 2006d: 1-4). Dahinter steckt ein genereller Unwille Russlands, den heimischen Energiesektor diskriminierungsfrei gegenüber dem Ausland und ausländischen Unternehmen zu öffnen. Gerechtfertigt wird diese staatliche Einflussnahme auf den Energiesektor damit, dass auf diese Weise die strategischen Interessen des russischen Staates gewährleistet werden sollen (Balzer 2005: 218; Götz 2006b: 8). Mittlerweile hat Gazprom allerdings den Ausschluss westlicher Unternehmen rückgängig gemacht und im Februar 2008 mit dem französischen Energiekonzern Total und dem norwegischen Energieunternehmen Statoil Hydro ein Joint Venture für den Erstabbau des Shtokman-Gasfeldes gegründet. Gazprom wird die Aktienmehrheit von 51 Prozent am Gemeinschaftsunternehmen besitzen. Die französische Total und die norwegische Statoil Hydro sollen mit 25 bzw. 24 Prozent beteiligt werden (RIA Novosti 2008).

In Bezug auf den ECT geht es konkret darum, dass Russland sich aufgrund des Transitprotokolls weigert, den ECT zu ratifizieren. Die Transitbestimmungen des ECT verpflichten die Vertragspartner dazu,

den Transit von Primärenergieträgern und Energieerzeugnissen zu erleichtern, im Einklang mit dem Grundsatz der Transitfreiheit und ohne Unterscheidung hinsichtlich des Ursprungs, der Bestimmung oder des Eigentums der Primärenergieträger und Energieerzeugnisse oder Diskriminierung bei der Preisfestsetzung auf der Grundlage dieser Unterscheidungen, ohne unangemessene Verzögerungen, Beschränkungen oder Abgaben aufzuerlegen.<sup>1</sup>

In Russland geht man davon aus, dass die Öffnung der russischen Pipelines für ausländische Energiekonzerne das eigene Beförderungsmonopol brechen würde und es zudem zu heftigen Markteinbußen in Europa kommen könnte. Bei Gazprom teilt man sogar die Meinung, dass es zu einem Umsatzverlust von bis zu fünf Milliarden US-Dollar pro Jahr führen würde. Des Weiteren würde Gazprom, bislang uneingeschränkter Herrscher über die russischen Pipelines, bei Streitfällen den Entscheidungen eines unabhängigen Streitschlichters unterliegen (Minkovska 2007: 41). Ein Verlust der uneingeschränkten Herrschaft über das nationale Pipelinesystem kann daher nicht im Interesse der russischen Energiepolitik sein, weil dies ein erster Schritt in Richtung Liberalisierung wäre, die aufgrund der befürchteten Markteinbußen und einem potentiellen politischen Machtverlust abgelehnt wird.

Aus russischer Sicht ist der beabsichtigte Machterhalt durchaus zu verstehen, zumal in Moskau der Standpunkt des „we don't want to be bound by any unnecessary obligations“ vorherrscht (Milov 2007: 2). Die Mehrheit der politischen Elite Russlands lehnt es ab, ein internationales Vertragswerk zu ratifizieren, das ohne russisches Mitwirken entworfen worden ist. Hinzu kommt eine gewisse Selbstgefälligkeit auf russischer Seite, die sich aufgrund der jüngsten wirtschaftlichen Erfolge und zunehmender wirtschaftlicher Unabhängigkeit eingestellt hat. In Moskau gilt daher die Überzeugung, dass „there is no way the Europeans can get away from us“ (ebd.).

Diese Ansichten zeigen, dass Russlands Ambitionen auf internationaler Ebene durch eine politische Führung getragen werden, die jederzeit darauf bedacht ist, die neu entfaltete Machtposition gegenüber potentiellen negativen Fremdeinwirkungen zu schützen. Die oben angeführten Beispiele belegen dies. Prinzipiell erinnert dieses Schema russischer Politik an das in der Einleitung angeführte Billardball-Modell, wonach der Machtzuwachs des einen

---

<sup>1</sup> vgl. Vertrag über die Energiecharta, Art. 7. 21.11.2006, [http://www.admin.ch/ch/d/sr/0\\_730\\_0/a7.html](http://www.admin.ch/ch/d/sr/0_730_0/a7.html) (Seite besucht am 09.07.2008)



Staates einhergeht mit dem entsprechenden Machtverlust des anderen Staates. Allerdings weicht die russische Führung von diesem klassischen Bild des Realismus ab, indem sie sich darauf besinnt, dass es mehr als nur militärische Ressourcen benötigt, um innerhalb des internationalen Systems bestehen zu können. Macht spielt an dieser Stelle zum wiederholten Male eine bedeutende Rolle. Neorealisten betrachten Macht, bzw. die jeweilige Machtakkumulation eines Staates, als einen Indikator, der den Staaten ihren Platz innerhalb des internationalen Systems zuweist und gleichzeitig ihr Verhalten beeinflusst (Lamy 2005: 209). Es geht dabei also nicht zwangsläufig um das Durchsetzen der eigenen Interessen, sondern mehr um die Anhäufung verschiedener Machtmittel, anhand dessen die Staaten auf der internationalen Ebene sich gegenseitig einzuordnen wissen.

Abschließend scheint eine konstruktivistische Herangehensweise erneut aufschlussreiche Erklärungen zu liefern. In den Vordergrund treten dabei wieder nicht beobachtbare Elemente wie die Geschichte, die Identität und die Kultur eines Staates, die aus konstruktivistischer Sicht für die Selbstauffassung und Darstellung eines Staates verantwortlich sind. „(...) [T]he culture in which states find themselves at any point in time depends on the discursive social practices that reproduce or transform each actor's view of self and other“ (Copeland 2000: 195). Es sind demnach lange und ergebnisoffene Prozesse, die zu einer jeden Staates Selbstauffassung führen. Russland blickt auf eine traditionsreiche, tausendjährige Geschichte zurück, die großen Einfluss auf die politischen Entwicklungen nimmt. Der frühere russische Außenminister Ivanow ist davon überzeugt, dass „Russian diplomacy has never lost sight of the fact that its duty has been to represent the interests of a state that possesses a thousand-year history and rich international tradition“ (Ivanov 2002: 4). Hinzu kommt, dass Russland, als bedeutendstes Integral des Sowjetimperiums, bis zum Ende des Kalten Krieges als globale Supermacht auf dem internationalen Parkett agierte. Auf diese Weise liefert der Blick hinter die Kulissen, die Einbeziehung russischer Geschichte und das daraus resultierende Selbstverständnis, gute Erklärungsmöglichkeiten hinsichtlich der politischen Entwicklung und Strategie in Russland. Vergleicht man die konstruktivistische mit der neorealistischen Herangehensweise, so lässt sich feststellen, dass der Neorealismus das zu erwartende Verhalten eines Staates allein anhand seiner Machtfülle und dem daraus resultierenden Platz innerhalb des internationalen System bestimmt. Im Gegensatz dazu beziehen Konstruktivisten weitaus mehr Faktoren hinsichtlich der Bestimmung staatlicher Strategien mit ein.

### **3.2 Deutschland – Nationale Interessen contra Europäischer Integration**

Zwischen Russland und Deutschland bestehen viele, sehr bedeutende Unterschiede, die anhand der Nord Stream Pipeline offensichtlich werden. Deutschland ist aktiver Partner mehrerer multilateraler Institutionen. Dies steht im Gegensatz zu der russischen Einstellung, die ansatzweise an eine „splendid isolation“ erinnert. Jedoch scheint dieses multilaterale Engagement Deutschlands hinsichtlich der Nord Stream Pipeline sich als politischer Stolperstein zu entpuppen, der durch eine umsichtiger und transparentere Planungsphase vielleicht hätte vermieden werden können. Allein Deutschlands EU-Mitgliedschaft, und in Ansätzen auch seine NATO-Mitgliedschaft, werfen Schatten über dieses bilaterale deutsch-russische Projekt. Die folgenden Abschnitte geben weiteren Aufschluss über die wichtigsten Faktoren, die in Deutschland dafür gesorgt haben, den Bau der Pipeline zu ratifizieren.

#### **3.2.1 Gerhard Schröder als politischer Wegbereiter**

Untrennbar verbunden mit der Nord Stream Pipeline ist der Name des ehemaligen deutschen Bundeskanzlers, Gerhard Schröder. Er selbst war neben Putin einer der politischen Schutzpatronen dieses Projektes. Auf einer Pressekonferenz am 8. September 2005, die zusammen mit Putin einen Tag nach der Ratifizierung der Verträge bzgl. der Nord Stream Pipeline stattfand, stellte Schröder mit der Aussage

[I]ch bin deutscher Bundeskanzler. (...). Ich habe deutsche Interessen zu vertreten, insbesondere, was die Sicherheit der Energieversorgung der deutschen Wirtschaft angeht. (...). Es [die Nord Stream Pipeline] ist gegen niemanden gerichtet, weder gegen die baltischen Staaten noch gegen Polen. Aber man muss dort Verständnis dafür haben, dass der deutsche Bundeskanzler deutsche Energieinteressen zu vertreten hat (Schröder 2005)

unmissverständlich seine Einstellung zum geplanten Bau der Nord Stream Pipeline dar. Mit dieser Äußerung stellte Schröder die multilateralen Verpflichtungen Deutschlands, z.B. auf EU-Ebene, in den Hintergrund. Vertragswerke wie der bereits abgehandelte ECT haben dadurch nicht an Bedeutung gewinnen können. Gleichzeitig drückte er damit seiner (Energie-)Politik einen neorealistischen Stempel auf, da Schröder die nationalen Interessen über den multilateralen Interessen ansiedelte.

Nach neorealistischer Überzeugung müssen Staaten sich rational entsprechend ihrer jeweiligen Interessenlage verhalten und dürfen sich nicht an moralischen Gesichtspunkten orientieren. Die Staatsraison, das Interesse an der Selbsterhaltung, diktiert dem nach außen

homogen und rational agierendem Staat, dass er sich ausschließlich an der kühlen Kalkulation seiner Macht- und Nutzenmaximierung orientieren muss. Die Sicherung der staatlichen Existenz genießt die oberste Priorität vor allen anderen Politikzielen (Menzel 2001:79). Schröder handelt nach dieser Überzeugung und macht anhand der oben angeführten Aussage über den Aufgabenbereich eines deutschen Bundeskanzlers deutlich, dass für ihn die nationalen Interessen Deutschlands unbedingten Vorrang besitzen. Damit weicht Deutschland unter Schröder von einem der wichtigsten außenpolitischen Kurse Deutschlands, der politischen Integrationswilligkeit, ab (weitere Ausführungen dazu in Kapitel 5). Deutschlands multilaterale Partnerschaften werden klar degradiert, zumindest mit Blick auf den Energiesektor.

Trotz seiner Energiepolitik, die dem rohstoffarmen Deutschland den exklusiven Zugang zu den russischen Erdgasressourcen beschert, sieht Schröder sich dank dieses Energiedeals starker Kritik ausgesetzt. Besonders die osteuropäischen EU-Mitglieder sehen die Nord Stream Pipeline als Bedrohung ihrer nationalen Sicherheit und als eine Wiederbelebung deutsch-russischer Korridorpolitik. Daher hat die Ratifizierung der Nord Stream Pipeline starke Proteste hervorgerufen, die sich ebenso stark gegen Schröder richten. Diese Proteste verstärkten sich durch die Bekanntgabe, dass Schröder den Platz des Aufsichtsratsvorsitzenden bei Nord Stream einnehmen würde. Diesem Aufsichtsrat gehören vier Vertreter von Gazprom und je zwei Vertreter der deutschen Partnerfirmen an. Schröder sitzt dort als einer der Vertreter von Gazprom. Ziel dieser Personalpolitik Gazproms war es ursprünglich, Schröders politisches Renommee zur Imageverbesserung und Lobbyarbeit in Europa zu nutzen. Jedoch erinnerte dieser Personalcoup stark an Ämterpatronage und eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für Schröder nach der verlorenen Bundestagswahl, so dass die kritischen Stimmen immer lauter wurden (Panjuschkin und Sygar 2008: 240-241).

Unter Berücksichtigung der oben geschilderten Punkte ist es offensichtlich, dass Schröder durch seine streng bilaterale Energiepolitik mit Russland seiner Nachfolgerin Angela Merkel ein politisches Dilemma hinterlassen hat. Allerdings ist Deutschland auch aus theoretischer Sicht Gefangener der eigenen Strategien. Auf der einen Seite folgt Deutschland einer neorealistisch geprägten Strategie, die zur nationalen Energiesicherheit beitragen soll. Auf der anderen Seite ist Deutschland allein durch seine EU-Mitgliedschaft in ein sehr enges Geflecht multilateraler Beziehungen eingebunden. Institutionen wie die EU stehen ihren Mitgliedern stets als Kommunikationsplattform zur Verfügung. Im Gegensatz zum

Neorealismus, gehen Institutionalisten davon aus, dass die Kooperation zwischen mehreren Staaten durchaus möglich und von vielen Staaten sogar erwünscht ist. Sinn und Zweck dieser staatlichen Kooperation ist es, mittels fortwährender Verhandlungen und Kommunikation nationale Ziele, wie z.B. Energiesicherheit, gemeinsam mit Hilfe der Verbündeten zu erreichen. Darüber hinaus sind die Institutionen durchaus in der Lage, die Politik der einzelnen Mitgliedsstaaten zu bündeln, zu koordinieren und auf diese Weise „von oben herab“ Einfluss auf ihre Mitglieder zu nehmen (Jackson und Sørensen 2003: 117).

Mit Blick auf die Nord Stream Pipeline, und den daraus resultierenden politischen Konsequenzen, scheint Deutschland diese institutionalistische Richtlinie zu missachten. Daher sind die Proteste aus den osteuropäischen EU-Mitgliedsstaaten, deren Hauptbewegungsgrund hinsichtlich ihres EU-Beitritts die Stärkung und Absicherung ihrer nationalen Interessen war, verständlich. Zwar existiert bislang keine gemeinsame EU-Energiepolitik, jedoch hätte Deutschland aus institutionalistischer Sichtweise seine östlichen Partner über die Pläne der Nord Stream Pipeline detaillierter in Kenntnis setzen müssen. Schließlich sind es insbesondere die osteuropäischen Staaten, die einen russischen Energieimperialismus fürchten und eine Intensivierung der russischen Energiebeziehungen mit Westeuropa vermeiden wollen, da sie sich selbst als potentielles Opfer einer solchen Entwicklung sehen. Staaten wie z.B. Polen setzen aufgrund ihrer enormen Energieabhängigkeit von Russland auf die Kooperation mit den restlichen EU-Staaten (Umbach 2007a: 19).

Ein weiterer theoretischer Kritikpunkt ist aus konstruktivistischer Sichtweise anzumerken. Konstruktivisten sehen die Welt als ein „project under construction“ (Adler 2002: 102). In Bezug auf die Konstruierung der EU spielen neben den nationalen Identitäten nicht beobachtbare Faktoren wie Ideen, Normen und Werte eine wichtige Rolle. Der europäische Integrationsprozess beruht neben wirtschaftlicher und politischer Zusammenarbeit ebenso auf einer gemeinsamen Wertevorstellung. Zu nennen sind hier beispielsweise die Einhaltung der Menschenrechte, eine demokratische Regierungsform, eine vom Staat unabhängige Justiz, freie Marktwirtschaft, etc.. Die östlichen EU-Mitglieder mussten sich diesen EU-Werten anpassen, um aufgenommen zu werden. In einigen Ländern haben sich diese innenpolitischen Umstrukturierungen und Transformationen über mehrere Jahre hingezogen. Gerhard Schröder setzt sich allerdings anhand seiner bilateralen Energiepolitik mit Russland über diese Wertvorstellungen hinweg. Er ignoriert diverse Meldungen über die Verletzungen

der Menschenrechte beispielsweise im Tschetschenienkonflikt (Götz 2004b: 1), die stark eingeschränkte freie Marktwirtschaft oder die scheinbar ebenso beeinträchtigte Pressefreiheit und nennt Putin sogar einen lupenreinen Demokraten (Schröder 2004).

### **3.2.2 Die Nord Stream Pipeline im Fokus der deutschen Wirtschaft**

Trotz allen politischen Kontroversen ist der geplante Bau der Nord Stream Pipeline offiziell ein rein wirtschaftliches Projekt. So stellt auch die deutsche Bundesregierung unter Bundeskanzlerin Angela Merkel auf parlamentarische Anfragen unmissverständlich klar, dass sie von diesem Bauvorhaben nicht betroffen ist. Auf die Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 14.12.2005, wie die Bundesregierung zukünftig mit der Nord Stream Pipeline umgehen wird (BTD 16/292 2005: 1-2), antwortete die Bundesregierung am 05.01.2006:

Die Nordeuropäische Gaspipeline (North European Gas Pipeline, NEGP<sup>2</sup>) ist ein Projekt der Unternehmen E.ON, BASF und Gazprom. Über die Planung und Fortführung des Projektes zum Bau der NEGP entscheiden die an dem Projekt beteiligten Unternehmen. Die Bundesregierung ist an dem Projekt nicht beteiligt (BTD 16/344 2006: 1-2).

Mit dieser Aussage versucht die Bundesregierung jegliche politische Verantwortung abzuweisen. Gleichzeitig ist sie als eine Form der politischen Rechtfertigung gegenüber den östlichen Nachbarstaaten Deutschlands anzusehen.

Allerdings ist der deutschen Regierung sehr wohl bewusst, welche Bedeutung und Brisanz eine erfolgreiche Energiepolitik und Energieversorgung birgt. „[D]er Energiepolitik [kommt] eine Schlüsselfunktion zu. Ihre Aufgabe ist die Sicherung einer nachhaltigen Energieversorgung. Denn sie ist die Lebensader der deutschen Volkswirtschaft“ (BTD 16/504 2006: 1). Dass Energiepolitik nicht nur für die deutsche Wirtschaft wichtig ist, sondern ebenso im Rahmen deutscher Sicherheitspolitik besondere Beachtung findet, unterstreicht der Abschnitt zum Thema Energiesicherheit im Weißbuch des Bundesverteidigungsministeriums:

Von strategischer Bedeutung für die Zukunft Deutschlands und Europas ist eine sichere, nachhaltige und wettbewerbsfähige Energieversorgung. Dabei stellen sich globale Herausforderungen. [...]. Energiefragen werden künftig für die globale

---

<sup>2</sup> heute Nord Stream Pipeline

Sicherheit eine immer wichtigere Rolle spielen. Die steigende Importabhängigkeit Deutschlands und Europas von fossilen Energieträgern erfordert eine Intensivierung des Dialogs und der Kooperation zwischen Förder-, Transit- und Verbraucherländern unter Einbeziehung der Wirtschaft (Weißbuch 2006: 23).

Anhand dieser Formulierungen lässt sich erneut die zentrale Bedeutung von Energie feststellen. Merkel setzt damit den von Schröder eingeschlagenen Kurs der Energiepolitik fort. Aufgrund der deutschen Energieimportabhängigkeit und der mangelnden Existenz einer gesamteuropäischen Energiepolitik ist dieser Kurs nachvollziehbar. Es entspricht den Tatsachen, dass Staaten wie Frankreich, Italien, Spanien, Großbritannien und die Niederlande ihre großen Energiekonzerne weiterhin zu protegieren versuchen sowie deren staatlichen Einfluss aufrechtzuerhalten. Darüber hinaus haben sich bisher sämtliche großen westeuropäischen Staaten um die Abschirmung ihrer Energiekonzerne bemüht. Deutschland ist im Gegensatz zu anderen großen EU-Staaten nicht im Besitz eines Energieunternehmens mit signifikantem Zugang zu (ausländischen) Förderkapazitäten. Nationale Interessen stehen hierbei eindeutig im Vordergrund und nationale Selbstversorgung genießt oberste Priorität (Harks und Pointvogl 2007: 2-7). So lässt sich bis zu einem gewissen Ausmaß postulieren, dass Deutschland und seine Energiekonzerne, begünstigt durch den innereuropäischen Wettbewerb, stark an einer Vertiefung der Energiebeziehungen mit Russland interessiert sein müssen. Aufgrund mangelnder Eigenressourcen und des russischen Energiereichtums, ist es für Deutschland die naheliegendste Option, die nationale Energieversorgung aufrecht zu erhalten.

Aufgrund der oben beschriebenen Umstände kommt aus deutscher Sicht den Energiekonzernen E.ON und BASF eine besondere Rolle zu. Durch den Bau der Nord Stream Pipeline wird die Marktmacht der beiden Konzerne unter den europäischen Ferngastransporteurern weiter ausgebaut, an deren Spitze in Deutschland ohnehin bereits die E.ON-Tochter Ruhrgas steht. E.ON gilt mittlerweile als der größte europäische Energieversorger und bestimmt daher über Lieferbedingungen und Preise mit. Seine Tochter Ruhrgas ist einer der größten europäischen Ferngasimporteure und besitzt in Deutschland das größte Ferngasleitungsnetz. BASF, bzw. das Tochterunternehmen Wintershall AG, hat bereits vor einigen Jahren mit Gazprom die Vertriebsgesellschaft Wingas gegründet. Dieses Joint Venture ist bislang der wichtigste Vertriebsarm für russisches Erdgas in Westeuropa. Wingas hat sich verpflichtet, jährlich neun Mrd. Kubikmeter Erdgas aus der Nord Stream Pipeline abzunehmen (Bimboes 2006: 5-10). Mittels ihrer strategischen Bedeutung auf dem

europäischen Energiesektor sorgen Unternehmen wie E.ON und BASF einerseits dafür, dass die Lebensader der deutschen Volkswirtschaft nicht ausblutet. Andererseits halten sie die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands (auf dem europäischen Energiesektor) aufrecht, um zu gewährleisten, dass es zumindest auf europäischer Ebene nicht zu Machtverschiebungen mit negativen Implikationen für Deutschland kommt.

Somit ist der Energiesektor ein gutes Beispiel dafür, dass Wirtschaft und Politik eng miteinander verbunden sind. Ihm kommt eine besondere Bedeutung zu, da er den Worten Steinmeiers nach zukünftig enormen Einfluss auf die nationale und globale Sicherheit nehmen wird (2006a). Energiepolitik rückt damit endgültig auf in den Bereich der „high politics“, denn nur Sicherheitsfragen gehören nach realistischer Auffassung in die Sphäre der „high politics“ (Menzel 2001: 79). Das aus den Sicherheitsfragen resultierende Sicherheitsinteresse versuchen Staaten oftmals durch das Selbsthilfeprinzip zu befriedigen. Um sich selber helfen zu können, muss der Staat Macht entfalten bzw. über ein gewisses Maß an Drohpotential verfügen. Energieressourcen und der dazugehörige Zugang sind gegenwärtig das Machtpotential, das die Bedeutung der militärischen Machtressourcen des Kalten Krieges in den Schatten stellt. Insofern lässt sich aus Sicht deutscher Politiker und der deutschen Wirtschaft festhalten, dass unter diesen Gesichtspunkten die deutsche Energiepolitik, d.h. die Nutzung der wirtschaftlichen Stärke deutscher Unternehmen und die Kooperation mit Russland zum Ausbau der deutschen Energiesicherheit, gerechtfertigt ist.

An dieser Stelle scheinen die anderen Theoriestränge nur sehr bescheidene Erklärungen liefern zu können. Der deutsche Energiesektor ist Teil eines gesamteuropäischen Energiehaifischbeckens, in dem jeder Staat seinen nationalen Energiesektor und die damit verbundenen Einflussmöglichkeiten zu schützen sucht. Daher lassen sich bislang nur begrenzt kooperative Schritte in diesem Bereich beobachten, was sich negativ auf die Ansätze des Institutionalismus und Neofunktionalismus auswirkt. Einzig aus konstruktivistischer Sichtweise lässt sich postulieren, dass aufgrund der bislang unvereinbaren Interessen auf dem europäischen Energiesektor noch keine Kooperation zustande gekommen ist. Zwar weist die EU-27 zwar in vielerlei Hinsicht eine hohe Homogenität auf, jedoch konnte diese noch nicht auf den Energiesektor übertragen werden. Eine detailliertere Analyse hierzu erfolgt in Kapitel 5.

### 3.2.3 Politische Interessen und Konfliktpotential

In Verbindung mit dem geplanten Bau der Nord Stream Pipeline orientieren sich die politischen Interessen Deutschlands an einer Steigerung der nationalen Energiesicherheit. Deutschland hat in Russland einen verlässlichen Energiegroßlieferanten gefunden. Kritische Stimmen stufen diese engen Energiebeziehungen als problematisch ein, weil Deutschland sich auf diese Weise stark abhängig macht von den russischen Lieferungen. Jedoch besteht in dieser Hinsicht zwischen Russland und Deutschland eine beidseitige Abhängigkeit (Götz 2006c: 16). Russlands Gasexporte nach Deutschland machen ein Viertel der russischen Gasexporte nach Europa aus. Darüber hinaus würde Gazprom durch einen potentiellen Lieferstopp einerseits die eigene Glaubwürdigkeit einbüßen und andererseits den finanziellen Kollaps riskieren. In Deutschland (und Europa) würde man zur Überwindung eines Lieferstopps relativ zügig auf andere Energiequellen wie Kohle und Kernkraft und langfristig vermehrt auf erneuerbare Energie umschalten (Götz 2007: 2).

Diese Interdependenz und die engen politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Russland bestehen seit dem Prozess der deutschen Wiedervereinigung, in dem beide Seiten voneinander profitiert haben. Der geplante Bau der Nord Stream Pipeline wird sowohl in Russland wie auch in Deutschland als ein wichtiges Instrument und Element zur wirtschaftlichen Vertiefung ihrer Partnerschaft angesehen. Aus deutscher Perspektive erfüllt sie sogar die Funktion eines „Leuchtturmprojekts“ (Götz 2005: 3-4). Mittels der Nord Stream Pipeline wird Deutschland nicht nur verstärkt zur „Energiedrehscheibe“ für russisches Gas in Europa, es wird gleichzeitig Transitstaat, der die entsprechenden Transitgebühren einfordern kann. Genauso erhofft sich die deutsche Energiewirtschaft weitere lukrative Aufträge und Kooperationen im Anschluss an das Projekt der Nord Stream Pipeline.

Auf politischer Ebene ist Berlin ebenfalls bestrebt, Russland enger an Deutschland und an die EU zu binden. Dies war bereits das Ziel der deutschen Russlandpolitik unter Gerhard Schröder. Seine Nachfolgerin Angela Merkel folgt diesem Weg, wie im Koalitionsvertrag der aktuellen Bundesregierung nachzulesen ist. Dort heißt es:

Wir setzen uns gemeinsam mit unseren europäischen Partnern für eine strategische Partnerschaft mit Russland ein, die wir auf der Ebene der bilateralen Beziehungen und auf der Ebene der EU in allen Bereichen vorantreiben (CDU et al. 2005: 156).



Damit befindet sich Deutschland in einer kritischen Situation. Es stellt sich die Frage, wie weit Deutschland als Mitglied der EU seine bilaterale Partnerschaft mit Russland ausbauen kann, ohne negativen Einfluss auf den europäischen Integrationsprozess zu nehmen. Aufgrund der EU-Osterweiterung sind mittlerweile sämtliche östliche Nachbarstaaten Deutschlands in den Kreis der EU aufgenommen worden. Diese Staaten sind in hohem Maße abhängig von Russlands Energieressourcen und fürchten negative Konsequenzen durch den Bau der Nord Stream Pipeline. Des Weiteren stellt sich die Frage, ob sich über die Kanäle der bilateralen Beziehungen überhaupt die (strategische) Partnerschaft zwischen Brüssel und Moskau ausbauen lässt. Dieses dritte Kapitel hat festgestellt, dass Russland tendenziell dazu neigt, die bilateralen (Energie-)Partnerschaften zu nutzen, um die eigene Position zu stärken. Dieser Punkt wird im weiteren Verlauf der Arbeit wieder aufgegriffen.

#### **4. (Energie-)Politische Strategien in Osteuropa**

Die Ratifizierung des bevorstehenden Baus der Nord Stream Pipeline hat in Osteuropa scharfe Proteste hervorgerufen. Bisher dienten Länder wie Polen, die Ukraine und Weißrussland als Transitstaaten für russisches Erdgas auf dem Weg nach Westeuropa. Nach Fertigstellung der Nord Stream Pipeline drohen diese Staaten ihren Status als strategisch wichtige Transitstaaten einzubüßen. Russland wird zukünftig an Transitgebühren sparen und gleichzeitig seine Transitabhängigkeit verringern. Es wird dann mehr und mehr in der Lage sein, gegenüber den osteuropäischen Staaten Weltmarktpreise für Gas zu diktieren. Dies würde sich jedoch, aufgrund ihrer wirtschaftlichen Schwäche, nachteilig auf die wirtschaftliche Situation in diesen Staaten auswirken.

Länder wie Polen und die baltischen Staaten, die 2004 im Rahmen der EU-Osterweiterung erst Mitglieder der EU geworden sind, fühlen sich insbesondere von Deutschland hintergangen. Wie bereits in Kapitel 2.2 angedeutet, stellt der geplante Bau der Nord Stream Pipeline ein weiteres belastendes Element vor allem für die deutsch-polnischen Beziehungen dar. Mit dem Ende der Kanzlerschaft Kohls im Jahr 1998 hat auf dem Gebiet der deutschen Osteuropapolitik eine Wende stattgefunden, die einem Generationenwechsel im Bundeskanzleramt zu verdanken ist. Kohls Nachfolger Schröder ist Teil der ersten Nachkriegsgeneration, die den Zweiten Weltkrieg selbst nicht mehr miterlebt hat. Schröder war ein weniger bedingungsloser Befürworter der EU-Erweiterung. Außerdem lehnte er es ab, den (damaligen) osteuropäischen Beitrittskandidaten vorschnelle Versprechungen zu machen. Auf diese Weise untergrub Schröder die traditionelle Devise deutscher Osteuropapolitik, „Wandel durch Verflechtung“, die zu Beginn der 1970er Jahre unter Bundeskanzler Willy Brandt etabliert wurde (Stent 2007: 49). Damit verschlechterten sich zusehends die deutschen Beziehungen zu den osteuropäischen Nachbarstaaten, was sich im Zuge der Beitrittsverhandlungen im Rahmen der EU-Osterweiterung 2004 beispielsweise in Appellen zur Verteidigung der nationalen Interessen niederschlug (Rupnik und Bazin 2006: 44).

Eines der primären Ziele des angestrebten EU-Beitritts der osteuropäischen Staaten war es, die nationale Sicherheit anhand der EU-Mitgliedschaft gegenüber Russland zu erhöhen. Deutschlands bilaterale Energiepolitik mit Russland scheint jedoch genau das Gegenteil zu bewirken. Darüber hinaus werden auch Staaten wie die Ukraine, die immer mehr in den

Fokus einer potentiellen EU- und NATO-Mitgliedschaft rutscht, von den Konsequenzen der Nord Stream Pipeline erfasst. Russland reagiert auf das Heranrücken des Westens ablehnend und scheint gewillt, den Westen mittels politischen und wirtschaftlichen Drucks auf die sogenannten Pufferstaaten auf Distanz zu halten. Besonders die Ukraine, die sich seit der „oranigen Revolution“ schrittweise dem Westen annähert, ist eingekeilt zwischen der EU und Russland und droht zu einem Spielball der Macht zu werden. Dieses vierte Kapitel beleuchtet anhand einer theoriegeleiteten Diskussion die jeweilige Situation in Polen und der Ukraine.

#### **4.1 Regionalmacht Polen**

Als östlicher Grenzstaat der EU kommt Polen eine entscheidende Rolle bezüglich des Dialogs der EU mit den osteuropäischen Staaten zu. Besonders das enge Verhältnis zur Ukraine und die aus den Zeiten des Warschauer Pakts stammende ostpolitische Expertise Polens sind für die EU von Bedeutung. Aufgrund dieser Expertise und der eigenen geografischen Position konzentriert sich Polen außenpolitisch auf Osteuropa, den Raum zwischen der gegenwärtigen Grenze der EU und Russland. Dabei ist das Land vor allem daran interessiert, vermeintlich neoimperialen Tendenzen russischer Außenpolitik entgegenzutreten, westeuropäische Wertvorstellungen wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte in den osteuropäischen Nachbarstaaten zu verankern, das Potential der östlichen Märkte zu erschließen und der Ukraine eine Perspektive für die Mitgliedschaft in EU und NATO zu eröffnen. Prinzipiell ist Polen auch daran gelegen, die wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland zu intensivieren. Jedoch ist Russland die große Schwachstelle der polnischen Außenpolitik, da man in Moskau mit den polnischen Strategien nicht unbedingt einverstanden ist (Lang 2005: 1-2). Zu politischen Spannungen zwischen Russland und Polen kam es in den vergangenen Jahren immer wieder aufgrund historischer Verwerfungen, abweichender strategischer Interessen im postsowjetischen Raum, einer aus polnischer Sicht übermäßigen energiewirtschaftlichen Abhängigkeit von Russland, polnischer Kritik an der russischen Kriegsführung in Tschetschenien oder generell am Zustand von Meinungs- und Pressefreiheit in Russland (Lang 2006: 46). Der folgende Abschnitt geht anhand der polnischen Energiepolitik auf das Konfliktpotential zwischen Russland und Polen ein, das durch den geplanten Bau der Nord Stream Pipeline ebenso auf Deutschland und den europäischen Integrationsprozess zurückfällt.

#### **4.1.1 Polnische Energiepolitik**

Das Kernproblem polnischer Energiepolitik ist die signifikante Abhängigkeit von Russland beim Import von Öl und Gas. Bei der Erdgasversorgung ist Polen bisher in der Lage, rund ein Drittel seines Bedarfs durch Eigenvorkommen abzudecken. Die übrigen zwei Drittel werden jedoch überwiegend mittels langfristiger Lieferverträge aus Russland bezogen. Somit lässt sich eine klare Abhängigkeit von russischen Energielieferungen konstatieren. Hinzu kommt eine generelle Skepsis gegenüber Russland, die sich vor allem historisch begründet (Eberhardt 2007: 128). Diese generelle Skepsis trägt wesentlich zur Verstärkung der pessimistischen Einstellung gegenüber Russland bei.

Um das Dilemma der Energieabhängigkeit gering zu halten, setzt Polen auf einen möglichst hohen Grad der Diversifizierung der Lieferquellen (Gołębiewska 2007: 243). Mittelfristiges Ziel polnischer Energiepolitik ist es, weiterhin ein Drittel des Bedarfs aus eigenen Beständen abzudecken, ein weiteres Drittel aus Russland und das letzte Drittel aus anderen Quellen (z.B. LNG aus Norwegen) zu importieren. Finanzieren will die polnische Regierung die Projekte zur Diversifizierung der Gasversorgung, die der Erhöhung der Versorgungssicherheit dienen sollen, mit Zuwendungen aus dem Europäischen Fonds für Regionalentwicklung (Lang 2007: 14).

Ein weiterer Faktor, der zur (politischen) Interdependenz mit Russland bzw. zu einer Form der gegenseitigen Abhängigkeit beiträgt, ist die Bedeutung Polens als Transitland. Die 1999 fertig gestellte, sogenannte Jamal-Pipeline führt über Russland, Weißrussland und Polen in Richtung Westeuropa (Gołębiewska 2007: 254-255). Sie ist die einzige Pipeline, die von Russland nach Westeuropa führt und nicht durch das Territorium der Ukraine verläuft. Anfang 2006 wurde die Jamal-Pipeline endgültig in Betrieb genommen. Sie hat ein jährliches Transportvolumen von bis zu 35 Mrd. Kubikmeter Gas. Neben dem Transit ist das Erdgas aus der Jamal-Pipeline gleichzeitig die Grundlage für die Belieferung Polens mit russischem Erdgas. Bereits 1996 wurde dies zwischen Gazprom und dem polnischen Unternehmen PGNiG vertraglich festgehalten. Prinzipiell war mit der russischen Seite auch der Bau eines zweiten Strangs, Jamal-II, vereinbart worden, jedoch ist Gazprom dazu vertraglich nicht verpflichtet. Der bevorstehende Bau der Nord Stream Pipeline hat zudem die Gespräche über Jamal-II zum Erliegen gebracht und somit den Bau sehr unwahrscheinlich gemacht (Lang 2007: 10-13).

Energiepolitik bedeutet (auch) in Polen Sicherheitspolitik. Da Polen im Vergleich zu Russland und Deutschland in Bezug auf Energieressourcen und wirtschaftliche Stärke deutlich im Nachteil ist, sieht es sich gezwungen, andere Mittel zur Erhöhung der nationalen Sicherheit zu nutzen. Diese Strategie geht einher mit der neorealistischen Überzeugung, dass zum einen die Machtmittel international unterschiedlich verteilt sind und zum anderen, dass jeder Staat seine Möglichkeiten zielstrebig einsetzen muss, um auf internationaler Ebene bestehen zu können (Jackson und Sørensen 2003: 85). Polen muss demnach seine geostrategische Lage nutzen, um sich vor allem gegenüber Russland profilieren zu können. Zur Gewährleistung der nationalen Sicherheit und staatlichen Souveränität, ist die polnische Führung darauf bedacht, die russische Abhängigkeit von Polen als Transitland zu maximieren und gleichzeitig mittels Diversifizierung der Energieimporte die eigene Abhängigkeit von Russland zu minimieren. Dazu gehört auch, dass russische Investoren vom polnischen Markt ferngehalten werden. Hauptgrund dieser Strategie ist die polnische Überzeugung, wonach Moskau im Falle ernster politischer Spannungen offensichtlich bereit sei, die „Gaswaffe“ einzusetzen. Dies geschah bereits während eines russisch-weißrussischen Konflikts im Februar 2004, als Polen zwei Tage lang auf die Gaslieferungen der Jamal-Pipeline verzichten musste (Lang 2007: 11).

Dank der Nord Stream Pipeline sieht Polen seine Ziele in Gefahr. Polens Kalkül, seine Position als Transitland auszubauen, möglicherweise die Transitgebühren gegenüber Russland zu erhöhen und, strategisch ganz wichtig, am „Ende der Leitung“ zu sitzen, ist geplatzt. Die Nord Stream Pipeline umgeht Polen (und die anderen osteuropäischen Staaten). Auf diese Weise verliert es enorm an strategischer Bedeutung und Drohpotential gegenüber Russland (Gołębiewska 2007: 254). Zwar ist Polen der wirtschaftliche Einstieg in das Nord Stream Projekt mittels Aufnahme polnischer Firmen in das Pipelinekonsortium angeboten worden, jedoch steht es dem aus folgenden Gründen ablehnend gegenüber: Erstens ist man in Polen der Ansicht, dass eine Anbindung an die Nord Stream Pipeline nicht in Einklang mit der eigenen Diversifizierungsstrategie zu bringen ist, die sich explizit gegen Russland wendet. Zweitens bestehen Zweifel, ob eine solche Anbindung tatsächlich vor einer potentiellen russischen Energieblockade schützen kann. Drittens will Warschau das Projekt nicht durch irgendeine Form der Kooperation und Involvierung legitimieren (Lang 2007: 24). Statt einer Beteiligung an der Nord Stream Pipeline, ist Polen bestrebt, vor allem seine Erdgasimporte aus Norwegen oder via LNG zu beziehen. Der Bau einer Pipeline von Polen

nach Norwegen bzw. der Bau eines LNG-Terminals ist von der polnischen Regierung im Mai 2006 auf die Prioritätenliste gesetzt worden (Gołębiewska 2007: 247).

Eine weitere Konsequenz des geplanten Baus der Nord Stream Pipeline ist die deutliche Verschlechterung der Beziehungen zu Deutschland. Aus Sicht der polnischen Regierung ist dieses Unternehmen unvorteilhaft für die politische, wirtschaftliche und ökologische Entwicklung in Polen (Styczek 2007: 99). Zwischen beiden Ländern bestehen daher grundlegende Interessensdifferenzen. Während Deutschland Energiesicherheit in Kooperation mit Russland anstrebt, gilt in Polen die Maxime Sicherheit vor Russland zu erreichen. Deutschland droht jedoch aufgrund seiner engen Energiebeziehungen zu Russland das ausgeklügelte System polnischer Energie- und Sicherheitspolitik zunichte zu machen. Damit wächst das Misstrauen gegenüber Deutschland.

Aus theoretischer Sicht kommt es an dieser Stelle zu einem Aufeinandertreffen des Neorealismus, Institutionalismus und Konstruktivismus. Deutschland und Polen sind direkte Nachbarstaaten und Mitglieder der EU und der NATO. Diese Umstände sollten prinzipiell dazu beitragen, dass es auf allen zwischenstaatlichen Ebenen zu einem regen Austausch, einer tief verwurzelten Kooperation und gegenseitigem Vertrauen kommt. Die oben angeführten Punkte belegen eher das Gegenteil. Selbst die Erfüllung des Aufgabenkatalogs, der zum EU-Beitritt berechtigt, hilft Polen nicht aus diesem energiepolitischen Dilemma. In den Sphären der „high politics“ scheinen nicht beobachtbare Elemente, auf denen der Integrationsprozess zu großen Teilen beruht, nicht zu zählen.

Für Neorealisten stellt dies kein Problem dar. Sie gehen davon aus, dass, wenn überhaupt, in erster Linie schwächere Staaten zu einer Form der Kooperation neigen, sofern ein besonders mächtiger Hegemon sie dazu zwingt (Schörnig 2003: 71). Diese Überzeugung ist seit dem Ende des Kalten Krieges unter Beschuss geraten. Insbesondere der europäische Integrationsprozess zeigt, dass Staaten auf Kooperation bedacht sein können, die sich nicht gegen eine Hegemonialmacht richtet. Institutionen wie die EU sind zwar geschaffen worden, um die Sicherheit der Mitglieder und das gegenseitige Vertrauen zu erhöhen (Baylis 2005: 308). Deutschland hat sich jedoch mit seiner streng an nationalen Interessen orientierten Energiepolitik über diese Kernelemente institutionellen und kooperativen Verhaltens hinweggesetzt. Auf diese Weise erscheint Deutschland als reicher Energieegoist (Umbach

2007b: 367). Damit ist auch Polen gezwungen, andere politische Hebel in Bewegung zu setzen.

Ein weiterer bedeutender Unterschied lässt sich unter Anwendung des konstruktivistischen Blickwinkels feststellen. Die zu Beginn dieses Abschnitts diagnostizierte polnische Skepsis gegenüber Russland sorgt für eine unterschiedliche Wahrnehmung von Europas größtem Energieversorger in Deutschland und Polen. Während man in Berlin weitaus weniger Vorbehalte gegenüber Moskau hegt, ist die polnische Führung davon überzeugt, dass der Kreml die russischen Energieressourcen als politisches Druckmittel einsetzen wird. Belegt wird diese Auffassung z.B. durch die Politik Moskaus gegenüber der Ukraine, welche in Kapitel 4.2 beleuchtet wird.

#### **4.1.2 Energie-NATO: eine polnische Initiative zur Sicherung der nationalen Energieversorgung**

Nachdem das auf nationale Sicherheit ausgerichtete System polnischer Energiepolitik durch die Nord Stream Pipeline bedroht ist, hat Polen sich auf seine Mitgliedschaften in EU und NATO besonnen und versucht auf diese Weise die Sicherheit vor Russland zu maximieren. Der polnische Ansatz einer Energie-NATO richtet sich, wie bereits im zweiten Kapitel erwähnt, auf einen Zusammenschluss der NATO bzw. EU-Verbündeten inklusive gegenseitigem Beistandspakt zur Sicherung der Energieversorgung. Alle Mitglieder dieses Bündnisses würden sich für den Fall, dass eines der Länder unverschuldet in Versorgungsschwierigkeiten gerät, zur Lieferhilfe verpflichten. Außerdem soll der Bau neuer Pipelines oder die Erweiterung bestehender Versorgungsstränge – anders als im Fall der Nord Stream Pipeline – nicht mehr bilateral beschlossen werden können, sondern nur noch multilateral im Bündnis. Potentielles Mitgliedschaftsrecht in dieser neu zu gründenden Institution ist ausschließlich Mitgliedern der NATO und der EU vorbehalten. Russland stünde damit definitiv außen vor (Geden et al. 2007: 4).

Dieser Ansatz und dieses Verhalten auf polnischer Seite ist ein klares Streben nach staatlicher Kooperation, mit dem Ziel, die nationale Position zu stärken. Aufgrund der eigenen Schwäche im Vergleich zu Deutschland und Russland, ist Polen auf eine Energiepolitik angewiesen, die auf internationaler Ebene, beispielsweise von anderen EU-Staaten, unterstützt wird. Dieses kooperationsorientierte Verhalten Polens entspricht aus

theoretischer Sicht dem institutionalistischen Denkmuster. In Warschau ist man sich bewusst, dass Polen ohne die Zusammenarbeit mit anderen Staaten den (energie-)politischen Zielen Russlands ausgeliefert ist. Von einer neu zu gründenden Institution wie der Energie-NATO verspricht Polen sich die Erhöhung der nationalen Sicherheit und eine deutlich verbesserte Ausgangslage hinsichtlich zukünftiger Konflikte mit Moskau. Diese Strategie der Integration hochrangig nationaler Ziele in eine internationale Institution belegt zudem die institutionalistische Überzeugung, dass internationale Kooperationen durchaus im Interesse der einzelnen Nationalstaaten sind.

Jedoch stößt der polnische Vorschlag nicht überall auf Gegenliebe. So grenzt beispielsweise Deutschland sich von dieser Idee ab, indem es immer wieder den Begriff einer Energie-KSZE ins Spiel bringt. Dieser Ansatz geht über den der Energie-NATO hinaus. Er ist wesentlich globaler, da er einen institutionalisierten Dialog zwischen Förderländern, Großverbrauchern, Transitstaaten und Privatwirtschaft zum Ziel hat. Es geht also darum, internationale energiepolitische Zusammenarbeit kooperativ zu organisieren mit dem Ziel, den Interessen einer Vielzahl von Akteursgruppen gerecht zu werden. Ein weiterer wichtiger Unterschied zur polnischen Initiative ist die explizite Absicht, Russland hierbei zu integrieren (Geden et al. 2007: 4). Hier treten die unterschiedlichen Auffassungen in Polen und Deutschland erneut zu Tage. Berlins Vorschlag einer Energie-KSZE beeinträchtigt erneut Warschaus Strategie der Abschottung vor Moskau. Energiepolitik wird in Deutschland und Polen mit verschiedenen Maßstäben betrieben und scheint daher ebenso als eine Art „Grenze des Integrationsprozesses“ zu fungieren.

#### **4.2 Die Ukraine – Pufferstaat zwischen EU und Russland**

Politisch wie geografisch ist die Ukraine eingekeilt zwischen der EU im Westen und Russland im Osten. Seit der orangenen Revolution Ende 2004 ist die Ukraine unter Staatspräsident Wiktor Juschtschenko bestrebt, sich politisch der EU zu nähern. Strategisches Ziel der Ukraine ist die EU-Mitgliedschaft. Auf dem Weg dahin fordert die EU die Garantie der Meinungs- und Pressefreiheit, die Stärkung der Stabilität und Effektivität der demokratischen Institutionen und des Rechtsstaats, die Verbesserung des Investitionsklimas und eine engere Kooperation im Bereich der GASP (Schneider 2005b: 5-6).



Aus russischer Sicht ist die Ukraine aufgrund seiner physischen Größe, seiner geostrategischen Lage und seines ökonomischen Gewichts der wichtigste GUS-Staat. Russlands Außenpolitik gegenüber der Ukraine ist mit drei Zielen verbunden. Erstens, die russische Führung will die Ukraine in diverse Projekte, z.B. die Entwicklung eines gemeinsamen Wirtschaftsraums auf post-sowjetischem Territorium, einbinden. Zweitens, die Ukraine soll weiterhin als „kostengünstiger“ Transitstaat für russische Energielieferungen Richtung Westeuropa zur Verfügung stehen. Drittens, die Ukraine soll sich nicht in westlichen Institution engagieren, sondern ein neutraler Pufferstaat bleiben, mit tendenzieller Abhängigkeit von Moskau (Balmaceda 2006: 68-69).

Zukünftig werden die russisch-ukrainischen Beziehungen stark von den europäisch-ukrainischen Beziehungen beeinflusst. Die politischen Annäherungsversuche Juschtschenkos in Richtung Brüssel hatten daher eher negative Auswirkungen. Allerdings ist hier zu erwähnen, dass Juschtschenko nicht der russische Wunschkandidat für das Amt des ukrainischen Staatspräsidenten war. Die russische Führung um Präsident Putin hatte sich während des Wahlkampfes im Herbst 2004 massiv für Juschtschenkos Gegenkandidaten Janukowitsch eingesetzt. Ausdruck dafür waren zwei Reisen Putins in die Ukraine zur Unterstützung Janukowitsch und die Bezahlung seiner Wahlkampagne in Höhe von 200 Millionen US-Dollar durch Gazprom (Schneider 2005b: 8). Der Faktor Energie spielt demnach auch hier eine bedeutende Rolle. Im folgenden Abschnitt wird dies detaillierter analysiert.

#### **4.2.1 Transitstaat Ukraine**

Seit den 1970er und 1980er Jahren, als die Exportpipelines in Richtung Westeuropa gebaut wurden, ist die Ukraine der wichtigste Transitstaat und daher für Russland und die EU von enormer strategischer Bedeutung. Zwar wären Exportgasleitungen durch Weißrussland und Polen billiger und kürzer gewesen, jedoch entschied man sich aufgrund der damals aufkommenden Solidarnosc-Bewegung gegen das als politisch unsicher geltende Polen. Gegenwärtig werden rund 80 Prozent des russischen Erdgasexports nach Westeuropa über das ukrainische Pipelinennetz abgewickelt (Götz 2006e: 20-21; Light 2006: 66). Diese Zahl verdeutlicht mit Nachdruck die exponierte, monopolartige Stellung der Ukraine als Transitstaat.

In Russland ist man sich dieser Tatsachen bewusst. Die Abhängigkeit von der Ukraine als Transitstaat stellt die russische Seite zunehmend vor Probleme. Einerseits mangelt es Gazprom an Drohpotential, da ein potentieller Lieferstopp gleichzeitig die Erdgasversorgung Westeuropas negativ beeinflussen würde. Andererseits haben Russland und Gazprom dank diverser Lieferstopps an Reputation eingebüßt. Insbesondere der russisch-ukrainische Gaskonflikt Anfang 2006 belegt dies. Jedoch ist Gazprom, wie in Kapitel 3.2.3 herausgearbeitet, auf eine positive Reputation als verlässlicher Lieferant angewiesen. Als Reaktion zur Lösung dieses Dilemmas richtet sich die Strategie Gazproms auf eine möglichst breite Diversifizierung der Transportwege. Bereits angeschobene Projekte dazu sind beispielsweise die Jamal-Pipeline und die Nord Stream Pipeline. Diese Diversifizierungsstrategie wird das Exportvolumen, das durch ukrainische Pipelines fließt, von 80 auf 50 Prozent absinken. Auf diese Weise wird sich Russlands Verhandlungsposition gegenüber der Ukraine hinsichtlich (energie-)politischer Themenbereiche verbessern. Langfristig wird die Ukraine allerdings der bedeutendste einzelne Gastransportkorridor für russisches Erdgas nach Europa bleiben (Götz 2006e: 21). Die Umgehung des ukrainischen Territoriums anhand der Jamal- und Nord Stream Pipeline ist einfach nicht ausreichend, um den vertraglich zugesicherten Erdgaslieferungen an die EU-27 nachzukommen. Bei einem Gesamterdgasimport der EU-27 aus Russland in 2006 von 131 Mrd. Kubikmeter (BGR 2008), können diese beiden Leitungsstränge, die größtenteils noch verlegt werden müssen, den Erdgasbedarf Europas nicht bewerkstelligen, da diese zwei Pipelines eine maximale Gesamttransportkapazität von 125 Mrd. Kubikmeter/Jahr haben werden. Allerdings kann die Lieferkapazität von 125 Mrd. Kubikmeter/Jahr nur dann erreicht werden, wenn beide Pipelines aus zwei Strängen bestehen. Dies ist zumindest im Falle der Jamal-Pipeline fraglich, wie im vierten Kapitel erarbeitet wurde. Zusätzlich darf dabei nicht vergessen werden, dass der Energiebedarf zukünftig eher steigen als sinken wird.

#### **4.2.2 Aufbruch nach Westen?**

Der Amtsantritt Wiktor Juschtschenkos im Januar 2005 bedeutete eine politische Umorientierung in der ukrainischen Außenpolitik. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger Kutschma, ist Juschtschenko ernsthaft darauf bedacht, sein Land in westliche Bündnisse wie der NATO und der EU zu integrieren. Er hat den Weg frei gemacht für demokratische Reformen, um auf diese Weise der EU zu signalisieren, dass die Ukraine bald ein potentieller Beitrittskandidat sein wird (Larrabee 2006: 96). Kiew's Drängen auf eine EU-Mitgliedschaft muss vor dem Hintergrund gesehen werden, dass eine Zurückweisung des

Beitrittswunsches durch Brüssel zum einen dazu führen würde, dass der gegenwärtige Reformprozess in der Ukraine versickert. Zum anderen würde das Land in einem Maße an die Seite Russland gedrängt, das über eine wirtschaftliche Zusammenarbeit hinausgeht. Dies würde in Moskau zu einer potentiellen Stärkung imperialer Tendenzen führen (Götz 2005: 7-8).

Juschtschenkos Hoffnungen auf eine baldige EU-Mitgliedschaft beruhen zu großen Teilen auf der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP), die von der EU-Kommission im Mai 2004 verabschiedet wurde. Ziel der ENP ist die Schaffung von einem

Ring aus Ländern, die die grundlegenden Werte und Ziele der EU teilen und in eine zunehmend engere Beziehung eingebunden werden, die über die Zusammenarbeit hinaus ein erhebliches Maß an wirtschaftlicher und politischer Integration beinhaltet (EU-Kommission 2004: 5).

Damit Kiew die ENP als politisches Sprungbrett für den EU-Beitritt nutzen kann, sieht man sich angehalten, die Handlungsweisen der nationalen Autoritäten in allen gesellschaftlichen Sphären den Standards der EU anzupassen (Górska 2005: 38-39). Aus theoretischer Sichtweise lassen sich daher Spillover-Effekte beobachten, da die EU nur zu Beitrittsverhandlungen bereit sein wird, falls die Ukraine die prinzipiellen Richtlinien der EU implementiert. Somit kann der Neofunktionalismus dank der ENP durchaus zur Erklärung politischer Prozesse in Staaten angewandt werden, die noch nicht zum Kreis der EU gehören. Gleichzeitig ermöglicht die ENP eine institutionalistische Herangehensweise, da sie auf eine verstärkte Kooperation zwischen der EU und ihren Nachbarstaaten abzielt.

Um die Integration in die EU zu beschleunigen, will die Ukraine ihren Beziehungen zu den EU-Mitgliedern des Baltikums, Skandinaviens und Zentral-Osteuropas, die sich besonders für eine EU-Mitgliedschaft der Ukraine einsetzen, neue Impulse geben. Diese Staaten sind klare Befürworter hinsichtlich der Perspektive eines EU-Beitritts seitens der Ukraine. Im Gegensatz dazu wollen viele west- und südeuropäische Staaten, wie z.B. Frankreich, Großbritannien, Spanien oder Portugal, in dieser Angelegenheit jedoch nicht überhastet vorgehen und die weitere Entwicklung des Reformprozesses in der Ukraine abwarten. Staaten wie Spanien und Portugal stehen einer ukrainischen EU-Mitgliedschaft sogar eher ablehnend gegenüber, da sie dadurch eine Reduzierung der eigenen Subventionen aus Brüssel befürchten (Larrabee 2006: 97).

In dieser Situation kommt vor allem Polen die Rolle einer Schlüsselfigur zu. Die wichtigsten Leitmotive polnischer Ostpolitik sind die Herstellung bzw. Sicherung geopolitischer Pluralität im postsowjetischen Raum und die weitere politische Annäherung der Ukraine an den Westen (Ziółkowski 2007: 70). Über diese Ziele hat Polen die GASP für sich entdeckt und versucht auf diese Weise, seine nationalen Interessen unter dem Mantel der EU zu integrieren. Zudem befindet sich Warschau in einem engen bilateralen Dialog mit Kiew, der von energiepolitischen Themen geprägt ist. Beide Staaten haben ein großes Interesse daran, die eigene Abhängigkeit von Russland zu reduzieren (Lang 2007: 18). Polen war durch seine Strategie der Schaffung reformorientierter Strukturen in Osteuropa ebenso maßgeblich an der orangenen Revolution beteiligt. Des Weiteren tritt Polen immer wieder dafür ein, dass der Ukraine in absehbarer Zukunft eine Perspektive für die Mitgliedschaft in EU und NATO eröffnet wird (Szeptycki 2007: 164). Dabei nimmt Warschau keine Rücksicht auf die Konsequenzen eines solchen Schritts für die Dynamik des europäischen Integrationsprozesses. Andere Mitgliedsstaaten agieren hinsichtlich Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine zaghafter, da sie, wie oben angeführt, teilweise um eigene Zuwendungen fürchten und darüber hinaus der Meinung sind, dass die EU zunächst die letzte Erweiterungsrunde durch eine Konsolidierungsphase verdauen muss, bevor neue Mitglieder aufgenommen werden können (Larrabee 2006: 96).

Mit Blick auf die polnische Osteuropapolitik lässt sich aus verschiedenen theoretischen Sichtweisen argumentieren. Einerseits setzt sich in Warschau eine realistisch geprägte und auf nationale Sicherheit ausgerichtete Energieaußenpolitik durch. Für die polnische Führung steht an erster Stelle der Schutz vor russischem Neoimperialismus im postsowjetischen Raum, der durch die Aufnahme der Ukraine in EU und NATO erhöht werden soll (Lang 2005: 7). Zwar handelt es sich hierbei um ein explizit nationales Ziel Polens, jedoch schließt sich damit der Kreis zu den oben genannten Ausführungen bzgl. des Drängens Kiews auf die EU-Mitgliedschaft. Damit beruhen die nationalen Ziele polnischer Osteuropapolitik auf einem kooperativen Ansatz. Sollte das Ziel der ukrainischen Westintegration nicht erreicht werden, so würde das zu einer Steigerung der imperialen Tendenzen in Moskau führen, die sich im Anschluss daran potentiell auf weitere russische Nachbarstaaten ausdehnen können. Eine solche Entwicklung liegt nicht im Interesse der EU, vor allem nicht im Interesse der osteuropäischen EU-Staaten, die dadurch ihre nationale Sicherheit bedroht sehen würden.

Dass diese Befürchtungen hinsichtlich der imperialen Tendenzen Russlands gegenüber der Ukraine durchaus berechtigt sind, zeigen die engen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen diesen beiden Staaten. Daraus resultiert eine gewisse Abhängigkeit Kiews, die über den Energiesektor hinausgeht. Allein in 2006 betrug das Handelsvolumen zwischen Russland und der Ukraine ein wenig mehr als 23 Milliarden US-Dollar. Auf ukrainischer Seite macht der Handelsaustausch mit Russland knapp 27 Prozent des gesamten Außenhandels aus, während es auf russischer Seite nur 5,5 Prozent sind (Szeptycki 2008: 30). Erschwerend hinzukommt, dass der Hauptbestandteil dieses Warenaustauschs die russischen Energielieferungen an die Ukraine sind. Im Jahr 2005 importierte die Ukraine 74 Prozent ihrer benötigten Erdgases und 85 Prozent ihres Erdölverbrauchs aus Russland. Erhöht wird der Druck auf Kiew nochmals dadurch, dass es bislang seine Energieimporte nicht zu Weltmarktpreisen bezieht (ebd.: 31). Diese Umstände zeigen mit Nachdruck das ungleichmäßige Verhältnis zwischen Russland und der Ukraine, da die ukrainische Wirtschaft in hohem Ausmaß auf die russischen Erdgas- und Erdöllieferungen angewiesen ist und ohne sie in eine schwere Krise abdriften würde (Kramer 2008: 116).

Des Weiteren spielen verschiedene nicht zu beobachtende Faktoren eine wichtige Rolle. Sie unterstreichen zum einen die Bedeutung der russischen Komponente im Rahmen der ukrainischen Außenpolitik. Zum anderen ermöglichen sie eine konstruktivistische Analyse bzgl. der Annäherung Kiews an den Westen. Erstens, zwar hat sich vor allem dank des Gasstreits mit Russland zu Beginn des Jahres 2006 in der politischen Führung der Ukraine die Auffassung durchgesetzt, dass eine weitere Vertiefung der Beziehungen zur EU und zur NATO nur von Vorteil sein kann (Szeptycki 2008: 41). Allerdings ist dabei einerseits zu beachten, dass die gegenwärtige Führung um Juschtschenko erst seit 2005 im Amt ist. Seine Vorgänger waren immer darauf bedacht, die politischen Beziehungen mit Moskau nicht mit einem so heiklen Thema wie der potentiellen Aufnahme der Ukraine in die EU zu überlagern. Das hat zur Folge, dass ein erneuter politischer Führungswechsel, die Abwahl Juschtschenkos bzw. das Ende seiner Amtszeit, zu einer Wiederbelebung dieser Russlandpolitik führen kann. Andererseits hat eine Meinungsumfrage innerhalb der ukrainischen Bevölkerung im Jahr 2007 ergeben, dass 81 Prozent der Teilnehmer eine positive Einstellung gegenüber Russland haben (Kramer 2008: 117). In Zukunft könnte es daher für die gegenwärtige politische Führung schwierig werden, ihre westlich orientierte Politik gegenüber der Wählerschaft zu vertreten, welche zu einem hohen Grad eine in Richtung Moskau orientierte Politik zu bevorzugen scheint. Diese Lücke an fehlender

Übereinstimmung zwischen Volk und politischer Führung könnte während des nächsten Wahlkampfes zur Wahl des Staatspräsidenten eine ausschlaggebende Rolle spielen, sofern die politische Opposition sie zu nutzen weiß.

Zweitens, zwar betont die Ukraine seit einigen Jahren ihre europäische Identität, welche Juschtschenko mittels seiner demokratischen Reformen zu unterstreichen sucht. Jedoch stößt diese Auffassung innerhalb der EU nicht unbedingt auf Anerkennung. Eine Reihe von EU-Mitgliedern ist nicht restlos davon überzeugt, dass die Ukraine tatsächlich als ein Teil Europas angesehen werden kann. Damit droht ihr ein ähnliches Schicksal wie der Türkei, wo ebenfalls die Frage auftaucht, an welcher Stelle die Grenze zu ziehen ist und welchen Staaten prinzipiell die Beitrittsoption eingeräumt werden kann. Hinzu kommt auch in diesem Fall, dass weniger als die Hälfte der ukrainischen Bevölkerung (47 Prozent) einem möglichen EU-Beitritt positiv gegenüber steht. Dies hat eine Studie aus dem Jahr 2005 ergeben. Interessant hierbei sind die regionalen Unterschiede. Während der westliche Teil der Ukraine zu 75 Prozent für einen EU-Beitritt ist, liegt der Anteil der Befürworter im Osten, der direkt an Russland grenzt, und im Süden des Landes weit unter 50 Prozent (Larrabee 2006: 98).

Drittens, unter Berücksichtigung des russischen Blickwinkels steht Moskau der ENP und den damit verbundenen Absichten Kiews bzgl. der Integration der Ukraine in die EU mit Abneigung gegenüber (Stent 2007: 48). Noch schärfer lehnt der Kreml allerdings die Pläne über einen NATO-Beitritt der Ukraine ab. Grund dafür ist die Befürchtung, dass die NATO im Falle eines Beitritts der Ukraine einen immer engeren Ring um Russland ziehen würde, nachdem bereits andere ehemalige Mitglieder des Warschauer Pakts wie Polen, Tschechien, die Slowakei und die baltischen Staaten der NATO beigetreten sind. Des Weiteren droht Russland der Ukraine unverhohlen mit der Ausrichtung russischer Raketen auf ihr Territorium, sollte dort eine westliche Raketenabwehr errichtet werden (Lindner 2008: 3). Auf diplomatischer Ebene hat beispielsweise der russische Botschafter in Kiew, Wiktor Tschernomyrdin, erklärt, dass Russland im Falle eines NATO-Beitritts der Ukraine dazu gezwungen sei, seine Beziehungen zu seinem südlichen Nachbarn neu zu überdenken. Die Rolle Tschernomyrdins verdient Beachtung, da er für die Nähe zwischen Kreml und russischem Energiesektor steht. Von 1989 bis 1992 und von 1999 bis 2000 war er (Aufsichtsrats-)Vorsitzender bei Gazprom. Seit 2001 ist Tschernomyrdin als russischer Botschafter in der Ukraine im diplomatischen Dienst tätig. Sein Nachfolger bei Gazprom im

Jahr 2000 wurde der amtierende russische Staatspräsident Medwedjew, welcher in Bezug auf einen eventuellen NATO-Beitritt der Ukraine sogar von einer Gefährdung des gegenwärtigen europäischen Sicherheitssystems spricht (Medwedjew 2008).

Zur Lösung dieses Problems kommt die NATO selbst Russland, dank einer inneren Zerrissenheit, entgegen. Während die westeuropäischen Staaten wie Deutschland, Frankreich, Italien, die Niederlande, Belgien und Luxemburg der Eventualität eines „Membership Action Plans“ (MAP) eher zurückhaltend gegenüberstehen und auf die geringe Zustimmung in der ukrainischen Bevölkerung hinweisen, treten die osteuropäischen Staaten Polen, Bulgarien, Rumänien, die baltischen Staaten, die Slowakei, Tschechien und Slowenien, unterstützt von den USA und Kanada, für einen MAP-Beschluss zugunsten der Ukraine ein (Lindner 2008: 3). Diese Bedenken liefern ebenso einen Beleg für die unterschiedlichen Auffassungen hinsichtlich der Aufnahme der Ukraine in die EU. Während in Westeuropa Skepsis vorherrscht, tritt man in Osteuropa vehement dafür ein, die Ukraine in naher Zukunft in die EU aufzunehmen. Damit setzt sich die oben bereits herausgearbeitete Uneinigkeit innerhalb der EU bzgl. der Aufnahme Kiews in eine westliche Institution fort.

Unter Berücksichtigung der konstruktivistischen Argumentationslinie wäre eine Wiederbelebung politischer Reminiszenzen zwischen Russland und der Ukraine durchaus erklärlich, da beide Länder eine, vor allem durch die sowjetische Vergangenheit geschmiedete, gemeinsame Historie haben. Der daraus resultierende relativ hohe Grad an Homogenität, die positive Einstellung der ukrainischen Bevölkerung gegenüber Russland, die Zurückhaltung auf Seiten der EU, die nachbarschaftliche Nähe und die wirtschaftliche Abhängigkeit von Russland könnten Gründe für die politische Elite der Ukraine sein, die Zusammenarbeit mit Moskau in Zukunft wieder zu intensivieren. Das folgende Kapitel geht detailliert auf die Rolle der EU und ihrer Osteuropapolitik ein.

## **5. Die Rolle der Europäischen Union – Schwächen und Chancen**

In den vorherigen Kapiteln sind bislang nahezu ausschließlich nationale Interessen und bilaterale Kooperationen diskutiert worden. Die EU-Mitgliedschaft Deutschlands, Polens, der baltischen Staaten sowie die Osteuropapolitik der EU machen es unumgänglich, neben der nationalen und internationalen Ebene die supranationale EU-Ebene mit einzubeziehen. An dieser Stelle wird das politische, diplomatische und theoretische Dilemma besonders deutlich, da die EU einerseits als internationale Verhandlungsarena ihren Mitgliedern zur Schlichtung von Streitfragen dient und andererseits als selbstständiger Akteur auf der internationalen Ebene durchaus eigene, supranationale Ziele verfolgt.

Deutschland ist aufgrund seiner wirtschaftlichen Stärke und geografischen Lage eins der wichtigsten EU-Mitglieder. Es gilt darüber hinaus dank der historischen Erblast bestehend aus Drittem Reich und der danach folgenden Teilung in zwei verschiedene Staaten als integrationswillig und -befürwortend (Timmermann 2007: 101). Die osteuropäischen Staaten wie Polen, Estland, Lettland und Litauen sind der EU beigetreten, um auf diese Weise selbst von der westlichen Prosperität profitieren zu können. Neben den wirtschaftlichen Gründen spielen ebenso sicherheitspolitische Aspekte eine große Rolle. Als Mitglieder der EU sind sie Teil einer mächtigen „Security Community“.

Wie bereits im vierten Kapitel dargestellt, sind die osteuropäischen Länder dieser Security Community unter der Prämisse beigetreten, zukünftig dem Machtzirkel Moskaus möglichst entgehen zu können. Die bisher vorgestellten Zusammenhänge und Fakten hinsichtlich Deutschlands enger Energiepartnerschaft mit Russland rufen daher wenige Sympathien in Osteuropa hervor und stoßen auf Unverständnis. Als Gegenmaßnahme versuchen die dort ansässigen EU-Mitglieder die EU als politische Arena zu nutzen, damit die eigenen nationalen Ziele und Strategien nicht gegenstandslos werden. Deutschland versucht seinerseits, die Partnerschaft mit Russland in Einklang mit europäischen Interessen zu bringen und hat damit sogar Erfolg, da die EU der Nord Stream Pipeline oberste Priorität zugesteht (EU-Kommission 2006b). Dieser Schritt der EU birgt neues Konfliktpotential, da sie sich scheinbar auf die Seite von Deutschland schlägt und somit auch Russland unterstützt.



Parallel zur Rolle als politischer Arena fungiert die EU gleichzeitig als internationaler Akteur, der wie die Nationalstaaten über eine Legislative (Rat) und eine Exekutive (Kommission) verfügt. Primäre Ziele der EU sind es einerseits, allgemeine europäische Interessen auf internationaler Ebene zu vertreten, und andererseits, innereuropäisches Konfliktpotential und Meinungsverschiedenheiten mittels Verhandlungen und anschließender europäischer Gesetzgebung zu beseitigen. Als internationale Institution, dem Zusammenschluss der Mehrzahl der europäischen Nationalstaaten, hängen die Akteursqualitäten der EU jedoch von den Mitgliedsstaaten ab. Sie entscheiden mittels Delegation nationalstaatlicher Souveränität an die EU über das Ausmaß ihrer Handlungsfähigkeit.

Der folgende Abschnitt gewährt einen generellen Einblick über die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der EU und Russland. Anknüpfend an die bilateralen Partnerschaften, die Moskau z.B. mit Berlin pflegt und die im allgemeinen als strategische Partnerschaft bezeichnet werden, erörtert die vorliegende Arbeit die Frage, ob der Begriff der strategischen Partnerschaft für die Beziehungen zwischen der EU und Russland gelten kann. Damit wird im ersten Abschnitt dieses fünften Kapitels die im dritten Kapitel begonnene Diskussion um die Bezeichnung der Form der Partnerschaft zwischen Russland und den EU-Mitgliedsstaaten wieder aufgegriffen. Nachdem die einzelnen Unterschiede zwischen Deutschland und Russland bereits herausgearbeitet wurden, werden hier die Differenzen hinsichtlich verschiedener Auffassungen und Identitäten zwischen Russland und der EU beleuchtet, um die Frage nach der Form der Partnerschaft zu beantworten. Insbesondere die konstruktivistische Herangehensweise wird dabei hilfreich sein.

Im Anschluss daran rückt im zweiten Teil des fünften Kapitels der Energiesektor wieder explizit in den Fokus. Dabei geht es darum, ein stark verflochtenes energiepolitisches Puzzle, bestehend aus Russland, der EU als Akteur und Arena und den EU-Mitgliedsstaaten, zu entschlüsseln. Nationale, bilaterale und multilaterale (supranationale) Interessen treffen in diesem Puzzle aufeinander. Diese Vielfalt der Akteure und die damit einhergehende Pluralität ihrer Interessen (nationale Sicherheit, europäische Integration, etc.) führen gleichzeitig zu einem konkurrierenden Aufeinandertreffen der vier verschiedenen Theoriestränge.

## **5.1 Russland und die EU als „strategische Partner“?**

Zwischen Russland und der EU besteht eine direkte Nachbarschaft, die sich in einer 2.300 km langen, gemeinsamen Grenze ausdrückt. Allein deswegen ist es zwangsläufig, dass beide Seiten auf vielen Gebieten großes Interesse aneinander haben. Rechtliche Grundlage der Beziehungen zwischen der EU und Russland ist das 1994 abgeschlossene Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA), das 1997 in Kraft getreten und Ende 2007 ausgelaufen ist. Dieses Abkommen sollte zu einer verstärkten Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Kultur, Soziales, berufliche Bildung, Wissenschaft, etc. beitragen. Besondere Aufmerksamkeit gilt darüber hinaus dem politischen Dialog (Schneider 2005a: 4). Prinzipiell besteht die Absicht auf beiden Seiten, das PKA neu zu verhandeln und zu verlängern, jedoch herrscht insbesondere innerhalb der EU eine Unstimmigkeit darüber, in welcher Form diese Verlängerung stattfinden soll. In den osteuropäischen EU-Staaten ist man dabei wesentlich skeptischer, als in den westlichen EU-Staaten. Verstärkt wird diese Skepsis nicht nur durch die schwierigen Energiebeziehungen, sondern beispielsweise auch durch das russische Einfuhrverbot für polnische Fleischprodukte aus dem Jahr 2006 (Eberhardt 2007: 133), welches mittlerweile aufgehoben wurde.

### **5.1.1 Gemeinsamkeiten**

Der Wirtschaftssektor ist für beide Seiten von besonderem Interesse, da Russland weiterhin Europas wichtigster Energielieferant ist. 80 Prozent des jährlichen europäischen Energieverbrauchs stammen aus Importen. Dank der EU-Osterweiterung und einer steigenden innereuropäischen Energienachfrage hat auf dem Energiesektor in dem Zeitraum von 2001 bis 2005 ein Anstieg der russischen Energielieferungen von 24 auf 27,5 Prozent stattgefunden (Light 2006: 65).

Im Gegenzug ist Russland für die Europäer ein wirtschaftlicher Absatzmarkt von enormem Potential. Russland verknüpft damit die Hoffnung, das eigene Land mit Hilfe der Europäer modernisieren zu können („Modernisierung durch Europäisierung“). Belegt und bestärkt wird diese Hoffnung dadurch, dass 52 Prozent der Direktinvestitionen in Russland aus EU-Ländern kommen (Schneider 2005a: 3). Ein eventueller Wegfall dieser Investitionen hätte für Russland schwerwiegende Folgen, da dann das Konzept „Modernisierung durch Europäisierung“ nicht mehr greifen würde. Außerdem wäre ein Verlust von 52 Prozent der ausländischen Direktinvestitionen nicht schnell und einfach auf einem anderen Weg zu ersetzen. Des Weiteren ist die EU an einer engen Partnerschaft interessiert, da Russland

allein schon aufgrund seiner Energiereserven ein politisches Schwergewicht auf der internationalen Bühne ist. Beide Seiten, Europa und Russland, können demnach durch eine enge Zusammenarbeit auf politischer und wirtschaftlicher Ebene enorm Einfluss nehmen auf das politische Geschehen der internationalen Ebene. Anhand dieser Ausführungen wird das Potential, das hinter einer (strategischen) Partnerschaft zwischen der EU und Russland steckt, deutlich.

### **5.1.2 Irritationen, Missverständnisse und Konfliktpotential**

Die Russlandpolitik der EU zielt auf eine tiefgreifende interne Transformation Russlands, die laut Bastian und Götz zur Akzeptanz des Systems der EU-Werte und Normen führen soll. Nach Ansicht der EU werden dadurch nicht nur die wirtschaftlichen Beziehungen auf eine gesunde Grundlage gestellt, sondern auch die Sicherheit in Europa gewährleistet. Daher genießen „gemeinsame Werte“ für die EU in den Beziehungen zu Russland einen hohen Stellenwert (Bastian und Götz 2005: 9). Insbesondere in den ersten Jahren nach der Unterzeichnung des PKA ist es der EU aufgrund der damaligen politischen und wirtschaftlichen Schwäche Russlands vergleichsweise leicht gefallen, die Initiative zu ergreifen, eine gestaltende Rolle zu spielen und somit auf die Etablierung westlicher Werte zu pochen (Fischer 2006: 14).

In Moskau ist man zwar bereit, die eigene Gesetzgebung an bestimmte wirtschafts- und handelspolitische Standards, Normen und Regelwerke der EU anzupassen. Allerdings ist die russische Führung nur begrenzt gewillt, Grundwerte wie Demokratie, Pluralismus, Menschenrechte und Grundfreiheiten, Rechtsstaatlichkeit und Medienfreiheit nach europäischem Muster zu implementieren. Darüber hinaus werden kritische Kommentare aus Europa an scheinbar wachsenden autoritären Tendenzen in Russland als unzulässige Einmischung in die inneren Angelegenheiten Russlands verstanden und zurückgewiesen. Diese Ablehnung westlicher Werte ist innerhalb der russischen Gesellschaft tief verankert. So lehnt z.B. die Russisch-Orthodoxe Kirche die universelle Geltung der UN-Menschenrechtserklärung von 1949 unter der Begründung ab, dass diese ihren Ursprung im Westen habe. In Russland ist man davon überzeugt, dass individuelle Menschenrechte nicht über den Interessen der Gesamtgesellschaft stehen dürfen (Timmermann 2007: 106-107). Diese Überzeugungen beschädigen das (politische) Fundament, auf dem eine strategische Partnerschaft errichtet werden soll.

Die EU wird in Moskau zwar als wichtigster Modernisierungspartner gesehen, allerdings wehrt man sich dort gegen eine einseitige Anpassung an ihre Institutionen und politische Kultur. Verstärkt wird diese Abwehrhaltung gegenüber der Implementierung des europäischen Wertesystems durch das wiedererlangte Selbstbewusstsein Russlands als Energiegroßmacht. Dieses Selbstbewusstsein wird von weiten Teilen der russischen Elite getragen, wodurch das Konzept der nationalstaatlichen Souveränität eine Renaissance erlebt. Verbunden damit geht es vordergründig nicht unbedingt darum, eine neue „Festung Russland“ zu errichten, sondern vielmehr um die Absicht, Russland wieder „international konkurrenzfähig“ zu machen. Dank dieser Politik des Kremls, die ebenso darauf abzielt, in Zukunft nicht länger als Juniorpartner der EU angesehen und behandelt zu werden, entstehen weitere potentielle Kollisionspunkte mit der EU (Fischer 2006: 20). Bei einer Neuverhandlung des PKA sind diese Irritationen zu berücksichtigen.

Vor dem Hintergrund dieser Informationen ist zu erkennen, dass von einer dauerhaften strategischen Partnerschaft zwischen der EU und Russland *per definitionem* nicht die Rede sein kann. Eine Partnerschaft dieser Art kann nur entstehen, wenn sie auf gemeinsamen Grundwerten und wechselseitigem Vertrauen beruht. Da gegenwärtig die Wirtschaft das eigentliche Fundament der europäisch-russischen Beziehungen ist, und selbst dieser Teil der europäisch-russischen Beziehung ist nicht konfliktfrei, da Russland bislang nicht auf die Forderungen der EU eingeht, seine Energiewirtschaft zu liberalisieren, sollte weniger inflationär mit dem Begriff „strategische Partnerschaft“ umgegangen werden. Stattdessen sollte erwogen werden, die Beziehungen zwischen Moskau und Europa als „Interessenallianz“ zu bezeichnen.

Zu dieser „Neudefinierung“ tragen die EU und ihre Mitglieder, insbesondere Deutschland, selbst bei, indem sie einerseits als normative Großmacht auftreten und von Russland die Einführung des europäischen Wertesystems erwarten. Andererseits lässt sich Europa ebenso von konkreten Interessen leiten, am deutlichsten sichtbar im Energiedialog. Daraus scheint in jüngster Vergangenheit ein „Schweigen für Gas“ entstanden zu sein, womit die Energieinteressen Vorrang erhalten gegenüber den europäischen Wertvorstellungen und anderen nicht greifbaren Elementen. Um die eigene Position hinsichtlich der Energieverhandlungen nicht zu schwächen, haben die EU-Mitgliedsstaaten ihre kritische Haltung in Bezug zu Moskau stark zurückgenommen. Somit bleibt Russlands wachsende Intransparenz auf vielen Gebieten (Demokratie, Menschenrechte, etc.) weitestgehend

unkommentiert. Darüber hinaus ist die Energieabhängigkeit der EU von Russland dafür verantwortlich, dass mit der EU befreundete Staaten wie Aserbaidschan, Georgien, Kasachstan, Turkmenistan und die Ukraine, die allesamt Opfer russischer Einschüchterungspolitik geworden sind, nicht mehr ohne weiteres auf die volle Unterstützung seitens der EU bauen können (Baran 2007: 133).

Auf theoretischer Ebene bedeuten die Gemeinsamkeiten und die Irritationen um die Art der Partnerschaft zwischen der EU und Russland eine Rivalität vor allem zwischen dem Neorealismus, dem Institutionalismus und dem Konstruktivismus. Unter Berücksichtigung der oben genannten Gemeinsamkeiten und der Rede Putins vor dem deutschen Bundestag im September 2001 (vgl. Kapitel 3), könnten Institutionalistinnen sich veranlasst sehen, an dieser Stelle einen generellen Wunsch nach staatlicher Zusammenarbeit festzumachen. Jedoch haben die Ergebnisse des dritten Kapitels bereits bewiesen, dass Russlands außenpolitische Prämisse nicht auf der Integration in internationale Vertragswerke beruht. Für den Kreml ist einzig die Kooperation mit der EU auf dem Wirtschaftssektor von Interesse, um die daraus resultierenden Einnahmen zu nutzen, Russlands Position auf globaler Ebene neu zu definieren. Dies lässt sich verbinden mit der konstruktivistischen Herangehensweise, wonach nicht zu beobachtende Faktoren Einfluss auf die politischen Strategien eines Staates nehmen können. Im Falle der europäisch-russischen Beziehungen hat durch das Wiedererwachen Russlands als Energiegroßmacht ein Wechsel in der gegenseitigen Wahrnehmung stattgefunden. Wie oben dargestellt, schickt Russland sich an, „international konkurrenzfähiger“ zu werden. Damit entwächst Russland der Rolle des Juniorpartners der EU, was zu einem Einflussverlust auf Seiten der EU und ihrer Mitglieder führt.

Gleichzeitig bedeuten dieser Wahrnehmungswechsel und der Einflussverlust der EU eine wachsende Belanglosigkeit für die fundamentalen Konzepte, Ideen und Überzeugungen, auf denen sich die EU als Institution begründet, in den europäisch-russischen Beziehungen. Die EU ist ein internationales Konstrukt, das sich im Gegensatz zu einem Nationalstaat nicht auf nationalstaatliche Souveränität und Territorialität berufen kann. Dieser Umstand unterscheidet sie von ihren Mitgliedern und ihren externen Partnern, z.B. Russland. Falls sich innerhalb der EU ein sogenanntes „Schweigen für Gas“ durchsetzen und somit ausschließlich materielle Aspekte in den Vordergrund treten sollten, so würde diese europäische Inkonsistenz dazu beitragen, dass der neorealistische Ansatz gegenüber den

anderen Theorien die vielversprechendsten Erklärungen bzgl. der jeweiligen energiepolitischen Strategien liefert.

## **5.2 Der Energiesektor als politischer Störfaktor des Integrationsprozesses**

Im Gegensatz zu anderen Sektoren, ist der Energiesektor bisher nicht institutionalisiert worden. Damit liegt die Kompetenz in diesem Bereich ausschließlich bei den Nationalstaaten. Bei gegenwärtig 27 Mitgliedsstaaten und 27 verschiedenen Energiemärkten ist es nicht verwunderlich, dass angesichts dieser Divergenzen auf dem Energiesektor weiterhin nationalstaatliches Denken dominiert. Erschwerend hinzukommen der jeweilige Grad der Importabhängigkeit und die jeweilige geografische Lage. Südeuropäische Staaten wie Portugal oder Spanien verfolgen andere Energiestrategien als Polen oder die baltischen Staaten (Geden 2007: 4).

Resultierend aus den unterschiedlichen Ausgangspositionen der einzelnen Mitgliedsstaaten kommt es zum einen zu internen Konflikten zwischen den Mitgliedern, da die nationalstaatlich geprägten Energiestrategien negativen Einfluss auf die Strategie eines oder mehrerer anderer EU-Staaten haben können. Der Fall der Nord Stream Pipeline ist dafür ein gutes Beispiel. Er offenbart die Unterschiede zwischen der deutschen und der polnischen Energiepolitik und das damit verbundene Konfliktpotential. Diesen internen Konflikten tritt die EU, wie im Fall der Nord Stream Pipeline zu beobachten ist, anhand Verhandlungsforen (z.B. der Europäische Rat) und der Herausgabe politischer Leitlinien (z.B. Grünbücher) entgegen. Zum anderen münden diese internen Konflikte teilweise in externe Konflikte. Besonders der Energiebereich neigt dazu, weil die einzelnen Mitgliedsstaaten an dieser Stelle an keine EU-Direktiven gebunden sind und daher explizit national vorgehen können. Im Anschluss daran sieht die EU sich oft aufgrund von Protesten seitens anderer Mitgliedsstaaten zum Handeln gegenüber den EU-externen Partnerstaaten eines EU-Mitgliedsstaates gezwungen. Auf dem Energiesektor sind der EU allerdings aufgrund der mangelnden Institutionalisierung überwiegend die Hände gebunden und kann somit nicht effektiv eingreifen. So ist es der EU beispielsweise nicht möglich, die deutsch-russischen Energiebeziehungen zu unterbinden, nur weil andere Mitgliedsstaaten sich davon negativ betroffen sehen.

### 5.2.1 Externe Energieabhängigkeit von Russland

Die EU ist weltweit der größte Energieimporteur (Umbach 2006: 66), wobei besonders in Bezug auf Öl- und Erdgasimporte die Abhängigkeit von externen Lieferanten stetig wächst. Bereits im Jahr 2000 hat die EU-Kommission in einem Grünbuch prophezeit, dass die europäische Abhängigkeit von Energieimporten bis zum Jahr 2030 von 50 auf 70 Prozent ansteigen wird. Allein bei Erdgas wird sich bis dahin der Importanteil für den Verbrauch von 40 auf 70 Prozent steigern (EU-Kommission 2000: 1). Für die Erdgasversorgung der EU ist Russland gegenwärtig der größte und bedeutendste Lieferant. Dem gegenüber folgen mit weitem Abstand andere Lieferanten wie z.B. Algerien (14 Prozent) und Norwegen (24 Prozent) (BP 2008). Tabelle 2 zeigt, dass die EU (ohne Estland, Dänemark, Malta und Zypern) aktuell 34 Prozent ihrer Erdgasimporte aus Russland bezieht. Des Weiteren beziffert sie die enorme Bedeutung russischer Erdgaslieferungen für Deutschland und Polen.

Tabelle 2: **Erdgasimporte 2007: Deutschland, Polen, EU-23  
(ohne Estland, Dänemark, Malta und Zypern)**

Land	Gesamtimportmenge in Mrd. m <sup>3</sup>	Russischer Importanteil in Mrd. m <sup>3</sup> und %
Deutschland	83,72	35,55 (42,5%)
Polen	9,30	6,20 (66%)
EU-23	354,34	120,01 (34%)

Quelle: BP Statistical Review of World Energy 2008

Verschiedene Gründe sind dafür verantwortlich, dass Russland auch in naher Zukunft der wichtigste Energielieferant bleiben wird. Erstens, Russlands geografische Nähe ist ein großer Vorteil gegenüber anderen potentiellen Lieferanten. Insbesondere auf dem Gassektor spielt diese Nähe eine Rolle, da Erdgas mehrheitlich anhand von Pipelines transportiert wird. Zweitens, die enormen Erdgasvorkommen auf russischem Territorium scheinen den Energieverbrauch der EU langfristig sichern zu können, schließlich verfügt Russland weltweit über die größten Erdgasreserven (siehe Tabelle).

Tabelle 3: **Länder mit den weltweit größten Erdgasvorräten 2004 (Anteile in %)**

Land	Reserven	Ressourcen	Vorräte
Russland	27,0	40,1	34,1
Algerien	2,6	0,7	1,6
Norwegen	1,4	1,5	1,5

Quelle: BGR 2004

Drittens, die Beschaffenheit des Erdgasmarktes, der, wie in der Einleitung bereits erläutert, von langfristiger Exploration, Planung, Investitionen und dem Transport via Pipeline abhängig ist. Aus diesen Gründen sind die Erdgasmärkte von stark bilateraler Ausprägung, was vor allem für Moskau von Vorteil ist. Dort ist man bestrebt, möglichst intensive bilaterale Kontakte mit den EU-Mitgliedsstaaten zu knüpfen, um seine marktbeherrschende Stellung auf dem Erdgassektor zu festigen und auszubauen.

### 5.2.2 Fehlende energiepolitische Kohärenz

Neben der externen Energieabhängigkeit wird das energiepolitische Auftreten der EU von mangelnder Kohärenz bestimmt. Aufgrund der Tatsache, dass der Energiesektor bislang nicht institutionalisiert wurde, ist dies nicht weiter verwunderlich. Ein gutes Beispiel für die fehlende Kohärenz ist der Unterschied zwischen der deutschen und der polnischen Energiepolitik, der bereits im dritten und vierten Kapitel der vorliegenden Arbeit identifiziert wurde. Deutschland ist an einer engen Kooperation auf dem Energiesektor mit Russland interessiert, während Polen auf eine exakt gegenteilige Strategie setzt und eine möglichst geringe Involvierung Russlands auf dem europäischen Energiemarkt anstrebt. Weitere Faktoren, die negativen Einfluss auf die Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Energiepolitik haben, sind zum einen die russische „Teilungs- und Eroberungsstrategie“ („*divide et impera*“) und zum anderen die sich daran anknüpfende Allianzbildungen innerhalb der EU oder wahlweise auch mit EU-externen Staaten. So strebt Polen beispielsweise eine engere energiepolitische Zusammenarbeit mit Litauen und Norwegen an. Vor allem die Verbindung zu Litauen hat nicht nur energiepolitische Folgen. Beide Staaten sehen Russland als potentiellen Gefahrenfaktor, weshalb Warschau und Vilnius zögern, das PKA zu verlängern (Walker 2007: 2).

Hauptursache für die fehlende energiepolitische Kohärenz ist, neben der immer noch bestehenden jeweils nationalen Verantwortlichkeit, der Umstand, dass auf nationaler Ebene



die Energiepolitik während der letzten zwei Jahrzehnte in großem Umfang den verschiedenen Energiekonzernen überlassen wurde (Umbach 2006: 65). Energiefragen gehörten demnach bis vor kurzem nicht auf die Liste der brisanten Themen. Vor diesem Hintergrund fällt es Russland leicht, sich der Schwäche und Uneinigkeit zwischen den EU-Mitgliedsstaaten zu bedienen, die europäischen Staaten und Energiekonzerne gegeneinander auszuspielen und somit den Energieexport nach Europa als politisches und wirtschaftliches Wiederbelebungsinstrument russischen Großmachtstatus zu nutzen. Mittels dieser „Teilungs- und Eroberungsstrategie“ untergräbt Moskau gezielt den europäischen Integrationsprozess zumindest auf dem Energiesektor, da es dank seiner bilateralen Energiepartnerschaften Keile in die EU treibt (Baran 2007: 134). Die Nord Stream Pipeline ist ein gutes Beispiel dafür, schließlich hat sie für einige Kontroversen zwischen den neuen EU-Mitgliedsstaaten in Osteuropa und den restlichen Mitgliedern in Westeuropa gesorgt.

Als eine Folge der russischen „Teilungs- und Eroberungsstrategie“ haben die osteuropäischen Staaten, insbesondere Polen, damit begonnen, Verbündete innerhalb und außerhalb der EU zu finden (z.B. Litauen, Norwegen), um so einem drohenden russischen Energieimperialismus entgegenzutreten. Dies scheint insofern verständlich, da die osteuropäischen Staaten zum einen hochgradig von russischen Erdgaslieferungen abhängig sind (ebd.: 132). Zum anderen verfügen die osteuropäischen EU-Mitgliedsstaaten über ausreichend negative Erfahrungswerte in Verbindung mit russischer Außen- und Energiepolitik. Der russisch-ukrainische Gaskonflikt zu Beginn des Jahres 2006 hat in Osteuropa die letzten Zweifel beseitigt, dass Russland seine Energieressourcen als politisches Druckmittel einzusetzen weiß. Auf diesem Weg wird der europäische Integrationsprozess nicht nur extern von russischer Seite, sondern daran anknüpfend auch intern dank der fehlenden energiepolitischen Kohärenz durch die Bildung neuer Allianzen untergraben.

### **5.2.3 Fehlende Implementierung der EU-Richtlinien**

Infolge des russisch-ukrainischen Gaskonflikts im Januar 2006 hat sich der Energiesektor schlagartig an die Spitze der Liste der brisanten Politikfelder katapultiert. Zu sehr sind die EU-Mitgliedsstaaten von Energieimporten abhängig, als dass dieser Bereich unbeachtet bleiben kann. Zwei Monate später, im März 2006, gab die EU-Kommission ein Grünbuch heraus, welches als Strategieentwurf hinsichtlich einer gemeinsamen europäischen Energiepolitik und der Begrenzung der externen Energieabhängigkeit der EU angesehen

werden kann. Im zweiten Kapitel der vorliegenden Arbeit ist bereits auf dieses Grünbuch eingegangen worden. Kernelemente bezüglich Energieversorgung und Energiesicherheit sind der Aufbau eines europäischen Netzes, damit sich ein reeller europäischer Gasmarkt entwickeln kann, Förderung privater und öffentlicher Investitionen in die Infrastruktur, Schaffung gleicher Wettbewerbsbedingungen durch Entflechtung der nationalen Märkte, die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie und, die Förderung der Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten (EU-Kommission 2006a: 6-8).

Bekräftigt wurden diese Absichten und Ziele anhand des Strategy Reviews „Eine Energiepolitik für Europa“, das die EU-Kommission am 10.01.2007 veröffentlicht hat. Darin geht die Kommission erneut auf die Versorgungssicherheit ihrer Mitglieder auf dem Gassektor ein. Prinzipiell ist man in Brüssel davon überzeugt, solide Energiebeziehungen zu den traditionellen Erdgaslieferanten außerhalb der EU, Algerien, Norwegen und Russland, zu haben. Es wird davon ausgegangen, dass sich diese Beziehungen zukünftig intensivieren lassen. Dennoch zielt die Kommission darauf ab, eine größere Vielfalt bezüglich der Energiequellen, der Lieferanten, des Transportweges und der Art und Weise des Transports zu schaffen. Des Weiteren sollen wirksame Mechanismen entwickelt werden, die im Falle einer Energiekrise die Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten sicherstellt. Dies erscheint umso wichtiger angesichts des Umstandes, dass einige Mitgliedsstaaten (vor allem in Osteuropa) weitgehend oder vollständig von einem einzigen Erdgaslieferanten abhängig sind (EU-Kommission 2007: 12).

Für die Zukunft plant die EU-Kommission Maßnahmen zu ergreifen, wodurch die Energiesicherheit der EU-Mitgliedsstaaten erhöht wird. Besonderes Augenmerk gilt hierbei denjenigen Mitgliedsstaaten, die in hohem Maße von einem einzigen Gaslieferanten abhängig sind, um sie bei der Diversifizierung ihrer Energieversorgung zu unterstützen. Es ist das Ziel der EU-Kommission, die Durchführung der kürzlich umgesetzten Richtlinie zur Gasversorgungssicherheit<sup>3</sup> zu überwachen und ihre Wirksamkeit zu bewerten. Des Weiteren sollen Projekte entwickelt werden, die darauf abzielen, Erdgas aus neuen Regionen zu beziehen, neue Erdgas-Hubs in Mitteleuropa und in den baltischen Staaten einzurichten, die

---

<sup>3</sup> Richtlinie 2004/67/EG des Rates vom 26. April 2004 über Maßnahmen zur Gewährleistung der sicheren Erdgasversorgung (Abl. L 127 vom 29.4.2004 S.92)

strategischen Speichermöglichkeiten besser zu nutzen und den Bau neuer Terminals für Flüssigerdgas zu ermöglichen. Auch sollen Wege geprüft werden, wie die bestehenden Solidaritätsmechanismen für Krisensituationen ausgebaut werden können (ebd.).

Diese EU-Richtlinien werden auf Seiten der EU-Mitgliedsstaaten offiziell begrüßt. Vor allem die osteuropäischen EU-Staaten (z.B. Polen) wünschen sich eine Vertiefung der energiepolitischen Kooperation und Koordination auf europäischer Ebene (Lang 2007: 25). Auch aus Deutschland sind insbesondere seit der Ratifizierung des geplanten Baus der Nord Stream Pipeline Töne zu hören, die eine enge internationale Zusammenarbeit auf dem Energiesektor nicht nur im europäischen Sinne, sondern sogar auf globaler Ebene, befürworten. So gab Bundesaußenminister Steinmeier im März 2006 zu Protokoll, dass die friedliche wirtschaftliche Entwicklung auf globaler Ebene untrennbar mit Energiesicherheit verbunden ist. Hierbei ist er darauf bedacht, Produzenten, Transitstaaten und Verbrauchern an einen Tisch zu bringen, um nationalen Alleingängen vorzubeugen und einen gemeinsamen Ansatz für die Zukunft zu entwickeln.

[...], Energie darf nicht zur Machtwahrung in den internationalen Beziehungen werden. [...]. Ein System kooperativer Energiesicherheit muss den Dialog zwischen Energieproduzenten, Verbrauchern, Transitstaaten und Privatwirtschaft fördern (Steinmeier 2006c).

All diese Ziele und Absichtserklärung sind ein guter Start, jedoch nützen sie nicht viel, wenn sie nur gut gemeint sind. Es stellt sich also die Frage, inwiefern die EU-Richtlinien jeweils auf nationaler Ebene umgesetzt werden. Unglücklicherweise lässt sich mit einem zeitlichen Abstand von über einem Jahr feststellen, dass insbesondere auf dem Gebiet der europäischen Versorgungssicherheit nur sehr geringe Fortschritte zu verzeichnen sind. Der EU ist es bisher nicht gelungen, eine gemeinsame Energieaußenpolitik zu entwickeln und das damit verbundene, immer wieder betonte Prinzip des „Sprechens mit einer Stimme“ im Umgang mit Öl- und Gaslieferanten in die Praxis umzusetzen (Geden 2008: 5).

#### **5.2.4 Die deutsche Ratspräsidentschaft 2007**

Am 01.01.2007 übernahm Deutschland zum zwölften Mal die Ratspräsidentschaft. Eine deutsche EU-Ratspräsidentschaft ruft vergleichsweise hohe Erwartungen hervor, weil Deutschland traditionell integrationswillig und der Fortschritt der europäischen Integration quasi Teil der Staatsräson ist (Carrouée 2007: 2). Neben anderen wichtigen Zielen, gab vor

allein die Sorge um eine gesicherte Energieversorgung Europas den Anstoß für die Bundesregierung, die Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Energiepolitik zu einer prioritären Aufgabe der deutschen EU-Ratspräsidentschaft zu machen (Tatarintseva und Hishow 2006: 1).

Bereits im Vorfeld der Übernahme des EU-Ratsvorsitzes hatte speziell Bundesaußenminister Steinmeier mehrfach öffentlich betont, wie wichtig ein gemeinsames europäisches Vorgehen auf dem Energiesektor ist. Neben seinen schon im vorherigen Abschnitt erwähnten Ausführungen, ging er dabei ebenso auf die Beziehungen der EU und Deutschlands zu Russland ein. Während seiner Rede vor dem Deutsch-Russischem Forum am 21.03.2006 sagte Steinmeier mit Bezug auf außen-, sicherheits- und energiepolitische Aspekte: „Viele Aufgaben sind durch Nationalstaaten allein nicht mehr lösbar. Transnationalen Problemen kann nur mit kooperativen transnationalen Lösungen begegnet werden“ (Steinmeier 2006b). In Anlehnung an diese Aussage scheint Steinmeier davon überzeugt, dass nationale Ziele zukünftig nur noch in Zusammenarbeit mit anderen Staaten zu verwirklichen sind. Damit liegt er offiziell auf einem kooperativ abgestimmten, institutionalistischen Kurs.

Eine Bestandsaufnahme bezüglich der Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Energiepolitik infolge der deutschen Ratspräsidentschaft fällt jedoch eher nüchtern aus. Die wichtigsten „Beschlüsse“, die während der deutschen Präsidentschaft gefasst worden sind, sind dem Strategy Review der Kommission vom 10.01.2007, „Eine Energiepolitik für Europa“, zu entnehmen. Im weiteren Verlauf der deutschen Präsidentschaft ist dieser Strategy Review im Rahmen einer Tagung des Europäischen Rates vom 8. bis 9. März 2007 bestätigt worden. In der Schlussfolgerung dieses Ratstreffens heißt es schlicht, dass der Europäische Rat einen umfassenden energiepolitischen Aktionsplan für die Jahre 2007 bis 2009 annimmt, der sich auf den Strategy Review der Kommission „Eine Energiepolitik für Europa“ gründet. Dieser Strategy Review wird von Seiten des Rates als ein Meilenstein bei der Schaffung einer Energiepolitik für Europa sowie einen Impulsgeber für weitere Maßnahmen angesehen (Rat der Europäischen Union 2007: 13). Allerdings gehen die Schlussfolgerungen weder detailliert noch explizit zukunftsweisend auf die einzelnen Aspekte der Energieversorgungssicherheit der EU ein. Es entsteht der Eindruck, dass dieses Thema aufgrund der noch immer andauernden nationalstaatlichen Verantwortlichkeit als zu brisant für eine kontroverse Diskussion innerhalb des Rates angesehen wird. Der Energiesektor unterliegt noch immer einer zu starken nationalstaatlich geprägten Dominanz.

Bei einigen EU-Staaten ist in Verbindung mit dem Aufbau einer gemeinsamen europäischen Energiepolitik sogar ein politisches Zurückrudern zu beobachten. So sprach sich beispielsweise auch Deutschland bereits im Frühjahr 2006, im Zusammenhang mit der Herausgabe des Grünbuchs „Eine europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige and sichere Energie“, gegen die Übertragung von Kompetenzen in der Energiepolitik an die EU aus (Umbach 2007b: 366).

Von besonderem Interesse für die vorliegende Arbeit ist die Feststellung des Europäischen Rates, dass die Wahl, die die Mitgliedsstaaten in Bezug auf ihren Energiemix treffen, sich auf die Lage des Energiesektors in anderen Mitgliedsstaaten und auf die Fähigkeit der Union auswirken kann (EU-Kommission 2007: 13). Mit dieser Feststellung gibt die deutsche Bundesregierung als Ratsvorsitzende knapp zwei Jahre nach der Ratifizierung des geplanten Baus der Nord Stream Pipeline indirekt zu, dass die eigene bilaterale Energiepolitik mit Russland die Interessen anderer Staaten potentiell beeinträchtigen kann. Daran anknüpfend lässt sich erneut argumentieren, dass Deutschland unter Bundeskanzler Schröder scheinbar seinen früheren politischen Pfad der traditionellen Integrationswilligkeit zumindest auf dem Energiesektor verlassen hat. Die Nachfolgeregierung unter Führung von Bundeskanzlerin Merkel und Bundesaußenminister Steinmeier versucht zwar, die Ratspräsidentschaft und öffentliche Auftritte zu einer (offiziellen) energiepolitischen Kurskorrektur zu nutzen. Jedoch sind die Ergebnisse der deutschen Ratspräsidentschaft zu dünn und die gegenwärtige energiepolitische Realität innerhalb der EU zu nationalstaatlich geprägt, als dass von Fortschritten bezüglich einer Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Energiepolitik gesprochen werden kann.

## 6. Fazit

Nachdem das zweite Kapitel die außen- und energiepolitischen Konsequenzen des geplanten Baus der Nord Stream Pipeline für Deutschland und ebenso die Auswirkungen der deutsch-russischen Energiepolitik für den europäischen Integrationsprozess empirisch benannt hat, bleibt es dem Schlusskapitel überlassen, eine Bilanz aus theoretischer Sichtweise zu ziehen und daran anschließend einen Ausblick auf mögliche Entwicklungen in der Zukunft zu geben. Damit dies auf eine möglichst klare Art und Weise geschehen kann, wird dieses letzte Kapitel in zwei Bereiche unterteilt.

### 6.1 Theoretische Bilanz

Aufgrund der in den vorherigen Kapiteln vorgestellten Fakten, lässt sich aus theoretischer Sichtweise zum gegenwärtigen Zeitpunkt feststellen, dass noch immer neorealistisch geprägte Strategien auf dem Energiesektor vorherrschen. Orientiert an der in der Einleitung präsentierten Grundidee hinter der Gründung einer internationalen Institution, wonach den Mitgliedern die Möglichkeit zur ständigen Kommunikation gegeben wird, um gegenseitiges Vertrauen zu fördern und etwaiges Misstrauen abzubauen, scheint sich diese Überzeugung noch nicht für den europäischen Energiesektor durchgesetzt zu haben. Die Interessen der nationalen Eliten scheinen noch nicht eng genug beieinander zu liegen, als das in unmittelbarer Zukunft ernsthafte Konturen einer gemeinsamen EU-Energiepolitik zu erwarten sind. Im Gegenteil, die bilateralen Energiepartnerschaften, die zwischen einer Vielzahl europäischer Hauptstädte und Moskau existieren, sorgen dafür, dass das energiepolitische Misstrauen zwischen den EU-Mitgliedsstaaten wächst. Belegt wird dies am Beispiel des geplanten Baus der Nord Stream Pipeline. Aus diesem wachsenden Misstrauen ziehen Staaten wie Polen ihre Legitimation, eine von nationalem Sicherheitsdenken gekennzeichnete Energiepolitik zu verfolgen. Somit lässt sich festhalten, dass innerhalb der EU auf dem Energiesektor gegenwärtig weniger von einem institutionalistischen und kooperationswilligen, als von einem auf nationale Interessen und Sicherheit ausgerichteten Verhalten der EU-Mitgliedsstaaten die Rede sein kann.

Falls es dabei bleiben und der Schritt in Richtung Institutionalisierung des Energiesektors nicht gelingen sollte, so besteht die Gefahr, dass der europäische Integrationsprozess ohne Einbeziehung der „high politics“ auf einer Ebene der wirtschaftlichen Kooperation stagniert. Des Weiteren würden die Glaubwürdigkeit der EU und die Legitimation ihrer Direktiven

einen enormen Schaden erleiden, was im schlimmsten Fall wieder zu einer Eurosklerose oder den befürchteten Spillback-Effekte führen könnte. Mit Blick auf die Energieabhängigkeit von Russland bliebe die EU dann nur ein Gerippe von Nationalstaaten, das versucht, sich gegenseitig im Kampf um russische Energielieferungen auszustechen.

Jedoch besteht, unter Berücksichtigung der bisherigen Entwicklungen innerhalb der EU, aus folgenden Gründen die Annahme, dass diese Strategien langfristig einem kooperativen Ansatz weichen werden. Erstens, gemäß der in der Einleitung bereits vorgestellten Überzeugung Egebergs ist davon auszugehen, dass Institutionen wie die EU „tend to impose particular world views, ways of thinking, expectations and allegiances on their members, [...]“ (Egeberg 2006: 24). Falls diese Aussage Gültigkeit besitzt, so ist zu erwarten, dass die bislang fehlende energiepolitische Kohärenz in Zukunft durch eine gemeinsame EU-Energiepolitik ersetzt werden dürfte.

Zweitens, diese Erwartung wird gesteigert durch die Argumentationslinie des Neofunktionalismus. Demnach wird es ab dem Zeitpunkt zu einer erweiterten Kooperation auf dem europäischen Energiesektor kommen, an dem die Eliten der EU-Mitgliedsstaaten zu der Erkenntnis kommen, dass sie nur gemeinsam ihre energiepolitischen Ziele erreichen können. Wesentlicher Bestandteil bzw. Startpunkt der Integration sind für Haas die wirtschaftlichen Interessen der politischen Eliten in den einzelnen Ländern, die sich in steigendem Integrationswillen äußern.

The “good Europeans” are not the main creator of the regional community that is growing up; the process of community formation is dominated by nationally constituted groups with specific interests and aims, willing and able to adjust their aspirations by turning to supranational means when this course appears profitable (Haas 1958: 13 und 1970: 26).

Gemäß dieser Aussage beruht die europäische Integration ausschließlich auf den finanziellen Interessen einzelner Gruppen. Sobald sich ein höherer wirtschaftlicher Profit durch Kooperation mit anderen Ländern (z.B. die Schaffung eines Binnenmarktes) abzeichnet, ist mit dem Beginn einer internationalen Zusammenarbeit zu rechnen. Auf diese Weise würde sich die politische Integration auf den Energiesektor ausdehnen. Vereinfacht wird dieser nächste Schritt zur Vertiefung der Integration durch die bestehenden Kooperationen, die bereits institutionalisierten Bereiche und die gemeinsame Historie des Integrationsprozesses.

Diese Umstände sollten es den einzelnen Mitgliedern erleichtern, ihre nationale Souveränität auf dem Energiesektor aufzugeben.

Drittens haben zwar nach Haas zumindest während der Gründungsphase der EU gemeinsame Wertvorstellungen noch keine direkte Rolle gespielt, allerdings lassen die gemeinsamen Interessen auf wirtschaftlicher Ebene ebenfalls eine konstruktivistische Herangehensweise zu. Diese ökonomischen Gemeinsamkeiten sind das Fundament des europäischen Integrationsprozesses, in dessen Verlauf immer mehr auch nicht greifbare Elemente aufgenommen wurden, welche zur Steigerung der Homogenität innerhalb Europas beigetragen haben. Um auf diese Elemente einzugehen, wendet sich die Arbeit einer theoretisch fundierten Analyse von Risse (2005) zu. Er lässt neben dem neofunktionalistischen Theoriestrang die konstruktivistische Herangehensweise mit einfließen und liefert somit weitere Erkenntnisse, warum es auf dem Energiesektor dennoch zu einer staatlichen Kooperation innerhalb EU kommen kann. In seinem Artikel „Neofunctionalism, European Identity, and the puzzles of European integration“ bezieht Risse sich explizit auf die Frage, warum der Bereich der GASP und der ESVP noch nicht vollständig institutionalisiert ist. Da der Energiesektor Bestandteil der GASP ist, erscheint es sinnvoll, sich an der Argumentation dieses Artikels zu orientieren. Risse stellt in Anlehnung an Haas fest, dass die neofunktionalistischen Spillover-Effekte ursprünglich (in den späten 1950er Jahren) nur für die Bereiche der „low politics“ von Bedeutung waren. „High politics“, wie Außen- und Sicherheitspolitik, schienen nicht in dieses Profil zu passen (Risse 2005: 301). Jedoch taucht hier unweigerlich die Frage auf, wo „low politics“ aufhören und „high politics“ beginnen. Währungspolitische Souveränität, die von den EU-Mitgliedsstaaten mit der Ratifizierung des Vertrags von Maastricht aufgegeben wurde und die mit der Einführung einer einheitlichen Währung endete, kann eventuell auch in den Bereich der „high politics“ eingeordnet werden. Andere Schritte, wie z.B. die Aufhebung der Grenzkontrollen, können ebenso potentielle Folgen für die nationale Sicherheit haben. Da eine klare Trennung zwischen „high politics“ und „low politics“ scheinbar immer weniger möglich ist, lässt sich folgern, dass auch „high politics“ Opfer der Spillover-Effekte werden können. Somit ist aus neofunktionalistischer Sichtweise durchaus davon auszugehen, dass der Energiesektor, der auf nationaler Ebene in den Bereich der „high politics“ aufgerückt ist, zukünftig im Rahmen des europäischen Integrationsprozesses institutionalisiert wird.



Im Gegensatz zu Risse argumentieren Neorealisten, dass Nationalstaaten aller Wahrscheinlichkeit nach ihre externe Souveränität und Entscheidungsgewalt nicht aufgeben werden. Für Nationalstaaten gibt es keinen Grund, ihre Souveränität mit anderen Staaten zu teilen. Vielmehr sind sie daran interessiert, ihren Machtbereich zu sichern und, wenn möglich, zu erweitern. Diese Argumentation ist mit Bezug auf die EU-Staaten und die Entwicklung einer gemeinsamen EU-Energiepolitik jedoch nur schwer nachvollziehbar. Die EU-Mitgliedsstaaten haben durch die Gründung der EU bzw. durch ihren Antrag auf EU-Mitgliedschaft und die Tatsache, dass die Mehrheit der EU-Mitglieder ebenso Mitglied der NATO ist, bewiesen, dass Nationalstaaten durchaus gewillt sind, ihre nationalstaatliche Souveränität teilweise aufzugeben. Somit ist der Neorealismus nur begrenzt in der Lage, den Unwillen einiger EU-Staaten bzgl. weiterer Integration zu erklären. Falls die EU-Staaten wirklich darauf bedacht sind, ihre Macht und ihren Einfluss auf internationaler Ebene zu vergrößern, dann würden sie sich mit der Verweigerung der Institutionalisierung des Energiesektors ins eigene Fleisch schneiden. Denn je weniger sie „mit einer Stimme sprechen“, desto weniger werden sie in der Lage sein, die globale Energiesituation zu ihren Gunsten beeinflussen zu können. Diese Schwäche des Neorealismus unterstützt die oben angeführte Argumentationslinie, wonach der europäische Energiesektor in Zukunft vom nationalen in den supranationalen Kompetenzbereich der EU wechseln wird.

Risse bezieht abschließend den konstruktivistischen Ansatz mit ein. Danach lässt sich dieses Puzzle lösen, indem nationale Souveränität nicht als eine „quasi-objektive Realität“ konzipiert wird, sondern eher als ein „inter-subjektives soziales Konstrukt“. Seiner Meinung nach ist nationale Souveränität ein soziales Konstrukt, welches tief verankert ist in der kollektiven Identität eines jeden Nationalstaates (Risse 2005: 303). Dies bedeutet, dass der Grad der Verankerung des sozialen Konstrukts der nationalen Souveränität die Integrationswilligkeit eines Staates beeinflusst. Auf EU-Ebene kristallisieren sich dabei Unterschiede zwischen föderalen Staaten wie Deutschland und „einheitlichen“ Staaten wie Frankreich heraus. Laut Jachtenfuchs besteht eine klare Korrelation zwischen diesen zwei Staatsformen. Föderal organisierte Mitgliedsstaaten, die auf nationaler Ebene an die Teilung der Souveränität gewöhnt sind, präsentieren sich integrationswilliger und sind eher bereit, nationale Souveränität aufzugeben, als einheitlich organisierte Staaten (Jachtenfuchs 2002). Darüber hinaus wird die Integrationswilligkeit durch den Zeitfaktor bestimmt, was der Neofunktionalismus ebenfalls bewiesen hat. Mit Bezug auf die Verankerung des sozialen Konstrukts der nationalen Souveränität bedeutet dies, dass die Überwindung der nationalen

Souveränität, und die daraus resultierende potentielle Etablierung einer europäischen Souveränität und Identität, die Integration des Energiesektors beschleunigen bzw. bewerkstelligen kann.

Am Ende dieser theoretischen Bilanz erfolgt zusätzlich noch eine kritische Stellungnahme gegenüber den vier verwendeten Theoriesträngen bzgl. ihres Erklärungspotentials. Aufgrund der Komplexität des in der vorliegenden Arbeit abgehandelten Spektrums, ist es an vielen Stellen zu einem konkurrierenden Aufeinandertreffen der einzelnen Theoriestränge gekommen. Dabei hat sich herausgestellt, dass die drei positivistischen Ansätze, Neorealismus, Institutionalismus und Neofunktionalismus, nicht in der Lage sind, sämtliche Strategien staatlichen oder institutionellen Handelns allein zu erläutern. Neorealisten konzentrieren sich auf nationale Machtpolitik im internationalen Staatensystem, in dem nach neorealistischer Überzeugung internationale Kooperationen nahezu ausgeschlossen sind. Im Gegensatz dazu beschäftigen sich der Institutionalismus und der Neofunktionalismus mit der Möglichkeit internationaler Kooperation und benennen Gründe, warum es eine solche Zusammenarbeit für die einzelnen Staaten durchaus reizvoll erscheinen mag. Dank der oben bereits erwähnten Komplexität sind die drei positivistischen Ansätze teilweise in Erklärungsnot geraten. Z.B. erscheint es infolge der Ermangelung kooperativer Aspekte in der russischen Außen- und Energiepolitik wenig sinnvoll, diese Politik von einem institutionellen Standpunkt aus zu erläutern. Jedoch birgt diese Erklärungsnot auch Vorteile. Auf diese Weise werden diese Theorien widerlegbar. Ihre Grenzen ermöglichen es dem Forscher, relativ klare Aussagen zu treffen, die entweder dem Gehalt der Theorie zu entnehmen sind, oder mittels eines anderen Ansatzes ermittelt werden müssen.

Dem gegenüber lässt sich der Konstruktivismus als post-positivistischer Ansatz nur schwer widerlegen, da er neben beobachtbaren ebenso nicht beobachtbare Elemente einbezieht. Somit erscheint der Konstruktivismus als eine Art „Universaltheorie“. Eine konstruktivistische Analyse läuft jedoch potentiell Gefahr, in den Bereich einer Spekulation abzudriften. Wenn z.B. der politische Führungsstil Wladimir Putins allein anhand seiner Identität erklärt wird, besteht die Möglichkeit, dass ein ganz anderer Faktor verantwortlich war für eine bestimmte Entscheidung. Dies vermag der Konstruktivismus jedoch nur schwer aufzudecken, da er beobachtbare und nicht beobachtbare Elemente gleichermaßen in seine Erklärungen aufnimmt. Auf diese Weise fallen konstruktivistische Erklärungen oftmals umfangreicher und kompakter aus, da sie im Gegensatz zu den positivistischen Ansätzen

wesentlich mehr Faktoren in die Analyse mit einbeziehen. Dies kann sowohl als Stärke wie auch als Schwäche ausgelegt werden, da Positivisten eventuell knappere und klarere Ergebnisse produzieren, die aber aufgrund der Missachtung nicht beobachtbarer Elemente keineswegs von höherer Validität sein müssen.

Unter Berücksichtigung des methodischen Musters der vorliegenden Arbeit, welches einer „theoretical interpretative case study“ folgt, wird jedoch abschließend nochmals angemerkt, dass es das alleinige Ziel ist, die vier verschiedenen Theoriestränge als Analyseinstrument zu nutzen. Nur die Anwendbarkeit und nicht die Widerlegung oder Weiterentwicklung der Theorien sind in diesem Rahmen von Interesse.

## **6.2 Ausblick**

Verschiedene Umstände sprechen dafür, dass sich die energiepolitischen Beziehungen innerhalb Europas und zwischen der EU und Russland auch in Zukunft nur schwierig gestalten lassen. Erstens, Moskau bleibt seiner Strategie der Vertiefung bilateraler Partnerschaften treu. So hat der ehemalige russische Präsident Putin Ende Mai 2008 bei einem Staatsbesuch in Paris die Franzosen dazu eingeladen, künftig stärker in Russland zu investieren (Le Monde 2008). Das Augenmerk hierbei gilt neben anderen Bereichen dem Energiesektor, da die französische Total mittlerweile als wirtschaftlicher Partner Gazproms an der Ausbeutung des Schtokman-Gasfeldes beteiligt ist. Auf diesem Weg gelingt Putin ein weiterer wichtiger Schachzug, da somit eine französische Firma genau das Gasfeld ausbeutet, aus dem hauptsächlich die Nord Stream Pipeline gespeist werden soll. Auf diese Weise werden westeuropäische Energiekonzerne gezielt zu Werkzeugen der russischen Energiepolitik, mit der Option, diese Konzerne und Staaten zu einem gewissen Grad gegeneinander ausspielen zu können. Als Reaktion auf diese einladenden Worte Putins sprach die französische Führung, die ab Juli 2008 die EU-Ratspräsidentschaft innehat, von dem Wunsch, die Etablierung einer strategischen Partnerschaft der EU mit Russland voranzubringen. Dass sich dies als schwierig erweisen wird, hat die vorliegende Arbeit bereits detailliert belegt.

Zweitens, die empirischen Implikationen der Nord Stream Pipeline sind im zweiten Kapitel benannt worden. Dabei ging es vordergründig um die Auswirkungen auf die Energieversorgung Deutschlands, die Reaktionen aus Osteuropa und die daraus resultierenden Folgen für den europäischen Integrationsprozess. Zum Ende der Arbeit erfolgt

hier eine kritische Stellungnahme bzgl. der Zweckmäßigkeit dieses Bauvorhabens. Aus russischer Sicht wird sich, so lange Russland über keinen LNG-Terminal verfügt und beim Erdgasexport weiterhin auf Pipelines angewiesen ist, nicht viel ändern. Es wird zwar in der Lage sein, künftig größeren Druck auf Staaten wie Polen, Weißrussland und die Ukraine ausüben zu können. Jedoch wird vor allem die Ukraine, wie im vierten Kapitel geschildert, weiterhin ein sehr wichtiges Element für den Transport russischen Erdgases bleiben. Somit scheint Russland seine Transitabhängigkeit von Polen und Weißrussland zu Deutschland zu wechseln („one group of transit countries is replaced by another“ (Milov 2007: 5)).

Drittens, aus deutscher und europäischer Sicht ist der Bau der Nord Stream Pipeline allein schon aufgrund der geopolitischen Hintergedanken Moskaus, die sich teilweise gegen andere EU-Mitglieder richten, zu kritisieren. Hinzu kommt die Tatsache, dass eine alternative Landpipeline durch Polen, statt der veranschlagten 18 bis 30 Milliarden US-Dollar für die Nord Stream Pipeline, nur ungefähr drei Milliarden US-Dollar an Kosten verursachen würde (Walker 2007: 3). Darüber hinaus sind die allzu engen Energiebeziehungen zu Russland zu hinterfragen. Statt einer auf nationale Energiesicherheit ausgelegten Strategie zu folgen, die gegenwärtig vielleicht noch sinnvoll erscheinen mag, besteht für Deutschland ebenso die Option, sich auf seine traditionelle Integrationswilligkeit zu besinnen, um die europäischen Kräfte für eine langfristig angelegte gemeinsame europäische Energiepolitik unter dem Dach der GASP zu bündeln. Als Kollektiv befindet sich die EU in einer viel mächtigeren Verhandlungsposition als in den Energiebeziehungen mit Russland oft für möglich gehalten wird: Erstens verfügt Russland nicht über genügend Eigenkapital zur Erschließung seiner Erdgasvorkommen und muss sich zweitens mit erheblichen Engpässen beschäftigen. Drittens stellt die EU als wichtigster Kunde Gazproms einen für Russland unverzichtbaren Markt dar. Viertens könnte die EU, um die geforderte Liberalisierung des russischen Energiesektors durchzusetzen, auf klarer Reziprozität beharren und ihren eigenen Energiesektor so lange für russische Unternehmen sperren, bis der ECT von Russland ratifiziert und damit der russische Markt geöffnet wird (Riley und Umbach 2007: 110-111).

Aus diesen Gründen sind die engen Energiebeziehungen zu Russland mit einem gewissen Risiko verbunden. Es lässt sich nicht bestreiten, dass Gazprom seit längerem keine neuen umfangreichen Vorkommen erschlossen hat. Deutsche und andere ausländische Investoren mögen zwar weiterhin bereit sein, finanzielle Mittel in zunehmend unsichere Russland-Geschäfte zu investieren, doch die erforderlichen 70 Milliarden Dollar, die allein die

Erschließung des Jamal-Gebiets in Westsibirien verschlingen würde, sind selbst den großen europäischen Energieunternehmen zu riskant angelegt. Verstärkt wird dieses Risiko durch die schwache gesetzliche Absicherung ausländischer Investitionen in Russland und dem Umstand, dass es westlichen Investoren nicht erlaubt ist, mehr als einen Geschäftsanteil von 49 Prozent zu halten (ebd.: 107). Aufgrund dieser Fakten könnte sich die Nord Stream Pipeline als eine strategische Fehlentscheidung Deutschlands erweisen. Als größter europäischer Investor in Russland ist Deutschland nicht nur durch potentiell unsichere Erdgaslieferungen bedroht, es muss zusätzlich auch einen Wertverlust seiner Auslandsinvestitionen befürchten, da etwaige Versorgungsengpässe auch die russische Wirtschaft schrumpfen lassen. Diese Aussicht unterstreicht die Gefahr bilateraler Sonderwege mit Russland (ebd.: 112).

Um diese Gefahr zu bannen, müssen deutsche Politiker wie Steinmeier, und seine europäischen Kollegen, ihren offiziellen Aussagen bzgl. des Wunsches nach stärkerer energiepolitischer Kooperation endlich Taten folgen lassen. Sicherlich sind das Grünbuch von 2006 und der dazugehörige Strategy Review aus dem Jahr 2007 ein guter Anfang. Jedoch müssen klarere Zeichen gesetzt werden. Die EU selbst kann auf dem Energiesektor nur innerhalb der eigenen Grenzen agieren und beispielsweise eine Optimierung des innereuropäischen Pipelinenetzes vorantreiben, damit eventuelle Versorgungslücken möglichst schnell geschlossen werden können. Für die Entwicklung einer gemeinsamen EU-Energieaußenpolitik sind allein die Mitgliedsstaaten verantwortlich. Erst wenn die Mitglieder ein Höchstmaß gemeinsamer Interessen auf dem Energiesektor verbindet, kann das Ziel einer gemeinsamen EU-Energiepolitik erreicht werden. Mit abschließendem Bezug auf die Nord Stream Pipeline ist dieses Bauvorhaben infolge der fehlenden Kohärenz eher als politisches Instrument als ein Interkonnektor zu betrachten.

Der EU-Beitritt der osteuropäischen Staaten, die einzelnen Energiekonflikte zwischen Russland und der Ukraine und anderen osteuropäischen Staaten, die polnische Osteuropapolitik und letztlich auch die kontrovers geführten Debatten um den geplanten Bau der Nord Stream Pipeline werden allerdings dafür sorgen, dass die mögliche Institutionalisierung des europäischen Energiesektors nicht aus den Augen gelassen wird. In diesem Zusammenhang wird es in Zukunft ebenso interessant sein, die weiteren Entwicklungen in der Ukraine zu verfolgen. Dabei wird es konkret um die Fragen gehen, ob Polens Einfluss auf die Ukraine helfen wird, den dortigen demokratischen Reformprozess

und die damit verbundene Hoffnung auf Annäherung an den Westen zu fördern, oder ob die Ukraine aufgrund ihrer engen wirtschaftlichen Beziehungen und der historisch gewachsenen Bindung zu Russland sich wieder an Moskau orientieren wird. Auch der EU und ihren Mitgliedern kommt in diesem Zusammenhang eine bedeutende Rolle zu. Es stellt sich die Frage, wie schnell und wie ernsthaft man in Brüssel dazu bereit ist, Beitrittsverhandlungen mit Kiew zu führen.



## Quellenverzeichnis

- Adler, Emanuel (2002): *Constructivism and International Relations*. In: (Ed) Carlsnaes, Walter; Risse, T.; et al. & Simmons, B.A. *Handbook of International Relations*. 2002 pp. 95-118, Sage Publications Ltd.
- Adler, Emanuel, Michael Barnett (1998): *Security Communities*. Cambridge: Cambridge University Press
- Andreatta, Filippo (2005): *Theory and the European Union's International Relations*. In: Hill, C. and Smith, M. (2005): *International Relations and the European Union*. Oxford University Press
- Aspinwall, M., G. Schneider (2000): *Same Menu, Separate Tables: The Institutional Turn in Political Science and the Study of European Integration*. In: *European Journal of Political Research* 38: 1-36
- Balmaceda, Margarita M. (2006): *Russian energy companies in the new Eastern Europe: the cases of Ukraine and Belarus*. In: *Russian Business Power. The role of Russian business in foreign and security relations*. Edited by Andreas Wenger, Jeronim Perović, and Robert W. Orttung; New York: Routledge
- Balzer, Harley (2005): *The Putin Thesis and Russian Energy Policy*. In: *Post-Soviet Affairs*, 2005, 21, 3, pp. 210-225 V.H. Winston & Son, Inc.
- Baran, Zeyno (2007): *EU Energy Security: Time to End Russian Leverage*. By The Center for Strategic and International Studies and the Massachusetts Institute of Technology. In: *The Washington Quarterly*
- Barnett, Michael (2005): *Social Constructivism*. In: *The Globalization of World Politics* edited by John Baylis & Steve Smith; Oxford University Press



## II

- Bastian, Katrin, Roland Götz (2005): *Deutsch-russische Beziehungen im europäischen Kontext: Zwischen Interessenallianz und strategischer Partnerschaft*. Berlin: SWP FG 5, 2005/03, Mai 2005
- Baylis, John (2005): *International and global security in the post-cold war era*. In: *The Globalization of World Politics* edited by John Baylis & Steve Smith; Oxford University Press
- Bimboes, Detlef (2006): *Die Ostseepipeline. Das Erdgas aus dem Osten und der neue Kalte Krieg*. <http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/themen/oel/bimboes.html> (Seite besucht am 08.07.2008)
- Binzel, Christine, Alexander M. Danzer, Hella Engerer, Franziska Holz, Alexander Muravyev, Aleksey Oshchepkov, Kati Schindler, Mechthild Schrooten, Ulrich Thießen, Nathalia Weißhaar, Georg Zachmann (2006): *Deutschlands EU-Ratspräsidentschaft: Chancen zur Gestaltung der Zukunftsfähigkeit Europas nutzen*. In: *Wochenbericht* 73 (2006), 51/52, S. 729-738 <http://www.diw.de/documents/publikationen/73/57336/06-51-1.pdf> (Seite besucht am 02.07.2008)
- BP (2008): *BP Statistical Review of World Energy 2007*. [http://www.bp.com/liveassets/bp\\_internet/globalbp/globalbp\\_uk\\_english/reports\\_and\\_publications/statistical\\_energy\\_review\\_2008/STAGING/local\\_assets/downloads/pdf/statistical\\_review\\_of\\_world\\_energy\\_full\\_review\\_2008.pdf](http://www.bp.com/liveassets/bp_internet/globalbp/globalbp_uk_english/reports_and_publications/statistical_energy_review_2008/STAGING/local_assets/downloads/pdf/statistical_review_of_world_energy_full_review_2008.pdf) (Seite besucht am 02.07.2008)
- Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (2004): *Reserven, Ressourcen und Verfügbarkeit von Rohstoffen 2004*. [http://www.bgr.bund.de/cln\\_092/nn\\_335066/DE/Themen/Energie/Downloads/Energiestudie\\_Kurzf\\_2004,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/Energiestudie\\_Kurzf\\_2004.pdf](http://www.bgr.bund.de/cln_092/nn_335066/DE/Themen/Energie/Downloads/Energiestudie_Kurzf_2004,templateId=raw,property=publicationFile.pdf/Energiestudie_Kurzf_2004.pdf) (Seite besucht am 09.07.2008)

### III

Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (2008): *Russische Gasexporte nach Europa*. Ansprechpartner: Hilmar Rempel (h.rempel@bgr.de), der mir die Werte nach telefonischer Absprache per Email zugänglich gemacht hat.

Bundesministerium der Verteidigung (2006): *Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr*. Online Ausgabe: [http://www.bmvg.de/portal/PA\\_1\\_0\\_P3/PortalFiles/C1256EF40036B05B/W26UYEPT431INFODE/WB\\_2006\\_dt\\_mB.pdf?yw\\_repository=youatweb](http://www.bmvg.de/portal/PA_1_0_P3/PortalFiles/C1256EF40036B05B/W26UYEPT431INFODE/WB_2006_dt_mB.pdf?yw_repository=youatweb) (Seite besucht am 03.07.2008)

Bundestagsdrucksache 16/292 (2005): *Auswirkungen der Ostseegaspipeline auf die Bundesrepublik Deutschland*. <http://dip.bundestag.de/btd/16/002/1600292.pdf> (Seite besucht am 01.07.2008)

Bundestagsdrucksache 16/344 (2006): *Vorbereitungsstand der Ostseepipeline zwischen Russland und Deutschland*. <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/019/1601925.pdf> (Seite besucht am 01.07.2008)

Bundestagsdrucksache 16/504 (2006): *Konsequenzen der russisch-ukrainischen Gaskontroverse für Deutschland*. <http://dip.bundestag.de/btd/16/005/1600504.pdf> (Seite besucht am 01.07.2008)

Carrouée, Lucie (2007): *Bilanz der deutschen EU-Ratspräsidentschaft*. München: Hanns-Seidel-Stiftung [http://www.hss.de/downloads/070905\\_Ratspraesidentschaft.pdf](http://www.hss.de/downloads/070905_Ratspraesidentschaft.pdf) (Seite besucht am 07.07.2008)

CDU, CSU und SPD (2005): *Gemeinsam für Deutschland. Mit Mut und Menschlichkeit*. [http://koalitionsvertrag.spd.de/servlet/PB/show/1645854/111105\\_Koalitionsvertrag.pdf](http://koalitionsvertrag.spd.de/servlet/PB/show/1645854/111105_Koalitionsvertrag.pdf) (Seite besucht am 01.07.2008)

Chabal, Patrick, Jean-Pascal Daloz (2006): *Culture Troubles. Politics and the Interpretation of Meaning*. London: Hurst & Company

#### IV

- Christiansen, Thomas (2005): *European integration and regional cooperation*. In: *The Globalization of World Politics* edited by John Baylis & Steve Smith; Oxford University Press
- Copeland, Dale C. (2000): *The Constructivist Challenge to Structural Realism*. A Review Essay, in: *International Security* 25: 2, 187-212
- Cox, Michael (2005): *From the cold war to the war on terror*. In: *The Globalization of World Politics* edited by John Baylis & Steve Smith; Oxford University Press
- Cruz, C. (2000): *IDENTITY AND PERSUASION. How Nations Remember Their Pasts and Make Their Futures*. *World Politics*, 52. 275-312.
- Deutsch, Karl W., Sidney A. Burrell, Robert A. Kann, Maurice Lee, Jr., Martin Lichterman, Raymond E. Lindgren, Francis L. Loewenheim, Richard W. Van Wagenen (1957): *Political Community and the North Atlantic State*. Princeton University Press
- Dunne, Tim, Brian C. Schmidt (2005): *Realism*. In: *The Globalization of World Politics* edited by John Baylis & Steve Smith; Oxford University Press
- Eberhardt, Adam (2007): *Relations between Poland and Russia*. In: *Yearbook of Polish Foreign Policy*, issue: 01/2007, pages 128-139
- Egeberg, Morten (2006): *Multilevel Union Administration. The Transformation of Executive Politics in Europe*. Basingstoke: Palgrave Macmillan
- EU-Kommission (2000): *Towards a European strategy for the security of energy supply*. COM/2000/0769 final <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=CELEX:52000DC0769:EN:HTML>  
(Seite besucht am 04.07.2008)

EU-Kommission (2004): *Europäische Nachbarschaftspolitik. Strategiepapier*. Brüssel, den 12.5.2004 KOM(2004) 373 endgültig; [http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/strategy/strategy\\_paper\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/world/enp/pdf/strategy/strategy_paper_de.pdf) (Seite besucht am 28.06.2008)

EU-Kommission (2006a): *Eine europäische Strategie für nachhaltige, wettbewerbsfähige und sichere Energie*. Brüssel, den 8.3.2006 KOM(2006) 105 endgültig <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2006:0105:FIN:DE:PDF> (Seite besucht am 02.07.2008)

EU-Kommission (2006b): *Bericht der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen über die Umsetzung der Leitlinien für die Transeuropäischen Netze im Energiebereich im Zeitraum 2002-2004*. Brüssel, den 7.8.2006 KOM(2006) 443 endgültig [http://ec.europa.eu/ten/energy/studies/doc/2006\\_09\\_19/implement\\_guidelines\\_ten\\_e\\_2002\\_2004\\_report\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/ten/energy/studies/doc/2006_09_19/implement_guidelines_ten_e_2002_2004_report_de.pdf) (Seite besucht am 03.07.2008)

EU-Kommission (2007): *Eine Energiepolitik für Europa*. Brüssel, den 10.1.2007 KOM(2007) 1 endgültig; [http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2007/com2007\\_0001de01.pdf](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2007/com2007_0001de01.pdf) (Seite Besucht am 01.07.2008)

Eurostat (2007): *Russland drittgrößter Handelspartner der EU27*. Pressemitteilung Eurostat 145/2007, 25. Oktober 2007 [http://epp.eurostat.ec.europa.eu/pls/portal/docs/PAGE/PGP\\_PRD\\_CAT\\_PREREL/PGE\\_CAT\\_PREREL\\_YEAR\\_2007/PGE\\_CAT\\_PREREL\\_YEAR\\_2007\\_MONTH\\_10/6-25102007-DE-BP.PDF](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/pls/portal/docs/PAGE/PGP_PRD_CAT_PREREL/PGE_CAT_PREREL_YEAR_2007/PGE_CAT_PREREL_YEAR_2007_MONTH_10/6-25102007-DE-BP.PDF) (Seite besucht am 07.07.2008)

Fischer, Sabine (2006): *Die EU und Russland. Konflikte und Potentiale einer schwierigen Partnerschaft*. Berlin: SWP-Studie S 34, Dezember 2006

Geden, Oliver (2007): *Energiesolidarität im EU-Reformvertrag*. Berlin: SWP-Aktuell 34, Juli 2007

- Geden, Oliver (2008): *Die Implementierung des EU-Energieaktionsplans*. Berlin: SWP-Aktuell 25, April 2008
- Geden, Oliver, Andreas Goldthau und Timo Noetzel (2007): „*Energie-NATO*“ und „*Energie-KSZE*“ – *Instrumente der Versorgungssicherheit? Die Debatte um Energieversorgung und kollektive Sicherheitssysteme*. Diskussionspapier. Berlin: SWP, Mai 2007
- Gerring, John (2004): *What is a Case Study and what is it good for?* In: American Political Science Review. Quarterly Journal of the American Political Science Association p. 341-354
- Götz, Roland (2004a): *Russlands Erdöl und Erdgas drängen auf den Weltmarkt*. Berlin: SWP-Aktuell 34, September 2004
- Götz, Roland (2004b): *Schweigen für Gas? Deutschlands Abhängigkeit von Russlands Energielieferungen*. Berlin: SWP-Aktuell 43, September 2004
- Götz, Roland (2005): *Die Ostseepipeline. Instrument der Versorgungssicherheit oder politisches Druckmittel?* Berlin: SWP-Aktuell 41, September 2005
- Götz, Roland (2006a): *Nach dem Gaskonflikt. Wirtschaftliche Konsequenzen für Russland, die Ukraine und die EU*. Berlin: SWP-Aktuell 3, Januar 2006
- Götz, Roland (2006b): *Russische Energiepolitik*. SWP-Diskussionspapier. Berlin: FG 5 2006/01, Februar 2006
- Götz, Roland (2006c): *Deutschland und Russland – „strategische Partner“?* In: APuZ 11/2006, März 2006  
[http://www.bpb.de/publikationen/SHTKL5,0,0,Deutschland\\_und\\_Russland\\_strategische\\_Partner.html](http://www.bpb.de/publikationen/SHTKL5,0,0,Deutschland_und_Russland_strategische_Partner.html) (Seite besucht am 02.07.2008)
- Götz, Roland (2006d): *Wird Deutschland Energiedrehscheibe für Russlands Gas?* Berlin: SWP-Aktuell 49, Oktober 2006

## VII

- Götz, Roland (2006e): *Energietransit von Russland durch die Ukraine und Belarus. Ein Risiko für die europäische Energiesicherheit?* Berlin: SWP-Studie S 38 Dezember 2006
- Götz, Roland (2007): *Russland als Energiepartner Deutschlands*. Beitrag für Business Guide Deutschland Russland 2008, Berlin 2007
- Goldthau, Andreas, Oliver Geden (2007): *Europas Energieversorgungssicherheit – Ein Plädoyer für einen pragmatischen Ansatz*. In: IPG 4/2007
- Gołębiewska, Marcelina (2007): *Poland's Energy Policy*. In: Yearbook of Polish Foreign Policy, issue: 01/2007, pages 237-256
- Górska, Anna (2005): *What Future for Ukraine?* Centre for Eastern Studies, Warsaw
- Haas, E.B. (1958): *The Uniting of Europe: Political, Social and Economic Forces 1950-1957*. Stanford: Stanford University Press
- Haas, E.B. (1970): *The study of regional integration: reflections on the joy and anguish of pretheorizing*. International Organization 24(4): 607-64
- Harks, Enno, Andreas Pointvogl (2007): *Deutschlands Energieversorgungssicherheit im Schatten europäischer Energiemärkte*. Diskussionspapier. Berlin: SWP
- Helm, Dieter (2007): *The Russian Dimension and Europe's external energy policy*. [http://www.dieterhelm.co.uk/publications/Russian\\_dimension.pdf](http://www.dieterhelm.co.uk/publications/Russian_dimension.pdf) (Seite besucht am 02.07.2008)
- Ivanov, Igor S. (2002): *The New Russian Diplomacy*. Washington D.C.: The Nixon Center & Brookings Institution Press
- Jachtenfuchs, M. (2002): *Die Konstruktion Europas. Verfassungsideen und institutionelle Entwicklung, Weltpolitik im 21. Jahrhundert*, Baden-Baden: Nomos

## VIII

- Jackson, Robert, Georg Sørensen (2003): *Introduction to International Relations. Theories and approaches*. New York: Oxford University Press
- King, Gary, Robert O. Keohane and Sidney Verba (1994): *Designing social inquiry : scientific inference in qualitative research*. Princeton, N.J. : Princeton University Press
- Kloth, Hans Michael (2006): *Polnischer Minister poltert gegen Schröder und Merkel*. In: Spiegel Online, <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,413931,00.html> (Seite besucht am 27.06.2008)
- Kramer, Mark (2008): *Ukraine's orange revolution*. In: Current history: 107 : 2008 : 707 S. 112-118
- Lamp, Jochen (2008): *Die Ostseepipeline. Ein transnationales Infrastrukturprojekt als Prüfstein internationaler Umweltstandards*. In: Osteuropa, 58. Jg., 4-5/2008, S. 383-391
- Lamy, Steven L. (2005): *Contemporary mainstream approaches: neo-realism and neo-liberalism*. In: *The Globalization of World Politics* edited by John Baylis & Steve Smith; Oxford University Press
- Lang, Kai-Olaf (2004): *Pragmatische Kooperation statt strategische Partnerschaft*. Berlin: SWP-Aktuell 48, Oktober 2004
- Lang, Kai-Olaf (2005): *Polen und der Osten. Polens Beziehungen zu Russland, Belarus und der Ukraine im Kontext europäischer Ostpolitik*. Berlin: SWP-Aktuell 22, Mai 2005
- Lang, Kai-Olaf (2006): *Ostmitteleuropa nach dem Beitritt. Entwicklungen, Herausforderungen, Potentiale*. Berlin: SWP-Studie S 2, Februar 2006
- Lang, Kai-Olaf (2007): *Polens Energiepolitik. Interessen und Konfliktpotentiale in der EU und im Verhältnis zu Deutschland*. Berlin: SWP-Aktuell 13, Juni 2007

## IX

- Larrabee, F. Stephen (2006): *Ukraine and the West*. In: *Survival*, vol. 48 no. 1, Spring 2006, pp. 93-110
- Le Monde (2008): *Reçu à Paris comme un chef d'Etat, Vladimir Poutine promet un "partenariat stratégique"*. Online Ausgabe: 30.05.2008  
[http://abonnes.lemonde.fr/web/imprimer\\_element/0,40-0@2-823448,50-1051596,0.html](http://abonnes.lemonde.fr/web/imprimer_element/0,40-0@2-823448,50-1051596,0.html) (Seite besucht am 30.05.2008)
- Light, Margot (2006): *Russian political engagement with the European Union*. In: *Putin's Russia and the enlarged Europe*. Edited by Roy Allison, Margot Light and Stephen White: Blackwell Publishing Ltd
- Lijphart, Arend (1971): *Comparative Politics and the Comparative Method*. In: *The American Political Science Review* Vol. 65
- Lindner, Rainer (2008): *Scharfer Richtungsstreit zwischen Kiew und Moskau*. In: SWP-Aktuell 26, April 2008
- Medwedjew, Dimitri (2008). *Medwedjew warnt vor NATO-Erweiterung*.  
<http://www.tagesschau.de/ausland/georgien200.html> (Seite besucht am 01.07.2008)
- Menzel, Ulrich (2001): *Zwischen Idealismus und Realismus. Die Lehre von den internationalen Beziehungen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Milov, Vladimir (2007): *Russia-EU Energy Dialog: Filling a Vacuum*. In: *Russia in Global Affairs*. No 4, October – December 2007 Permanent URL:  
<http://eng.globalaffairs.ru/numbers/21/1157.html> (Seite besucht am 01.07.2008)
- Minkovska, Natalya (2007): *Die Energiepolitik Russlands: Strategien, geopolitische Ausrichtungen und Ambitionen*. In: *Kölner Arbeitspapiere zur internationalen Politik* Nr. 11
- Morgenthau, Hans J. (1948): *Politics Among Nations: The Struggle For Power And Peace*. New York: Knopf



- Müller, Harald (2002): *Institutionalismus und Regime*. Aus: Ferdowski, Mir A. (2002): *Internationale Politik im 21. Jahrhundert*. München: Fink
- Niebuhr, Reinhold (1960): *Moral man and immoral society: a study in ethics and politics*. New York: Scribner
- Nord Stream (2008): Die *geplante Route der Nord Stream Pipeline*. Schaubild 1. <http://www.nord-stream.com/en/press/press-images/project-map.html> (Seite besucht am 09.07.2008)
- Panuschkin, Waleri, Michail Sygar (2008): *Gazprom. Das Geschäft mit der Macht*. München: Droemer
- Putin, V. V. (1999): *Mineral natural resources in the strategy for development of the Russian economy*. Zapiski Gornogo Instituta, 144, 3-9, 1999.
- Putin, Wladimir (2001): Rede des Präsidenten der Russischen Föderation Wladimir Putin im Bundestag vom 25. September 2001 [http://www.documentarchiv.de/brd/2001/rede\\_putin\\_bundestag.html](http://www.documentarchiv.de/brd/2001/rede_putin_bundestag.html) (Seite besucht am 01.07.2008)
- Putin, Wladimir (2005): *Putin focuses on domestic policy in state-of-nation address to Russian parliament*. Source: RTR Russia TV, Moscow, in Russian 0800 gmt 25 Apr 05
- RIA Novosti (2008): *Betreibergesellschaft für riesiges Shtokman-Gasfeld gegründet*. <http://de.rian.ru/business/20080221/99801780.html> (Seite besucht am 01.07.2008)
- Rat der Europäischen Union (2007): *Schlussfolgerungen des Vorsitzes*. Brüssel, den 2. Mai 2007 7224/1/07 CONCL 1 <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Aussenpolitik/Themen/EnergieKlima/070309-SF-ER.pdf> (Seite besucht am 09.07.2008)

- Riley, Alan, Frank Umbach (2007): *Russisches Roulette. Gazprom und die Gaslücke – eine Gefahr für Deutschland und Europa*. In: Internationale Politik, Juni 2007, S. 106-113
- Risse, Thomas (2005): *Neofunctionalism, European Identity, and the puzzles of European integration*. In: Journal of European Public Policy 12:2 April 2005: 291-309  
Routledge Taylor & Francis Group
- Rupnik, Jacques, Anne Bazin (2006): *Vorwärts zurück*. In: Osteuropa, 56. Jg., 10/2006, S. 41-50
- Schmitter, Philippe C. (2002): *Neo-Neo-Funktionalism*. For publication in: Wiener, Antja and Thomas Diez, eds. *European Integration Theory*, Oxford: Oxford University Press (2003, in preparation)  
<http://www.eui.eu/SPS/People/Faculty/CurrentProfessors/PDFFiles/SchmitterPDFfiles/NeoNeoFunctionalismRev.pdf> (Seite besucht am 29.06.2008)
- Schneider, Eberhard (2005a): *Die Europäische Union und Russland im 21. Jahrhundert. Interessen beider Seiten*. FG 5 2005/02, Mai 2005
- Schneider, Eberhard (2005b): *Die ukrainische Außenpolitik unter Wiktor Juschtschenko*. SWP-Diskussionpapier. FG 5, 2005/07, Oktober 2005
- Schörning, Niklas (2003): *Neorealismus*. In: Schieder, Siegfried; Spindler, Manuela (Hrsg.): *Theorien der internationalen Beziehungen*. Opladen: Leske + Budrich
- Schröder, Gerhard (2004): Interview mit Reinhold Beckmann im Rahmen der ARD-Sendung „Beckmann“ am 22.11.2004  
[http://www.daserste.de/beckmann/sendung\\_dyn~uid,0udyga1kbwqyw4dabx4yxhec~cm.asp](http://www.daserste.de/beckmann/sendung_dyn~uid,0udyga1kbwqyw4dabx4yxhec~cm.asp) (Seite besucht am 03.07.2008)
- Schröder, Gerhard (2005): Pressekonferenz am Donnerstag, den 8. September 2005, 14.35 Uhr, Berlin; *Thema: Deutsch-Russische Kooperation*: Bundespresseamt

Schröder, Gerhard (2007): *Entscheidungen. Mein Leben in der Politik*. Hamburg: Hoffmann & Campe

Steinmeier, Frank-Walter (2006a): *Russland, Europa und die Welt – Perspektiven der Zusammenarbeit in globalen Sicherheitsfragen*. Rede von Bundesaußenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier auf der 42. Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik, 05.02.2006 <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Infoservice/Presse/Reden/2006/060205-MuenchenKonferenz.html>  
(Seite besucht am 06.07.2008)

Steinmeier, Frank-Walter (2006b): *Deutschland, die Europäische Union und Russland: Partnerschaft für die Zukunft*. Rede des Bundesministers des Auswärtigen, Dr. Frank-Walter Steinmeier, vor dem Deutsch-Russischen Forum am 21.3.2006 in Berlin, [http://www.europa-web.de/europa/03euinf/04AUS\\_BU/derussforum.htm](http://www.europa-web.de/europa/03euinf/04AUS_BU/derussforum.htm)  
(Seite besucht am 04.07.2008)

Steinmeier, Frank-Walter (2006c): *Energie-Außenpolitik ist Friedenspolitik*. Handelsblatt 23.03.2006 <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Infoservice/Presse/Interviews/2006/060323-BM-Handelsblatt.html>  
(Seite besucht am 04.07.2008)

Stent, Angela (2007): *Berlin's Russia Challenge*. In: *National Interest* 2007: 88, S. 46-51

Strøby-Jensen, Carsten (2007): *Neo-functionalism*. In: *European Union Politics*. Edited by Michelle Cini. Oxford University Press

Styczek, Janusz (2007): *Relations between Poland and Germany*. In: *Yearbook of Polish Foreign Policy*, issue: 01/2007, pages: 92-100

Szeptycki, Andrzej (2007): *Relations between Poland and Ukraine*. In: *Yearbook of Polish Foreign Policy*, issue: 01/2007, pages: 160-173

Szeptycki, Andrzej (2008): *Trade Relations between the Russian Federation and Ukraine*. PISM Research Papers No. 8, The Polish Institute of International Affairs

- Tatarintseva, Marina, Ognian N. Hishow (2006): *Die Energiestrategie der EU und die Kooperation mit Russland*. Berlin: SWP-Aktuell 48, Oktober 2006
- Timmermann, Heinz (2007): *Die deutsch-russischen Beziehungen im europäischen Kontext*. In: IPG 1/2007 [http://library.fes.de/pdf-files/ipg/ipg-2007-1/08\\_a\\_timmermann\\_d.pdf](http://library.fes.de/pdf-files/ipg/ipg-2007-1/08_a_timmermann_d.pdf) (Seite besucht am 02.07.2008)
- Umbach, Frank (2006): *Europe's Next Cold War*. In: IP Summer 2006 S. 64-71 <http://www.dgap.org/midcom-serveattachmentguid-49fd65e4180611dba3d6c352aa4aefb0efb0/IP-TIP+3-06-Energy+Cold+War.pdf> (Seite besucht am 03.07.2008)
- Umbach, Frank (2007a): *Politische Studien-Zeitgespräch mit Dr. Frank Umbach zu Fragen der Energiesicherheitspolitik*. In: Politische Studien, Heft 411, 58. Jahrgang, Januar/Februar 2007
- Umbach, Frank (2007b): *Deutsche Außenpolitik und Energiesicherheit*. In: Thomas Jäger/Alexander Höse/Kai Oppermann (Hrsg.), *Deutsche Außenpolitik. Sicherheit, Wohlfahrt, Institutionen und Normen*, Wiesbaden 2007, S. 354-373
- Viotti, Paul R., Mark V. Kauppi (1993): *International Relations Theory. Realism, Pluralism, Globalism*. New York: Macmillan
- Walker, Martin (2007): *Russia v. Europe: The Energy Wars*. In: World Policy Journal. 24: 2007 S. 1-8
- Waltz, Kenneth (1959): *Man, the state and war: a theoretical analysis*. New York: Columbia University Press
- Waltz, Kenneth (1979): *Theory of international politics*. New York: McGraw-Hill
- Westphal, Kirsten (2006): *Energy Policy between Multilateral Governance and Geopolitics: Whither Europe?* In: IPG 4

## XIV

Wiśniewska, Iwona (2007): *The invisible hand...of the Kremlin. Capitalism 'à la russe'*.  
Centre for Eastern Studies. Warsaw, February 2007

Ziółkowski, Marek (2007): *Polish Security Policy*. In: Yearbook of Polish Foreign Policy,  
issue: 01/2007, pages: 67-76